Christoph Hemker
Vor 60 Jahren verboten: Die Wochenzeitschrift Blick in die Zeit

1. Vorbemerkung

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges beschäftigt die Zeitungs- und Kommunikationswissenschaft immer wieder die Aufarbeitung der Rolle, die die Presse — ganz gleich welcher politischer Couleur — im Dritten Reich gespielt hat. Trotzdem finden sich auf dem Betätigungsfeld der historischen Publizistik nach wie vor weiße Flecken: Die in Berlin von Juni 1933 bis August 1935 erschienene Wochenzeitschrift Blick in die Zeit zählt offensichtlich zu jenen Publikationen, die von der Kommunikationswissenschaft bisher vernachlässigt wurden.

Mein Interesse für die Zeitschrift weckte die Lektüre von Heinz Knoblochs historischem Abriß „Der arme Epstein".[1] In einem gesonderten Kapitel erwähnt Knobloch Blick in die Zeit und weist im Literaturverzeichnis auf eine dreibändige Reprintausgabe hin. Dieser vom Kölner Bund-Verlag herausgegebene Nachdruck hat es mir ermöglicht, einen eingehenden „Blick" in jene unheilschwangeren Tage der deutschen (Presse-)Geschichte zu werfen …[2]

2. Blick in die Zeit — ein Sonderfall der Pressegeschichte

Dieses Kapitel behandelt die Rahmenbedingungen, unter denen Blick in die Zeit herausgegeben wurde, sowie die redaktionellen und betrieblichen Abläufe von der Gründungsphase bis hin zum Verbot. Die Bedeutung des Blicks[3] als publizistisches Unikum kann nur vor dem Hintergrund seiner Erscheinungszeit hinreichend herausgestellt werden.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Vorstellung der am Blick beteiligten Personen:

Wer waren die Initiatoren, Herausgeber und Mitarbeiter und aus welchem politischen Milieu stammten sie?

Darüberhinaus werden der Rezipientenkreis und die Verbreitung des Blicks unter den gegebenen politischen Umständen beleuchtet, soweit dies anhand des Forschungsstandes rekonstruierbar ist. Gestreift werden soll ferner auch das Supplement des Blicks, die Kurze Pause und die Sonderhefte Blick in die Zeit — Schriften zur Zeitgeschichte.

2.1. Publizistische Rahmenbedingungen der Gründungsphase

Bereits in der Weimarer Republik fand die Pressefreiheit innerhalb der gewährleisteten Meinungsfreiheit (Artikel 118 der Reichsverfassung von 1919) keinerlei besonderen Schutz: Behördliche Zeitungsverbote, legitimiert durch die Republikschutzgesetze aus den Jahren 1922 und 1930 sowie den Notverordnungen des Reichspräsidenten von 1931 und 1932, konnten ausgesprochen werden, wenn Publikationen *„die Staatsform, die Staatsfarben, Regierungsmitglieder beschimpften, oder wenn sie zu Gewalttätigkeiten aufforderten"*.[4] Am Ende der Zwanziger Jahre waren diese Verbote als eine Reaktion auf die zunehmende politische Radikalisierung zu verstehen, die nicht zuletzt in der Presselandschaft ihren Ausdruck fand.

2.1.1. Konsolidierung der nationalsozialistischen Pressepolitik

Den Nationalsozialisten ging es nach der Machtergreifung am 30. Januar 1933 um mehr als nur zeitweilige Erscheinungsverbote.[5] Sie wollten die sogenannte „Linkspresse" vor Beginn des Wahlkampfes zu den Reichstagswahlen am 5. März ausschalten.[6] Zur Realisierung dieses Ziels bediente sich das Regime des Reichspräsidenten von Hindenburg, der am 4. Februar 1933 die „Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes" erließ. Hinzu kam die auf Artikel 48 der Weimarer

[1] Vgl. H. Knobloch, Der arme Epstein. Wie der Tod zu Horst Wessel kam, Berlin 1993. Knobloch schildert hier die Ermordung des SA-Mannes Horst Wessel und die Bedeutung dieses „Märtyrertodes" für die Propaganda der Nationalsozialisten, besonders in den Tagen vor und nach der Machtergreifung. Daneben verfolgt er den Prozeß gegen einen der vermeintlichen Mörder Wessels, den jüdischen Kommunisten Sally Epstein, und geht schlaglichtartig auf Randbegebenheiten ein, die nur bedingt mit dem Mordfall zusammenhängen, dafür aber die Zeit der frühen Dreißiger Jahre für den Leser transparent machen.

[2] Blick in die Zeit. Reprintausgabe. Mit einem Vorwort von Herta Mendel und einer Einführung von Peter Lösche und Michael Scholing. 3 Bände (Jahrgänge 1933-1935), Köln 1988.

Verfassung basierende „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat", die einen Tag nach dem Reichstagsbrand (28. Februar 1933) gemeinsam mit praktisch allen anderen Grundrechten endgültig auch das der Meinungsfreiheit und der mit ihr verknüpften Pressefreiheit außer Kraft setzte. Forciert wurde diese Entwicklung durch das „Ermächtigungsgesetz" vom 23. März 1933.[7] Auf dieser Grundlage basierte z. B. das am 26. Mai 1933 beschlossene „Gesetz über die Einziehung kommunistischen Vermögens", das die Beschlagnahme kommunistischer Verlage und Druckereien ermöglichte. Das gleiche Schicksal widerfuhr wenig später auch der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Presse.

Weitere Eckpfeiler in der nationalsozialistischen Pressepolitik im Jahre 1933 bildeten die Errichtung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda (RMVP), die Schaffung der Reichskulturkammer sowie das Schriftleitergesetz.

Das RMVP faßte gemäß Kabinettsbeschluß vom 11. März 1933 und einer Verordnung Hitlers zur Erweiterung der Geschäftsbereiche vom 30. Juni 1933 alle bisher dafür verantwortlichen Abteilungen, z. B. im Auswärtigen Amt, in den preußischen Ministerien oder in der Reichszentrale für Heimatdienst, zusammen.[8] Die Abteilung IV des RMVP wurde kurz als Presseabteilung der Reichsregierung bezeichnet und war in erster Linie für die gezielte Information, aber auch für die Kontrolle der Presse zuständig.[9]

Hinzu kam ferner *„die Reichspressekammer, eine der sieben Kammern, aus denen sich die nach dem Gesetz vom 22. September 1933 errichtete Reichskulturkammer zusammensetzte."*[10] Die erste Durchführungsverordnung zum „Kulturkammergesetz" vom 11. November 1933 unterstreicht die Einbindung der Angehörigen der Medienberufe in die — von Goebbels initiierten — Körperschaften des öffentlichen Rechts: *„Wer bei der Erzeugung, der Wiedergabe, der geistigen oder technischen Verbreitung, der Erhaltung, dem Absatz oder der Vermittlung des Absatzes von Kulturgut mitwirkt, muß Mitglied der Einzelkammer sein, die für seine Tätigkeit zuständig ist."*[11]

Der Reichspressekammer gehörten die beiden wichtigsten Berufsorganisationen, der Verein Deutscher Zeitungsverleger und der Reichsverband der Deutschen Presse, sowie elf weitere Fachverbände an, und sie hatte vornehmlich die Aufgabe, die organisatorische Gleichschaltung der Presse zu gewährleisten. Die Reichspressekammer reglementierte bzw. entschied zudem über den Betrieb sowie die Gründung und Schließung publizistischer Unternehmen.[12] Durch die „verpflichtende" Zugehörigkeit eines jeden, der journalistisch tätig sein wollte, war die Reichspressekammer in der Lage, die gesamte Publizistik in Deutschland zu steuern.[13]

Das Schriftleitergesetz vom 4. Oktober 1933 beschränkte und kontrollierte die Ausübung der journalistischen Tätigkeit als Redakteur: *„Schriftleiter durfte nur noch sein, wer deutscher Reichsangehöriger, mindestens 21 Jahre alt, ‚arischer' Abstammung und nicht jüdisch verheiratet war. Mitgliedschaft in der NSDAP war nicht erforderlich."*[14] Es war wiederum Aufgabe der Reichspressekammer, die Durchführung dieser Vorschriften zu überwachen. Abgesehen von der Etablierung spezieller Berufsgerichte für die Presse, entband das Gesetz den Schriftleiter *„von dem politischen Weisungsrecht seines Verlegers und nahm ihn in die Pflicht des Staates."*[15]

[3] Die Redaktion von Blick in die Zeit bezeichnete ihre Publikation verschiedentlich einfach nur als „der Blick". Vgl. Blick in die Zeit, Nr. 12, Jahrgang 1935, Seite 15 — fortan in der Kurzform 12/35/15.

[4] E. Noelle-Neumann/J. Wilke, Pressegeschichte, in: E. Noelle-Neumann/W. Schulz/J. Wilke (Hrsg.), Publizistik/Massenkommunikation, Frankfurt a. M. 1989. S. 287-313, hier S. 304. Fortan zitiert als Noelle-Neumann/Wilke, Pressegeschichte. So wurden z. B. in Preußen zwischen dem 28.3.1931 und dem 13.6.1932 insgesamt 284 Zeitungen mit einer Dauer von wenigen Tagen bis hin zu acht Wochen verboten. Vgl. Noelle-Neumann/Wilke, Pressegeschichte, S. 304.

[5] Vgl. N. Frei/J. Schmitz, Journalismus im Dritten Reich, München 1989. S. 22. Fortan zitiert als Frei/Schmitz, Journalismus.

[6] Vgl. K. Koszyk, Die Zeitung — 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, in: E. Dovifat (Hrsg.), Handbuch der Publizistik. Band 3: Praktische Publizistik, 2. Teil, Berlin 1969. S. 76-97. Hier S. 87. Fortan zitiert als Koszyk, Gegenwart.

[7] Vgl. K.-D. Abel, Presselenkung im NS-Staat. Eine Studie zur Geschichte der Publizistik in der nationalsozialistischen Zeit, Berlin 1968. S. 27. Fortan zitiert als Abel, Presselenkung.

[8] Vgl. K. Koszyk, Deutsche Presse 1914-1945. Geschichte der deutschen Presse Teil III, Berlin 1972. S. 363. Fortan zitiert als Koszyk, Deutsche. Sowie Abel, Presselenkung, S. 3.

[9] Ebd. , S. 363.

[10] O. J. Hale, Presse in der Zwangsjacke. 1933-1945, Düsseldorf 1965. Hier S. 97. Fortan zitiert als Hale, Presse.

[11] Reichsgesetzblatt (RGBl.) I/1933, S. 661, zitiert nach Abel, Presselenkung, S. 28.

[12] Vgl. Koszyk, Gegenwart, S. 88.

[13] Vgl. Hale, Presse, S. 98, sowie Koszyk, Deutsche, S. 364.

[14] Frei/Schmitz, Journalismus, S. 28.

[15] Ebd.

2.1.2. Situation der sozialdemokratischen Presse

Die nationalsozialistische Machtergreifung und die in ihrer Folge erlassenen Gesetze wirkten sich einschneidend auf die Strukturverhältnisse im Zeitungs- und Zeitschriftengewerbe aus, wobei das „Gesetz über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens" vom 14. Juli 1933 hinsichtlich der SPD-Presse nur noch als nachträgliche juristische Legitimierung faktisch längst vollzogener Enteignungsmaßnahmen fungierte.[16]

Die sozialdemokratische Tagespresse befand sich größtenteils im Besitz von Parteiorganisationen, die nach dem Ersten Weltkrieg — ab 1925 vereint zur „Konzentration AG, Sozialdemokratische Druckerei- und Verlagsbetriebe" — große Anstrengungen unternommen hatten, ihr Pressewesen zu modernisieren und es für breitere Schichten anziehend zu machen. Eine große Zahl dieser Periodika ließe sich der Gruppe der Publikumszeitungen zuordnen; sie waren — etwa im Gegensatz zum Vorwärts — nicht rein parteipolitisch orientiert.[17] 1929 hatte die Auflagenhöhe von 203 sozialdemokratischen Publikationen (inkl. 75 Kopfblätter) mit 1,3 Mio. Exemplaren ihren Zenit erreicht.[18] In diesem Kontext sollten auch die Periodika aus dem Umfeld des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB)[19] mit einer Auflage von fast 7 Mio. Exemplaren Beachtung finden.[20]

Noch im Juli 1932, als zeitweilige Verbote gegen mehrere sozialdemokratische Zeitungen (z. B. den Vorwärts) ausgesprochen wurden, machte sich die Leipziger Volkszeitung in der Ausgabe vom 7. Juli über die Debatte im preußischen Landtag lustig:

„Bitte nicht lachen! Vom Berliner Nazi-Organ (Der Angriff), bis herab zum letzten Provinzblatt der Braunen Häuser ist wochenlang das Verbot des Vorwärts gefordert worden und wird täglich das Verbot der gesamten ‚jüdischen Marxistenpresse' propagiert. Für das Dritte Reich ist uns ohnehin die Konfiskation aller sozialdemokratischen Zeitungen und des gesamten Besitzes der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften in Aussicht gestellt."[21]

Laut Oron J. Hale sei es gerade die SPD-Presse gewesen, die — ganz im Gegensatz zu den offensichtlichen Rückversicherungstendenzen innerhalb des bürgerlichen Lagers — auch noch nach den 1933er Erfolgen der NSDAP, z. B. bei der Landtagswahl am 15. Januar in Lippe, der drohenden Entwicklung publizistisch Paroli bot.[22]

Nach dem Reichstagsbrand erschien allerdings in Preußen mit Hilfe von Hermann Göring mehrmals verlängerter Verbote endgültig keine sozialdemokratische Zeitung mehr.[23] Schon ab Mitte April gab es ebenso in den anderen Teilen des Reiches keine neuen Verbote mehr, sondern nur noch Verlängerungen bereits bestehender:[24] Ungefähr 135 Zeitungen der „Linkspresse" wurden in den Tagen um den 10. Mai 1933 konfisziert oder beschlagnahmt und — nominell auf Pachtbasis — an die lokalen NS-Verlage übertragen.[25] Durch die Aneignung von 120 Druckbetrieben und vielen Verlagshäusern mitsamt ihren Grundstücken, Maschinen, Fahrzeugen und Bankguthaben konnte die nationalsozialistische (Provinz-)Presse ihre Vormachtstellung entscheidend ausbauen. Genau in diese Phase der Zerschlagung der politisch oppositionellen Presse fiel die von Sozialdemokraten betriebene Realisierung des Projekts Blick in die Zeit.

[16] Vgl. Reproduktion des Reichsgesetzblattes vom 15.7.1933 bei H. Focke/H. Hohlbein, Stationen auf dem Weg zur Macht. Von der Weimarer Republik zum NS-System. Die Jahre 1932/33 in Deutschland, Hamburg 1982. S. 153. Fortan zitiert als Focke/Hohlbein, Stationen. Vgl. auch Noelle-Neumann/Wilke, Pressegeschichte, S. 306.

[17] Vgl. Hale, Presse, S. 69.

[18] Vgl. K. Koszyk, Zwischen Kaiserreich und Diktatur: Die sozialdemokratische Presse zwischen 1914 und 1933, Heidelberg 1958. S. 177.

[19] Der ADGB war ein Dachverband, der aus dem Zusammenschluß der traditionellen, sozialistisch-orientierten freien Gewerkschaften im Juli 1919 in Nürnberg hervorgegangen war. Vgl. Schneider, Michael, Zwischen Machtanspruch und Integrationsbereitschaft: Gewerkschaften und Politik 1918-1933, in: K.-D. Bracher/M. Funke/H.-A. Jacobsen (Hrsg.), Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft. 2., durchgesehene Auflage, Bonn 1988. S. 179-196. Hier: S. 182 f.

[20] Genannt seien hier z. B. die Metallarbeiter-Zeitung, Der Grundstein, die Holzarbeiter-Zeitung und die Gewerkschafts-Zeitung. Vgl. Koszyk, Deutsche, S. 319 f.

[21] Leipziger Volkszeitung vom 7.7.1932, zitiert nach Koszyk, Deutsche, S. 316 f.

[22] Vgl. Hale, Presse, S. 72 f.

[23] Vgl. Koszyk, Deutsche, S. 319.

[24] Das „Titelverzeichnis der sozialdemokratischen Presse 1863-1945" von Gerhard Eisfeld zeigt, daß 198 Zeitungen und 52 Zeitschriften aus dem damaligen Reichsgebiet 1933 ihr Erscheinen einstellten, verboten wurden oder von der nationalsozialistischen Presse übernommen worden sind. Dieses Titelverzeichnis führt auch solche Publikationen auf, *„die trotz fehlender unmittelbarer Bindung an die Organisation vornehmlich Diskussionsorgane deutscher Sozialdemokraten waren und somit Spiegelbild des geistigen Lebens innerhalb der Partei waren."* G. Eisfeld/K. Koszyk, Die Presse der deutschen Sozialdemokratie. Eine Bibliographie. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage, Bonn 1980. S. 59-206. Fortan zitiert als Eisfeld/Koszyk, Presse.

[25] Vgl. Hale, Presse, S. 68 f., sowie Focke/Hohlbein, Stationen, S. 117.

2.2. Initiatoren, Herausgeber und Mitarbeiter

Hauptinitiator des Blicks war der gelernte Verlagskaufmann Kurt Hermann Mendel[26], ein Werbefachmann beim ADGB, SPD-Mitglied seit 1925 und ab 1926 Mitinhaber der Buchdruckerei Berolina. Ab März 1933 kaufte Mendel englische und französische Zeitungen, da sein Informationsbedürfnis durch die deutsche Tagespresse nicht mehr gedeckt wurde. Er stellte ein solches Informationsdefizit ebenfalls in seinem Bekanntenkreis fest.[27] Daraufhin verteilte er einige, für ihn interessante Artikel, die er gesammelt und übersetzt hatte.

In Mendels Wohnort Friedrichshagen, damals ein Stadtteil des Berliner Bezirks Köpenick, war die Nachfrage zu groß, als daß er sein Material allein durch Zirkulation an genügend Leute hätte weitergeben können, und so ging er dazu über, besagte Artikel in der hauseigenen Druckerei zu vervielfältigen.[28] Sein ursprüngliches Ziel war es, mit einem *„unauffälligen Informationsblättchen einen Zusammenhalt der* [örtlichen] *Mitglieder der zerschlagenen SPD zustande zu bringen"*[29], doch mußte das Projekt seiner Meinung nach fast zwangsläufig ausgeweitet werden.[30] Es kam Mendel mehr und mehr darauf an, diese Gelegenheit zur politischen Auseinandersetzung mit dem Nazismus zu nutzen, um besonders viele, auch nicht sozialdemokratische, Leser zu erreichen.[31] Die Form eines *„Pressespiegel*[s] *im größeren Rahmen" erschien ihm dabei weitaus ungefährlicher als etwa eine „politische Tageszeitung"*.[32]

Mendel sprach mit Hans Vogel, damals gemeinsam mit Otto Wels SPD-Vorsitzender, über seine Pläne. Vogel stand dem Projekt nicht ablehnend gegenüber, zeigte als Vertreter der SPD-Führung allerdings auch keinerlei finanzielle oder anderweitige Förderungsbereitschaft. Vermutlich wollte er eine direkte Verbindung — in welcher Form auch immer — zwischen Mendel und der SPD-Führung zu diesem Zeitpunkt vermeiden. Denn Mendels Pläne sollten nicht durch ein schnelles Verbot gefährdet werden.[33]

Kurze Zeit später erschien unter dem Titel Blick in die Welt eine achtseitige Nullnummer im DIN A4-Format, die auf einer breiteren Materialbasis beruhte und neben ausländischen auch deutsche Zeitungen und Zeitschriften berücksichtigte.[34]

Hans Weinberger, über dessen Arbeits- und Wirkungsmöglichkeiten Mendel von Lotte Knauer informiert wurde,[35] war bereit, den Aufbau eines vom Verlag unabhängigen Vertriebssystems zu übernehmen.[36] Weinberger hatte eine kaufmännische Lehre gemacht und war als Parteisekretär beim Hauptvorstand der SPD in Berlin mit der Aufgabe der Geschäftsführung der Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde von 1927 bis zum Verbot im Mai 1933 beschäftigt. Danach gab er — wohl illegal — kleinere Druckschriften wie „Wander-, Spiel- und Gesangsheftchen" heraus und verteilte sie im sozialdemokratischen Umfeld.[37]

Mendel wurde von Weinberger ein Angebot über eine Garantieabnahme von zunächst 20.000 Exemplaren der geplanten Publikation unterbreitet. Weinberger versicherte Mendel, daß die bereits verbotene Kinderfreunde-Bewegung im Untergrund noch weiterarbeite. Einige Funktionäre seien auch bereit, für die Werbe- und Verlagsarbeit im Buch- und Zeitschriftenhandel eine polizeiliche Genehmigung einzuholen, nicht zuletzt, um ihre finanzielle Lage während der Arbeitslosigkeit zu verbessern.[38]

[26] Kurt Hermann Mendel (1900-1983) war nach 1945 Angestellter der Stadtverwaltung Berlin-Neukölln und Mitarbeiter (Werbung, Anzeigen) der Berliner sozialdemokratischen Tageszeitung Telegraf.

[27] Vgl. K. H. Mendel, „Blick in die Zeit". 1933-1935. Hrsg. vom Informationszentrum Berlin, Gedenk- und Bildungsstätte Stauffenbergstraße (Beiträge zum Thema Widerstand, Nr. 24), Berlin 1983. S. 8. Fortan zitiert als Mendel, Blick.
Bei der ersten Besprechung Mendels mit den übrigen Initiatoren wurde allgemein festgestellt: *„Die Sozialdemokraten lesen keine Zeitungen mehr."* Der Grund hierfür ist wohl primär im Verbot der sozialdemokratischen Presse zu suchen und weniger in einer Widerstandshaltung der vormals sozialdemokratischen Wählerschaft. Zitat nach H. Weinberger, Blick in die Zeit von 1933 bis 1935. Eine Rückschau. Handschriftliches Manuskript (Kopie der maschinellen Abschrift von Peter Lösche, Göttingen, liegt mir vor). Verfaßt in München 1971-1973. S. 12. Fortan zitiert als Weinberger, Rückschau.

[28] Vgl. P. Lösche/M. Scholing, Solidargemeinschaft im Widerstand: Eine Fallstudie über „Blick in die Zeit", in: H. Skrzypczak, Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1983. S. 517-561. Hier S. 522. Fortan zitiert als Lösche/Scholing, Solidargemeinschaft.

[29] K. H. Mendel, Blick in die Zeit (Juni 1933-August 1935). Versuchter Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Unveröffentlichtes Manuskript (Kopie liegt mir vor). Verfaßt in Berlin, Dezember 1978. S. 1. Fortan zitiert als Mendel, Widerstand.

[30] Vgl. Mendel, Blick. S. 8.

[31] Ebd., S. 14. Weinberger, späterer Vertriebsleiter beim Blick, nahm damals an, daß in der sozialdemokratischen Leserschaft auch schon nach der — wie vermutet — nur kurzen Zeit nationalsozialistischer Herrschaft erhebliche Wissenslücken entstünden, die nur durch eine neue Publikation zu schließen seien. Vgl. Weinberger, Rückschau, S. 6.

[32] Ebd., S. 8.

Berlin, den 30. Juni 1933
Nr. 3

Blick in die Zeit

Herausgeber: Dr. A. Ristow

Preis RM. 0,15

PRESSESTIMMEN DES IN- UND AUSLANDES
ZU WIRTSCHAFT, POLITIK UND KULTUR

DIE ZWEITE PHASE DER DEUTSCHEN REVOLUTION

Der totale Staat setzt sich durch

Kampfringe verboten

Der Amtliche Preußische Pressedienst teilt am 21. Juni mit:

„Auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 in Verbindung mit § 14 des Polizeiverwaltungsgesetzes hat der preußische Minister des Innern die Kampfringe der Deutschnationalen Front (früher Deutschnationale Kampfstaffeln) einschließlich ihrer sämtlichen Formationen sowie die im Bismarck-Bund zusammengeschlossenen Jugendgruppen im Gebiet des Freistaates Preußen aufgelöst und verboten.

Das Verbot ist erfolgt, weil die angestellten Ermittelungen einwandfrei ergeben haben, daß kommunistische und sonstige staatsfeindliche Elemente im größten Umfange Aufnahme in die Formationen der Deutschnationalen Kampfringe gefunden haben. Die Kampfringe bildeten bei dieser Sachlage eine erhebliche Gefahr für die Sicherheit des Staates und der Bevölkerung. Die getroffene Maßnahme war deshalb zur Abwehr der von diesen zersetzten Organisationen für die öffentliche Sicherheit und den inneren Frieden drohenden Gefahr notwendig."

Auch in den anderen Ländern wurden die Kampfringe bzw. Kampfstaffeln der Deutschnationalen Front verboten. In den Geschäftsstellen wurden Haussuchungen vorgenommen, die Büros wurden geschlossen, die Vermögenswerte beschlagnahmt. In Berlin sind schon am Vormittag des 21. Juni weit über hundert deutschnationale Kampfstaffelführer festgenommen worden, ferner wurden mehrere hundert Kommunisten, die sich in Kampfstaffeluniformen gesteckt hatten, der Staatspolizei zugeführt.

Gleichzeitig wurden verboten in Preußen: der deutschnationale Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes und die deutschnationalen Betriebsgruppenorganisationen;

in Sachsen: der Jungdeutsche Orden und der Tannenbergbund;

in Baden: der Jungdeutsche Orden, der Werwolf und die Deutschvölkische Freiheitspartei;

in Württemberg: der deutschnationale Kampfbund für den gewerblichen Mittelstand und die Deutschnationale Betriebszellenorganisation;

in Braunschweig: Jungdeutscher Orden, Werwolf und Tannenbergbund;

in Oldenburg: der Jungdeutsche Orden, der Tannenbergbund, der Werwolf, die Schwarze Front, die Deutschnationalen Betriebszellenorganisationen.

An demselben Tage wurde im Einvernehmen mit dem Oberpräsidenten der Rheinprovinz in den Regierungsbezirken Aachen, Köln, Koblenz und Trier zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, von dem zuständigen Regierungspräsidenten aufgelöst. Die Geschäftsstellen und Heime des Stahlhelms wurden vorläufig geschlossen, die Vermögenswerte sichergestellt.

Verbot von Stahlhelmgruppen.

„Nach der Auflösung einzelner Stahlhelmgruppen in Ostpreußen und in Braunschweig ist der Stahlhelm auch im Regierungsbezirk Düsseldorf in seiner bisherigen Organisationsform verboten worden. Der Verbotsgrund ist an allen Orten derselbe. Man wirft den örtlichen Stahlhelmleitungen vor, daß sie seit dem 30. Januar wahllos neue Mitglieder aufgenommen hätten, die vielfach unzuverlässig oder gar staatsfeindlich seien."

(Kölnische Zeitung, 20. 6. 33.)

Seldte für Kampfring-Verbot

Der Bundesführer des Stahlhelm befiehlt: „Die nach dem siegreichen Durchbruch der nationalsozialistischen Revolution nachträglich betriebene Ausbreitung und das Verhalten des Kampfringes junger Deutschnationaler, dessen Vorhandensein und Zweck auch dem Stahlhelm stets unverständlich war, hat heute eine Aktion ausgelöst, deren Notwendigkeit im Sinne der nationalsozialistischen Staatsidee gegen jede Reaktion anerkannt werden muß. Darum befehle ich entsprechend meinen Fehrbelliner Ausführungen gegen jede Reaktion: der Stahlhelm steht heute und zukünftig zu Adolf Hitler und in der Front der nationalsozialistischen Revolution. gez. Franz Seldte."

INHALT:

Die zweite Phase der deutschen Revolution
Nationalsozialistischer Sturmangriff auf die Parteien

Das Ehestands-Darlehen

Der Zankapfel Europas
Die Staatskrise in Oesterreich im Spiegel der Auslandspresse

Wir schalten um auf London
Das bisherige Ergebnis der Weltwirtschaftskonferenz

An den Rand geschrieben
Wirtschaftschronik der Woche — Sozialpolitische Umschau — Auslandsrevue — Neues vom Sport — Politischer Kurzbericht — Humor der Woche

Pressestimmen des In- und Auslandes

Weinbergers Aufgabe war es zunächst, einen geeigneten Redakteur für die geplante Publikation zu finden. Er dachte sofort an Andreas Gayk[39], mit dem er freundschaftlichen Kontakt pflegte und der seit Februar 1933 illegal in Weinbergers Berliner Wohnung lebte. Seinen journalistischen Werdegang hatte Gayk mit einem Volontariat bei der Lüdenscheider Volksstimme, dem *„sozialdemokratischen Organ des Sauerlandes"*[40], begonnen. Von dort wechselte er nach Kriegsende 1918 zur Schleswig-Holsteinischen Volks-Zeitung nach Kiel, wo er bereits 1931/32 scharfe journalistische Stellungnahmen gegen die Nationalsozialisten verfaßte. Nach dem Verbot der VZ vom 27. Februar 1933 wurde Gayk polizeilich gesucht.[41] In sozialdemokratischen Kreisen war er als *„Prototyp des aus dem Arbeiterstande kommenden politischen Menschen"* geachtet, und, so sein VZ-Kollege Karl Rickers, *„der Sozialismus war ihm eine Sache, die in jeder Handlung realisiert werden mußte"*.[42] Hans Weinberger und Andreas Gayk kannten sich außerdem durch ihre gemeinsame Vorstandstätigkeit bei der Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde-Bewegung, die in Kiel ihr Zentrum hatte.[43]

Von der publizistischen Idee Mendels war Gayk begeistert. Nach kurzer Bedenkzeit erklärte er seine Bereitschaft zur Mitarbeit als Leiter der Redaktion,[44] arbeitete zunächst aber mit gefälschten Ausweispapieren formal bei der Firma Rehbein, die zu Mendels Kunden zählte.[45] Später, nachdem Gayk vom früheren Geschäftsführer der Schleswig-Holsteinischen Volks-Zeitung, Alfred Freundel, falsche Zeugnisse ausgestellt bekommen hatte — und er innerhalb Berlins mehrfach umgezogen war — wurde die polizeiliche Fahndung eingestellt. Er konnte nun als Büroangestellter in dem Verlag, der den Blick schließlich herausbrachte, beschäftigt werden. Aufgrund ihrer politischen Vorbelastung war es jedoch für Gayk, Mendel und Weinberger unmöglich, nach außen hin als Herausgeber bzw. Schriftleiter aufzutreten.[46]

Ende Mai 1933 suchten Mendel, Weinberger und Gayk Dr. Alfred Ristow[47] auf, einen ehemaligen preußischen Polizeioffizier und Inhaber eines kleinen, aber für die Reichswehr wichtigen fernmeldetechnischen Betriebes namens „Dr. A. Ristow Steuer-, Draht- und Funktechnik".[48] Ristow konnte, rechtlich abgesichert, als Verleger auftreten, denn er gab für seine Firma eine Art Hauszeitschrift heraus, die bei Mendel gedruckt wurde: Draht und Äther.[49]

Nachdem Ristow Gayk kennengelernt hatte, konnten Mendel und Weinberger den Doktor der Staatswissenschaften[50] nicht nur als Herausgeber und Verleger für das Projekt gewinnen, sondern auch als — für die Machthaber politisch unbedenklichen — Strohmann in der Schriftleiterposition. Er schien anfangs ausschließlich wirtschaftliche Interessen mit dem Blick zu verbinden, ging jedenfalls jeglichem finanziellen Risiko aus dem Weg, indem er die ökonomische Verantwortung zu großen Teilen auf Mendel übertrug:[51] Mendel war mit 50% stiller Teilhaber, zahlte ein Schriftleiterhonorar, Bürokosten etc. an Ristow, bekam allerdings im Gegenzug den dauernden Druckauftrag zugesagt. Das Projekt sollte sich später für beide, Ristow und Mendel, als sehr lukrativ herausstellen.[52]

Ristow war politisch nicht aktiv, aber in seinen Wertvorstellungen entschieden liberal und bürgerlich.[53] Die Nationalsozialisten waren für ihn *„nur Kretins: laut, unangenehm und ohne jeden Stil"*[54]. Für die

[33] Der SPD-Vorstand, der nach den Übergriffen auf Gewerkschaftshäuser und Parteizentralen am 2.5.1933 nach Karlsbad und Prag emigriert war, führte den Blick in den Deutschland-Berichten der Sopade nicht auf. Diese wurden von Erich Rinner und Fritz Heine als monatliches Periodikum erstellt und sollten neben dem Neuen Vorwärts, der Zeitschrift für Sozialismus u. a. den Fortbestand der sozialdemokratischen Presse sichern. Vgl. Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Hrsg.), Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934-1940. Neu hrsg. und mit einem Register versehen von Klaus Behnken. Frankfurt a. M. 1980. Fortan zitiert als SPD, Deutschland-Berichte.

[34] Vgl. A. Rathmann, Gegen den Nationalsozialismus. Die Wochenzeitung „Blick in die Zeit" 1933-1935, in: J. Jensen/K. Rickers (Hrsg.), Andreas Gayk und seine Zeit. 1893-1954. Erinnerungen an den Kieler Oberbürgermeister, Neumünster 1974. S. 65-68. Hier S. 65 f. Fortan zitiert als Rathmann, Gegen.

[35] Johann-Josef Weinberger (1898-1976) saß 1938/39 mehrere Monate zusammen mit Otto Grotewohl und Erich Gniffke in Untersuchungshaft in Braunschweig, wurde dann aber aus Mangel an Beweisen wieder freigelassen (vgl. Weinberger, Rückschau, S. 16). 1945 war Weinberger an der Wiederbegründung der Kinderfreundeorganisation in Bayern beteiligt, später Mitglied im Bundesvorstand der Arbeiterwohlfahrt. Lotte Knauer war die Tochter Hans Vogels, hauptberuflich Lehrerin und außerdem eine führende Helferin der Berliner Kinderfreunde-Organisation.

[36] Vgl. Weinberger, Rückschau, S. 19.

[37] Ebd., S. 5, sowie Mendel, Blick, S. 9.

[38] Ebd., S. 9.

[39] Andreas Gayk (1893-1954) wurde nach dem Blick-Verbot Vertreter für Pharmaziefirmen. Vgl. K. Rickers, Erinnerungen eines Kieler Journalisten. 1920-1970, Neumünster 1992. S. 109. Fortan zitiert als Rickers, Erinnerungen. 1946-1954 war Gayk SPD-Landesvorsitzender und Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion in Schleswig-Holstein, gleichzeitig Oberbürgermeister von Kiel.

[40] Eisfeld/Koszyk, Presse, S. 157.

Berlin, den 14. Oktober 1933
Nr. 18 RM. 0,15

Blick in die Zeit

Herausgeber: Dr. A. Ristow

Erscheint jeden Sonnabend

PRESSESTIMMEN DES IN- UND AUSLANDES ZU WIRTSCHAFT, POLITIK UND KULTUR

DIE POLITISCHE PRESSE IM AUTORITÄREN STAAT

Das neue Schriftleitergesetz, das auf Vorschlag des Reichspropaganda-Ministers vom Reichskabinett beschlossen wurde, ist durchaus nicht etwa nur eine Angelegenheit der Presse. Dieses Gesetz geht jeden an, weil es das Verhältnis von Staat und Presse und damit auch von Staat und Zeitungsleser grundlegend ändert. Wir halten es deshalb für unsere Pflicht, die Leser von „Blick in die Zeit" über die geistigen Voraussetzungen dieses Gesetzes, das die gesamte politische Presse Deutschlands dem autoritären Staate organisch einfügt, eingehend zu unterrichten.

Das neue Grundgesetz

„Die Presse ist eine öffentliche Einrichtung."

„Die Presse ist Mittel der geistigen Einwirkung auf die Nation, sie ist vor allem auch Staats- und Nationalerziehungsmittel, wie Schule, Rundfunk, Bühne, Film. Sie ist also ihrem Wesen nach eine öffentliche Einrichtung, das Gegenteil dessen, was die liberale Anschauung und das liberale Recht in ihr sieht."

Aus der Begründung des Schriftleitergesetzes. (A., 6. 10. 33.)

Die Freiheit des Individuums ist begrenzt.

„Die Freiheit des Individuums richtet sich immer nach der Freiheit, die ein Volkskörper an sich zu genießen in der Lage ist, und die Freiheit des Individuums muß ihm um so mehr eingegliedert werden, je größer die akuten Gefahren sind, von denen der Staatskörper an sich temporär bedroht ist."

Dr. Goebbels. (A., 5. 10. 33.)

Die Konsequenzen

Nicht jeder kann Schriftleiter sein.

„Schriftleiter kann nur sein, wer

1. die deutsche Reichsangehörigkeit besitzt,
2. die bürgerlichen Ehrenrechte und die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht verloren hat,
3. arischer Abstammung ist und nicht mit einer Person von nichtarischer Abstammung verheiratet ist,
4. das 21. Lebensjahr vollendet hat,
5. geschäftsfähig ist,
6. fachmännisch ausgebildet ist,
7. die Eigenschaften hat, die die Aufgabe der geistigen Einwirkung auf die Öffentlichkeit erfordert."

(§ 5 des Schriftleiter-Gesetzes.)

Zu Ziffer 7: „Eintreten für eine Weltanschauung, die mit dem vorbehaltlosen Bekenntnis zur Nation und zum Staate der Nation in Widerspruch steht, würde als Mangel einer persönlichen Eignung anzusehen sein." (A., 6. 10. 33.)

Die Aufgaben des Schriftleiters regelt das Gesetz.

„Schriftleiter haben die Aufgabe, die Gegenstände, die sie behandeln, wahrhaft darzustellen und nach ihrem besten Wissen zu beurteilen."

„Schriftleiter sind im Sonderheit verpflichtet, aus den Zeitungen alles fernzuhalten,

1. was eigennützige Zwecke mit gemeinnützigen in einer die Öffentlichkeit irreführenden Weise vermengt,
2. was geeignet ist, die Kraft des Deutschen Reiches nach außen oder im Innern, den Gemeinschaftswillen des deutschen Volkes, die deutsche Wehrhaftigkeit, Kultur oder Wirtschaft zu schwächen oder die religiösen Empfindungen anderer zu verletzen,
3. was gegen die Ehre und Würde eines Deutschen verstößt,
4. was die Ehre oder das Wohl eines anderen widerrechtlich verletzt, seinem Rufe schadet, ihn lächerlich oder verächtlich macht,
5. was aus anderen Gründen sittenwidrig ist.

(§§ 13 und 14 des neuen Gesetzes.)

In dieser Nummer:

Die politische Presse im autoritären Staat
Rund um den Reichstagsbrand
Die Arbeitsschlacht
Was wird aus den Warenhäusern?
Entdeckungsreisen im Blätterwald
Blick in die Auslandspresse

Außerdem:

Das Wichtigste und Interessanteste aus Politik und Wirtschaft, Sport und Kultur

Übernahme der offiziellen Verantwortung beim Blick war jedoch entscheidend, daß Ristow nicht sozialistisch oder marxistisch vorbelastet war, also keine Repressalien seitens der Gestapo zu befürchten hatte.

Mendel, Weinberger und Gayk gründeten zusammen mit Ristow in dessen Villa in Berlin-Grunewald am 1. Juni 1933 die Publikation mit dem von Mendel leicht geänderten Titel Blick in die Zeit.[55] Vereinbarungen über Preis, Honorarkosten, Auslieferung und Zahlungsweise wurden getroffen. Nach den damals gültigen Bestimmungen bedurfte es weder einer Genehmigung noch einer Anmeldung der Zeitschrift, da sie ein gewerbliches Unternehmen innerhalb des schon bestehenden Verlages Dr. A. Ristow darstellte und somit legitimiert war.[56] Das „Gesetz über das Verbot von Neugründungen" bestand zu diesem Zeitpunkt noch nicht.[57]

Knapp zwei Jahre lang arbeiteten dann verschiedene Personen dem „Ein-Mann-Betrieb"[58] unter der Regie von Andreas Gayk zu. Sie kamen zumeist aus seinem Kieler Umfeld, waren ihm vertraut und unbedingt verläßlich.[59] Letztlich verschaffte Gayk vielen von ihnen die freie Mitarbeit beim Verlag nicht nur wegen der Fülle des zu bearbeitenden Materials, sondern auch aus sozialen Erwägungen, denn die meisten seiner Genossen, die journalistische Erfahrungen mitbrachten, waren im Zuge der politischen Umwälzungen arbeitslos geworden. 14 Mitarbeiter aus dem engeren Umkreis der Redaktion sind namentlich bekannt. Ihre im folgenden kurz umrissenen Werdegänge bis zum Eintritt beim Blick machen deutlich, aus welchem politischen und ggf. publizistischen Milieu sie stammen, aber auch, warum Lösche und Scholing zurecht von einer „Solidargemeinschaft" sprechen:

Rolf Bathe war früher Redakteur beim Vorwärts und mit der Gruppe der Mitarbeiter um die Neuen Blätter für den Sozialismus verbunden gewesen. Er kam erst durch Vermittlung August Rathmanns zum Blick.[60] Bathe arbeitete als freier Mitarbeiter im Ressort Innenpolitik.[61]

Frieda Brockmann[62] war von 1919-1924 Redaktionssekretärin bei der Schleswig-Holsteinischen Volks-Zeitung gewesen. 1925 ging sie zum Sozialdemokratischen Pressedienst Berlin und war später bis 1933 für die Arbeiterwohlfahrt Berlin tätig. In der Blick-Redaktion erledigte sie in direkter Zusammenarbeit mit Andreas Gayk die anfallenden Schreib- und Büroarbeiten.[63]

Kurt Exner[64] war gelernter Industriekaufmann und Sekretär beim Gesamtvorstand des ADGB.[65] Er wurde durch Mendel, anfangs als Korrektor an den Blick herangeführt. Ab Oktober 1933 war er für Umbrucharbeiten zuständig und bereits ein Jahr später in einem Angestelltenverhältnis beim Verlag als Geschäftsführer tätig. Über seine bisherigen Aufgaben hinaus erledigte er nun Büroarbeiten, war für den Anzeigenteil verantwortlich und verwaltete das Lager, denn neben der Tätigkeit für den Blick arbeitete Exner auch im fernmeldetechnischen Betrieb des Verlegers. Er wurde zu Ristows Vertrauensperson und vermittelte bei Unstimmigkeiten oft zwischen ihm und Gayk.[66] Als Ristow und Gayk im August 1935 verreist waren, leitete Exner die Redaktion.[67]

Michael Freund[68], von März 1931 bis Dezember 1932 SPD-Mitglied,[69] arbeitete als wissenschaftliche Hilfskraft an der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin und gehörte wie Bathe und Gayk zum

[41] Vgl. K. Rickers, Der Journalist, in: J. Jensen/K. Rickers (Hrsg.), Andreas Gayk und seine Zeit. 1893-1954. Erinnerungen an den Kieler Oberbürgermeister, Neumünster 1974. S. 51-64. Hier bes. S. 56-60. Fortan zitiert als Rickers, Journalist.

Laut Rudolf Küstermeier soll Gayk auch bei der linkssozialistischen Studentenorganisation „Roter Stoßtrupp" am Rande beteiligt gewesen sein. Er habe Exemplare der gleichnamigen Untergrundzeitschrift nach Kiel und Hamburg transportiert (siehe auch weiter unten die Angaben zur Person Rudolf Küstermeiers). Vgl. Lösche/Scholing, Solidargemeinschaft, S. 526.

[42] Ebd., S. 51.

[43] Vgl. H. Weinberger, Andreas Gayk — der Redakteur von „Blick in die Zeit". Unveröffentlichtes Manuskript (Kopie liegt mir vor). Verfaßt in München, Februar 1973. S. 8. Fortan zitiert als Weinberger, Gayk. Sowie Weinberger, Rückschau, S. 19. Die „Kinderfreunde" verstanden sich selbst als eine Erziehungsgemeinschaft für Jugendliche auf sozialistischer Grundlage. Ihr geistiger Führer war Kurt Löwenstein. Wahrscheinlich arbeiteten Gayk und Weinberger ebenfalls an den bis 1932 in Berlin erschienenen Zeitschriften Der Kinderfreund und Sozialistische Erziehung sowie an dem bis 1933 herausgegebenen Kinderfreunde-Jahrbuch mit. Vgl. Eisfeld/Koszyk, Presse, S. 59-206.

[44] Lösche und Scholing (Solidargemeinschaft, S. 522) geben an, daß die Verbindung mit Gayk aufgrund einer Empfehlung Hans Vogels sowie durch Vermittlung seiner Tochter Lotte Knauer über Mendel zustande kam. Mendel selbst äußert sich ähnlich (Blick, S. 8) zu diesem Sachverhalt, doch Weinbergers Version erscheint weitaus glaubwürdiger, weil er die betreffenden Geschehnisse, die er auf „Anfang Mai" datiert, sehr schlüssig und detailliert schildert. Vgl. Weinberger, Gayk, S. 2.

[45] Vgl. P. Lösche/M. Scholing, Interview mit Kurt Hermann Mendel (Kopie der Mitschrift liegt mir vor). Geführt in Berlin, 2. Dezember 1981, S. 3. Fortan zitiert als Lösche/Scholing, Mendel. Gayk bezog von Mendel über die gesamte Erscheinungszeit hinweg ein — für damalige Verhältnisse großzügiges — Gehalt von wöchentlich RM 200,-.

[46] Vgl. Rickers, Erinnerungen, S. 100 f. Fälschlicherweise wird Andreas Gayk von Eisfeld und Koszyk als Herausgeber bezeichnet. Vgl. Eisfeld/Koszyk, Presse, S. 92.

Umfeld der Neuen Blätter für den Sozialismus. Beim Blick war Freund ein wichtiger Mitarbeiter, da er insbesondere fremdsprachige Publikationen an seinem Institut in großer Zahl und kostengünstig beschaffen konnte. Er wählte selbständig einzelne Artikel aus und übersetzte sie, wodurch er zu Gayks bevorzugtem Mann für die Außenpolitik avancierte.[70]

Frieda Gayk[71] kam wie ihr Ehemann aus der Kieler Kinderfreunde-Bewegung. Beim Blick arbeitete sie zusammen mit Frieda Brockmann in den Räumen der Redaktion. Zu ihrem Aufgabenbereich gehörte neben üblichen Bürotätigkeiten das Ausschneiden, Aufkleben und Datieren der Quellen.[72]

Karl Franz Jurda war vom 10. Mai 1935 an laut Impressum „verantwortlich für alle Auslandsstimmen" (19/35/16). Tatsächlich bekleidete er innerhalb der Redaktion jedoch keinerlei Funktionen, sondern fungierte ausschließlich als Strohmann für Michael Freund, der offiziell nicht in Erscheinung treten sollte.[73]

Auch Rudolf Küstermeier[74] kam aus dem Kreis um die Neuen Blätter für den Sozialismus und schrieb außerdem 1932 für das ADGB-Organ Die Arbeit.[75] Er gehörte der sozialistischen studentischen Widerstandsgruppe „Roter Stoßtrupp" an, die *„eine der frühesten illegalen Organisationen"*[76] war und die gleichnamige Zeitschrift Roter Stoßtrupp herausgab. Am 29. November 1933 wurde Küstermeier wegen illegaler politischer Aktivitäten, die er bereits Anfang 1933 begonnen hatte, verhaftet und saß bis 1943 im Gefängnis.[77] Beim Blick war er laut August Rathmann als freier Mitarbeiter für die Bereiche Wirtschaft, Sport sowie Vermischtes zuständig[78] und hatte, wie nach ihm Kurt Exner, die Funktion eines Verbindungsmannes und Schlichters zwischen Gayk und Ristow.[79]

Friedrich Mandelkow[80] hatte zu den Organisatoren der sozialistischen Jugendwohlfahrt Kiel gehört und wurde 1933 aus politischen Gründen bei der Sozialverwaltung Kiel entlassen. Er war ein Freund Gayks und stellte beim Blick eine Art Redaktionssektretär dar, bearbeitete aber auch Nachrichtenmaterial.

Ludwig Preller[81] hatte Volkswirtschaft und Zeitungswissenschaften studiert. Er wurde im März 1933 ohne Gesetzesgrundlage aus der Dresdener Ministerialbürokratie entlassen.[82] Preller bearbeitete für den Blick Nachrichtenmaterial.

August Rathmann[83] war Mitbegründer des sozialistischen Studentenbundes Kiel gewesen und hatte Schriften zur Zeit sowie Sozialismus aus dem Glauben herausgegeben, bevor er von 1930 bis 1933 Mitherausgeber der Neuen Blätter für den Sozialismus wurde.[84] Nach deren Verbot war Rathmann beim Blick für wissenschaftliche Themen und NS-Ideologie zuständig.

Seine Frau, Maria Rathmann[85], betreute beim Blick die Rubrik „Kulturpolitische Rundschau".

Karl Rickers[86] war 1926-1933 Redakteur der Schleswig-Holsteinischen Volks-Zeitung, also ein Kollege Gayks. Beim Blick arbeitete er im Dezember 1933 zunächst einige Wochen als Ersatzmann für den verhafteten Rudolf Küstermeier, blieb aber bis März 1934 Mitarbeiter einer Metallrelief-Firma. Danach war Rickers hauptberuflich für die Redaktion der Unterhaltungsbeilage Kurze Pause zuständig.[87]

Otto Suhr[88] hatte Geschichte, Volkswirtschaft und Zeitungswissenschaften studiert. Bis 1933 war er u. a. in der Angestelltenbewegung

[47] Dr. Alfred Ristow (1897-1960) führte nach dem Blick-Verbot seinen Fernmeldebetrieb weiter. Er beschäftigte während des Krieges bis zu 800 Mitarbeiter im Betrieb und machte Defizite in Millionenhöhe. Nach dem Krieg spezialisierte sich seine heute in Karlsruhe ansässige Firma auf Alarmanlagenbau. Vgl. u. a. P. Lösche/M. Scholing, Interview mit Kurt Exner (Kopie der Mitschrift liegt mir vor). Geführt in Berlin, 3. Dezember 1981, S. 2 f. Fortan zitiert als Lösche/Scholing, Exner.

[48] Diese Firmen-Bezeichnung teilte mir Ristows Sohn Helmut telefonisch am 30.1.1995 mit. Während der Kriegsjahre wurde der Betrieb in „ARI Feinwirk KG" umbenannt. Exner bezeichnet Ristows damalige Firma als: „Dr. A. Ristow — Arifunk". Vgl. Exner, Brief an Weinberger vom 26. Juli 1966, in: Weinberger, Rückschau, S. 20. An anderer Stelle verwendet Weinberger den Titel: „ ‚Ari'-Fernmeldetechnik Berlin". Vgl. Weinberger, Gayk, S. 1. Ristow verfügte durch seine Frau (geb. Hefter) über einige Geldmittel, die er zur Entwicklung von Patenten einsetzte. Vgl. Lösche/Scholing. Exner, S. 2.

[49] Lösche und Scholing bezeichnen die Ristowsche Fernmeldezeitschrift als „ARI Draht und Äther" und geben an, sie sei von einem Verein ehemaliger Offiziere der Nachrichtentruppen herausgegeben worden. Ferner soll Ristow dort Redakteur gewesen sein. Vgl. Lösche/Scholing, Solidargemeinschaft, S. 522. Wahrscheinlicher erscheint jedoch die durch Weinberger nach einem Brief Kurt Exners überlieferte Version, derzufolge besagte Zeitschrift *„als Hauswerbung für seine Firma Dr. A. Ristow — Arifunk"* herausgegeben wurde. Vgl. Weinberger, Rückschau, S. 20. Aufgrund eines entsprechenden Inserates im Blick ist in jedem Falle sicher, daß *„als Nachfolgeblatt von ‚Draht und Äther'"* ab Februar 1934 in Ristows Zeitschriftenverlag die Illustrierte Fernmelde-Technik erschien (7/34/16).

[50] Ristow legte 1926 zur Erlangung der staatswissenschaftlichen Doktorwürde an der Hohen Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Albertus-Universität zu Königsberg seine Dissertation mit dem Titel „Die internationale Entwicklung und Bedeutung der Funktelegraphie" vor.

[51] Hinter Ristows Motivation, beim Blick einzusteigen. Vgl. Mendel, Blick, S. 16 f. Lösche und Scholing dagegen polemisieren im Zusammenhang mit der Person Ristows, stellen ihn als „Salonlöwen", „Monokelträger" und „passionierten Militaristen" dar. Vgl. Lösche/Scholing, Solidargemeinschaft, S. 522 u. 526.

[52] Vgl. Lösche/Scholing, Exner, S. 2.

[53] Vgl. Rickers, Erinnerungen, S. 95.

[54] Vgl. Mendel, Blick, S. 16.

[55] Ebd., S. 10.

[56] Ebd., S. 5. Die Verlagsadresse lautete zunächst: Verlag Dr. A. Ristow, Berlin-Halensee, Johann Georgstr. 3. Ab Oktober 1934 war die Anschrift: Verlag Dr. A. Ristow, Berlin-Grunewald, Trabenerstr. 29a.

[57] Zu den Auswirkungen dieses Gesetzes siehe Punkt 2.8. „Die Kurze Pause".

[58] Mendel, Blick, S. 11.

[59] Vgl. Rathmann, Gegen, S. 67.

[60] Ebd. Wenn nicht anders angegeben, beziehe ich mich bei den Kurzbiographien der Mitarbeiter auf Angaben von Lösche/Scholing, Solidargemeinschaft, S. 517-561.

[61] Diese Information erteilte mir Karl Rickers in einem Telefongespräch am 2.3.1995.

2.3. Redaktionelle Praxis

[62] Frieda Brockmann (später verh. Niendorf, 1902-1994) wohnte seit 1947 in Lübeck und war Mitbegründerin des Landesfrauenrates Schleswig-Holstein, wo sie bis 1960 das Amt der Schriftführerin bekleidete. Zuletzt lebte sie in Malente. Diese Auskunft erteilte mir auf Anfrage der in Kiel ansässige Landesfrauenrat Schleswig-Holstein e. V. in einem Brief vom 10.1.1995. Fortan zitiert als Landesfrauenrat, Brief.

[63] Vgl. Rathmann, Gegen, S. 67. Das Aufgabenfeld Frieda Brockmanns beschrieb mir Karl Rickers telefonisch am 2.3.1995.

[64] Kurt Exner (geb. 1901) blieb bis zum Kriegsende Prokurist bei Ristow. Von 1948-1959 war er Bürgermeister der Berliner Bezirke Prenzlauer Berg und Neukölln, 1959-1967 dann Senator für Arbeit und Soziales. Zur Zeit der Niederschrift wohnte Exner in Berlin.

[65] Vgl. K. Richter (Hrsg.), Erinnerungen an Reinickendorfer Sozialdemokraten 1933-1945. Jahre der Unmenschlichkeit. Darin [anonym]: Eine mutige Wochenschrift, Berlin o. J. [1987]. S. 94-96. Hier S. 96. Fortan zitiert als Richter, Reinickendorfer.

[66] Ristow konnte Exner zweimal nach Verhaftungen aufgrund von Denunziationen aus dem Gefängnis befreien. Dabei trat er in der Gestapo-Zentrale in voller preußischer Offiziersuniform auf. Vgl. Exner, Brief an Weinberger vom 26.7.1966, zitiert nach Weinberger, Rückschau, S. 20 f.

[67] Vgl. Weinberger, Rückschau, S. 18. Für Ristow, der sich auf einer Kreuzfahrt befand, wurde im Impressum (31/35/16) Hans Olaf Bellmann als vertretender Hauptschriftleiter angegeben. Bellmann gestaltete mit Karl Rickers seit Anfang 1934 die Kurze Pause (siehe Punkt 2.8.). Vgl. Rickers, Erinnerungen, S. 103.

beschäftigt.[89] Danach war er drei Jahre arbeitslos, betätigte sich jedoch soweit wie möglich als freier Journalist. Beispielsweise schrieb er in der Frankfurter Zeitung bis zu ihrem Verbot 1943, meistens über Entwicklungen der Konsumgüterindustrie. Beim Blick wurde er gelegentlich mit der Bearbeitung von Nachrichtenmaterial aus dem Bereich der Wirtschaft betraut.[90]

Friedrich Weiß[91] war seit 1924 Angestellter der Verlagsgesellschaft des ADGB und Landesvorsitzender des Buchhändlerverbandes gewesen. Später leitete er in Berlin bis zur Gleichschaltung des ADGB die dortige Gewerkschaftsbuchhandlung, die er dann nach dem 2. Mai 1933 unter eigener Regie weiterführen konnte. Weinberger trat diesem „Buch- und Zeitschriftenvertrieb Friedrich Weiß" als Kompagnon bei. Ab Ende 1933 war die Firma für die Generalauslieferung des Blicks zuständig.

Schon die weiter oben beschriebenen politischen und publizistischen Rahmenbedingungen machten es dem weitgehend aus der Sozialdemokratie zusammengesetzten Personal unmöglich, eine „herkömmliche" Redaktionsstruktur aufzubauen. Aber auch das besondere Verfahren, die gesamte Zeitschrift aus Pressestimmen zusammenzustellen, hatte selbstverständlich starke Auswirkungen auf die Arbeitsabläufe, die nur geringen personellen Aufwand erforderten. So kommt es, daß die Beschreibung der redaktionellen Praxis beim Blick fast ausschließlich an der dominierenden Figur des Andreas Gayk aufgehängt werden muß. August Rathmann beurteilt den Einfluß Gayks auf das gestalterische Konzept der Publikation folgendermaßen: *„Von ihm, dem versierten Journalisten, erhielt das Projekt die entscheidende methodisch-inhaltliche Wendung zur geschickt getarnten äußerst möglichen Aggressivität."*[92]

Gayk sichtete selbst einen Großteil des Pressematerials, das ausschließlich aus in Deutschland erhältlichen Publikationen bestand. Er wählte zumindest bei den im engeren Sinne politischen Themen den Stoff aus und entschied für den gesamten Blick über die systematische *„Anordnung des Inhalts, den Satzspiegel und die Formulierung der oft taktisch verhüllenden Überschriften"*[93]. Gayk gliederte den Stoff mit unverkennbarem *„politisch-pädagogischen Geschick, ...* [um] *Zusammenhänge herzustellen und Vorgänge transparent zu machen"*[94]. Die Art und Weise wie er die Auszüge collagierte, sie in einen spezifischen, von ihm selbst kreierten Kontext bettete, hat den Charakter des Blicks entscheidend geprägt.

Wenn Gayk allerdings Mitarbeiter mit der Bearbeitung von Materialien beauftragte, ließ er ihnen *„im ganzen freie Hand"*[95] und koordinierte lediglich ihren Aufgabenbereich. Seine Frau Frieda, Friedrich Mandelkow und Frieda Brockmann standen ihm, vermutlich zur Bewältigung der Schreibarbeiten, in der Redaktion in seiner Wohnung in der Uhlandstraße zur Seite, später dann in Ristows Haus und Betriebsräumen an der Trabenerstraße im Berliner Bezirk Grunewald.[96] Mit Michael Freund hielt Gayk des öfteren Rücksprache wegen der zahlreichen ausländischen Pressestimmen.[97] Die anderen Mitarbeiter kamen nur von Fall zu Fall zu kurzen Besprechungen und erhielten (Teil-)Aufträge wie etwa das Sammeln von Zeitungsausschnitten zu bestimmten Themen oder Sachgebieten.[98]

Unter den Mitarbeitern herrschte ein großes Maß an Verläßlichkeit,

was für alle absolut lebensnotwendig und auch jedem in dieser Bedeutung bewußt war. Diese fast konspirativ anmutende Haltung wurde trotz — oder gerade wegen — der wenigen persönlichen Beziehungen zum Unternehmen Ristows und zu den Kollegen von den einzelnen Mitarbeitern verinnerlicht. Selbst Personen aus der Kerngruppe wie z.B. Kurt Hermann Mendel wußten nicht einmal, wer genau dem Blick zuarbeitete.[99] Gleiches galt für Kurt Exner, der aus der Redaktion nur Gayk, Mandelkow und Mendel kannte.[100] Hans Weinberger erging es ebenso: Im Konfliktfall mit Gayk hätte er keinen Ansprechpartner innerhalb der Redaktion finden können, da ihm niemand außer Gayk bekannt war.[101] Die am Blick beteiligten Nebenberufler wußten meist gar nichts voneinander, wahrscheinlich wollten sie es auch (aus Selbstschutz) nicht.[102] Für die Existenz des Blicks war ein solches gesteigertes Sicherheitsbedürfnis, wie es sich in dem betont anonymen Arbeitsklima ausdrückte, von wesentlicher Bedeutung; die Devise der Hauptverantwortlichen war nicht zuletzt: *„Was die Mitarbeiter nicht wissen, können sie im Notfall auch nicht vor der Gestapo aussagen.“*[103] Die Verhaftung und Vernehmung Rudolf Küstermeiers durch die Gestapo hätte sich ansonsten für den Blick zu großem Nachteil entwickeln können.[104] Ein gespanntes, sogar von leichtem Mißtrauen beherrschtes Verhältnis bestand nicht nur innerhalb der „Redaktion“, sondern auch zwischen den Bereichen Redaktion, Verlag, Druckerei und Vertrieb.[105]

Wie oben bei den Aufgaben der Mitarbeiter schon angedeutet, gab es oft Differenzen zwischen der inoffiziellen Redaktion, also Gayk, und dem offiziellen Schriftleiter Dr. Alfred Ristow.[106] Die einzelnen Ausgaben konnten erst in Druck gehen, nachdem Ristow die fertigen Seitenabzüge vorgelegt worden waren und er sie gegengezeichnet hatte.[107] Dieses Verfahren war von Mendel nach zähen Verhandlungen mit dem Herausgeber erreicht worden, der zunächst verlangt hatte, noch größeren Einfluß bei den Textkorrekturen nehmen zu können. Nur noch an Gayk war es, sich daraufhin über Textfragen direkt mit Ristow auseinanderzusetzen. Anlaß dazu boten vielfach die internationalen Pressestimmen.[108] Gayk verlangte, eine Anzahl ausländischer, auch NS-feindlicher Publikationen im Blick zitieren zu dürfen; Ristow dagegen forderte eine Einschränkung der oppositionellen Stimmen und eine „wertfreiere“ Gestaltung, bei der mehr Nachrichten aus der deutschen, ergo gleichgeschalteten Presse berücksichtigt werden sollten.[109]

Den wohl heftigsten Disput schildert Weinberger wie folgt: Gayk wollte Zitate aus in Deutschland verbotenen Schweizer Zeitungen im Blick veröffentlichen. Ristow stand diesem Plan strikt ablehnend gegenüber, denn er befürchtete ein daraus resultierendes sofortiges Verbot. Weinberger selbst war als Vermittler diesmal auf Seiten Ristows. Er glaubte, daß Gayk durch seine kompromißlose und zu unvorsichtige Art der Zusammenstellung, den Blick mitsamt Vertriebsapparat einem zu großen Risiko aussetze. In einer für ihn ausweglos erscheinenden Situation schlug Weinberger Ludwig Preller aus Leipzig, den er aus der SPD kannte, als Nachfolger Gayks vor: Gayk sollte, so Weinberger, spüren, daß er nicht unersetzbar war.[110] Darauf gab der Redakteur in diesem Fall nach und strich die umstrittenen Artikel aus seinem Konzept.[111]

Gayks radikaler Kurs ist vielleicht verständlicher, wenn man be-

[68] Michael Freund (1902-1972) wurde 1938 Dozent für westeuropäische Geschichte an der Universität Freiburg, aus politischen Gründen jedoch wieder entlassen. Nach 1945 war er erneut Dozent in Freiburg und Mitherausgeber von Die Gegenwart. 1956 erhielt er in Kiel eine Professur für Wissenschaft und Geschichte der Politik.

[69] Vgl. M. Freund, Brief an den Reichsverband Deutscher Schriftsteller in Berlin vom 3.1.1934. Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU)/Zwischenarchiv Dahlwitz-Hoppegarten: ZR 590, Ak. 3, S. 8.

[70] Dies wurde mir u. a. von Karl Rickers in einem Telefongespräch am 24.10.1994 bestätigt. Vgl. dazu auch Rickers, Erinnerungen, S. 101.

[71] Frieda Gayk (geb. Brennecke, 1894-1960).

[72] Diese Auskunft erteilte mir Karl Rickers in einem Telefonat am 2. März 1995.

[73] Ebd.

[74] Rudolf Küstermeier (1903-1977). Nach seiner Entlassung 1943 nahm er die illegale Tätigkeit wieder auf und wurde 14 Tage später erneut inhaftiert. 1945 befreiten ihn die Alliierten aus dem KZ Bergen-Belsen. Küstermeier war 1948-1950 erster Chefredakteur der Welt und ging 1957-1968 als dpa-Korrespondent nach Israel. Vgl. H.-R. Sandvoß, Widerstand in Mitte und Tiergarten. Hrsg. von der Gedenkstätte Deutscher Widerstand (Band 8 der Schriftenreihe über den Widerstand in Berlin von 1933 bis 1945), Berlin 1994. S. 68. Fortan zitiert als Sandvoß, Widerstand.

[75] Vgl. L. Preller, Ein entlarvender Pressespiegel. Beispiele aus „Blick in die Zeit“ von 1934, in: J. Jensen/K. Rickers (Hrsg.), Andreas Gayk und seine Zeit. 1893-1954. Erinnerungen an den Kieler Oberbürgermeister, Neumünster 1974. S. 69-73. Hier S. 73. Fortan zitiert als Preller, Pressespiegel.

[76] Rudolf Küstermeier zitiert nach C. Freytag, Beobachter im „Reich der Mitte“. Alfred Sohn-Rethels Aufzeichnungen zur Ökonomie des deutschen Faschismus, in: A. Sohn-Rethel, Industrie und Nationalsozialismus. Aufzeichnungen aus dem „Mitteleuropäischen Wirtschaftstag“, Berlin 1992. S. 7-34. Hier S. 15.

[77] Küstermeier gab im Verlauf der Vernehmung an, daß ihm über unbekannte Mittelsmänner das Material für den Roten Stoßtrupp übergeben worden sei. Anklageschrift gegen Rudolf Küstermeier u. a., Leipzig 15.5.1934. S. 17. BStU/Zwischenarchiv Dahlwitz-Hoppegarten: ZC 16630, Bd. II-VIII. Fortan zitiert als Anklageschrift gegen Küstermeier.

[78] Vgl. Rathmann, Gegen, S. 67.
Zu Küstermeiers Aufgabenbereich gehörte wahrscheinlich außerdem die Bearbeitung von Hochschul-Themen. Vgl. Anklageschrift gegen Küstermeier, S. 13.

denkt, daß er auf lange Sicht ohnehin mit dem Verbot des Blicks rechnete. Er glaubte weniger zu verlieren, wenn er in der noch verbleibenden Zeit versuchte, möglichst viel „politische Unruhe" zu stiften.[112] Er vertrat also bei der inhaltlichen Gestaltung des Blicks eine sehr kämpferische, aggressive und auf keinen Fall halbherzige Linie. Karl Rickers urteilt über Gayks publizistischen Stil:

„Sein Journalismus bewegte sich im Spannungsfeld von Polemik und propagandistischem Pathos. Er polemisierte jedoch nicht um des journalistischen Effekts willen, nie aus beruflicher Eitelkeit, sondern um die Leser von der besseren Sache zu überzeugen, sie empfindlich zu machen für Ungereimtheiten im politischen Getriebe. Dummheit, Arroganz und Schönrednerei regten ihn auf."[113]

Auf der anderen Seite wollte der Herausgeber Ristow den Kurs des Blicks nicht in Richtung einer unbedingten Konfrontation mit den Nationalsozialisten steuern. Ihm war durchaus bewußt, welchen Sprengstoff der Blick in sich barg.[114] Auch kannte er sehr wohl die politische Einstellung, die Gayk, Mendel und Weinberger vertraten.[115] Wäre Ristow so naiv und unpolitisch gewesen, wie es in der Fallstudie von Lösche und Scholing anklingt,[116] hätte er wohl kaum wiederholt darauf bestanden, die mit vielen internationalen Pressestimmen durchsetzten politischen Teile unverfänglicher zu gestalten, sprich die brisanten Inhalte herauszufiltern. Im Gegensatz zu Gayk wollte er seine eigene wirtschaftliche Existenz und die der Publikation nicht aufs Spiel setzen. Hätte Ristow den Redakteur nach Belieben walten lassen — der Blick wäre wahrscheinlich innerhalb kürzester Zeit verboten worden.

Waren die Fronten zwischen Gayk und Ristow wieder einmal zu sehr verhärtet, mußten, wie oben an der Auseinandersetzung mit Weinberger demonstriert, verschiedene Vermittler einschreiten:[117] anfangs Rudolf Küstermeier, dann Kurt Hermann Mendel, Hans Weinberger[118] und schließlich Kurt Exner, den Mendel in den Verlag geholt hatte, da er ihn als *„ausgleichende Persönlichkeit"* achtete.[119] Gelegentlich wurden Änderungen in der Druckvorlage des Blicks vorgenommen, um beide Seiten zufrieden zu stellen und um Ristows Einwilligung zur Drucklegung zu bekommen. Diese „Absegnung" der Seitenabzüge durch Ristow erfolgte im Regelfall drei Stunden, bevor der Blick in Druck ging.[120]

Redaktionsschluß war bereits der jeweilige Dienstag. Das nachstehende Beispiel verdeutlicht die große Spanne zwischen Redaktionsschluß und offiziellem Erscheinungstag, die bei einer Publikation, die mit Presseausschnitten arbeitete, umso stärker auf Kosten der Aktualität gehen mußte: Reichspräsident Paul von Hindenburg starb am Abend des 2.8.34 (Donnerstag). In der Blick-Ausgabe vom 4.8.34 (Samstag) wurde jedoch noch eine Bestandsaufnahme zu seinem Befinden abgedruckt: „Ernste Sorge um Reichspräsident v. Hindenburg" lautet der Titel über einigen Zitaten, wobei das jüngste das Datum des 31.7.34 (Dienstag) trägt (vgl. 31/34/10). Erst am 11.8.34 (vgl. 32/34/1 ff.) konnte die Redaktion den Tod von Hindenburgs, dann aber als „Titelthema", aufgreifen. Dieser (Mindest-)Abstand von vier Tagen zwischen dem offiziellen Erscheinungsdatum des Blicks und dem darin enthaltenen neuesten Presseauszug ist durchgängig zu beobachten.[121] Ab Ausgabe 10/35 vom 8.3.35 verringerte sich der Abstand um einen Tag, da der Blick von nun an freitags erschien.[122]

[79] Ristow holte Informationen über Küstermeier bei einer Berliner Auskunftei ein und traute ihm fortan wegen — fälschlich attestierter — geringer politischer Vorbelastung mehr als Gayk. Diese offizielle Auskunft sollte Ristow außerdem im Notfall vor dem Zugriff der Gestapo schützen. Vgl. Rathmann, Gegen, S. 67.

[80] Friedrich Mandelkow (1900-1981) wurde nach 1945 wieder bei der Kieler Verwaltung eingestellt und hatte dort verschiedene Dezernentenposten.

[81] Ludwig Preller (1897-1974) wurde 1947 Honorarprofessor an der TU Stuttgart und war von 1948-1950 Minister für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr in Schleswig-Holstein sowie 1951-1957 SPD-MdB.

[82] Preller, Pressespiegel, S. 69.

[83] August Rathmann (1895-1995) war u. a. 1953-1959 Geschäftsführer der Gesellschaft für soziale Betriebspraxis in Düsseldorf. Später wohnte Rathmann wieder in Kiel.

[84] Rathmann, Mitherausgeber der Neuen Blätter, betont, daß im Umkreis der Redaktion *„interne Querverbindungen zu linken Nationalisten — wie Otto Strasser, der zum erbitterten Gegner Hitlers geworden war — und [...] nahestehenden Offizieren der Reichswehr"* bestanden. Außerdem habe es *„ein ‚schöpferisches Gespräch' mit entschieden sozialistisch denkenden Führern nazistischer Studenten und anderer Gruppen"* gegeben. *„Gerade aber in unserem Bemühen, diese Richtung zu stärken, sah man im Propagandaministerium wohl die Gefahr"* und beschlagnahmte bzw. verbot das Juniheft der Neuen Blätter. Zitate nach: Rathmann, Gegen, S. 65.

[85] Maria Rathmann (1899-1969) war u. a. von 1947-1959 Mitglied des Landesverbandes der Arbeiterwohlfahrt in Berlin.

[86] Karl Rickers (geb. 1905) betätigte sich nach dem Blick-Verbot als „Gebrauchsgraphiker" (vgl. Rickers, Erinnerungen, S. 110). Ab 1946 arbeitete er wieder als Lokalredakteur bei der Schleswig-Holsteinischen Volks-Zeitung und war dort von 1954 bis 1968 Chefredakteur. Zur Zeit der Niederschrift wohnte Rickers in Kiel.

[87] Vgl. Rickers, Erinnerungen, S. 97. Detailliertere Informationen erhielt ich von Rickers persönlich in einem Telefonat vom 2.3.1995.

[88] Otto Suhr (1887-1957) war von 1946 bis 1957 Mitglied der Berliner Stadtverordnetenversammlung und des Abgeordnetenhauses. Suhr war SPD-MdB von 1949 bis 1952 und von 1955 bis zu seinem Tod Regierender Bürgermeister von Berlin.

[89] Vgl. Sandvoß, Widerstand, S. 44. Suhr war Ende Februar/Anfang März der letzte Redner auf der von der Polizei aufgelösten SPD-Bezirksversammlung Tiergarten.

2.4. Vertrieb

Bis Dezember 1933 (Ausgabe 27/33) war Hans Weinberger alleine für das Vertriebssystem des Blicks verantwortlich. Er stellte allerdings schon Anfang Mai 1933, also vor dem Erscheinen der ersten Nummer, fest, daß der allgemeine Zeitungshandel (Zeitungsgrossisten und Bahnhofsbuchhändler) den Blick nicht in sein Sortiment aufnehmen wollte.[123] Eine Ursache hierfür könnte das fehlende Hakenkreuz im Titel gewesen sein, eine andere, daß Verlag und Vertrieb den Händlern bis dahin unbekannt waren.[124] Um dennoch den Vertrieb für den Blick organisieren zu können, bediente er sich, wie oben schon erwähnt, der noch bestehenden Struktur der Kinderfreunde-Bewegung. Weinberger hatte dort viele Bekannte und pflegte Kontakt mit ehemaligen sozialdemokratischen Funktionären in allen großen Städten und zahlreichen Gebieten Deutschlands. Diesen meistens 20-30jährigen Arbeitslosen übertrug er — bei vollem Rückgaberecht für nicht verkaufte Exemplare und günstigen Rabattsätzen — den Alleinvertrieb in der jeweiligen Region. In vielen Städten gründeten sie daraufhin, oft auf Kreditbasis, verschiedene Buch- und Zeitschriftenvertriebsfirmen. In der Mehrzahl konsolidierten sich diese Betriebe allerdings erst im Laufe des Jahres 1934. Die Regionalvertriebe arbeiteten wiederum mit Hilfe ortsansässiger und politisch zuverlässiger Genossen: Je nach Größe der Stadt oder Region wurden kleinere neugegründete Firmen eingesetzt, Direktlieferanten für den Einzelhandel beauftragt oder entsprechend viele Kolporteure angeworben.[125] Das Ganze geschah im Normalfall ohne karteimäßige Erfassung,[126] denn die Bestellungen der Regionalvertriebe erfolgten immer je nach Bedarf von Nummer zu Nummer. Wie sich später zeigte, war die noch bestehende Struktur der Kinderfreunde-Bewegung die Grundlage für den Absatz- und Auflagenerfolg von Blick in die Zeit.[127]

Mit Inkrafttreten des Reichskulturkammergesetzes vom 22. September 1933 hätte Hans Weinberger für den Vertrieb des Blicks eine eigenständige Firma gründen müssen:[128] Um einen Buch- und Zeitschriftenvertrieb betreiben zu können, wäre sein Beitritt in die Reichsschrifttumskammer Leipzig notwendig gewesen, wofür *„langwierige Nachweise verschiedener Art"* zu erbringen waren.[129] Eine solche Mitgliedschaft hatte die buchhändlerisch tätige Firma von Friedrich Weiß bereits erworben. Kurt Hermann Mendel kannte Weiß über den ADGB und empfahl Hans Weinberger gegen Ende 1933, dort als Teilhaber einzusteigen. Dieser brauchte jetzt „nur noch" den „Ariernachweis" erbringen, um ebenfalls Mitglied der Reichsschrifttumskammer werden zu können.[130] Nach persönlichen Investitionen durch Weiß und Weinberger im Umfang von „einigen Tausend Mark" wurde die Generalauslieferung des Blicks fortan vom Unternehmen „Buch- und Zeitschriftenvertrieb Friedrich Weiß & Co." geleitet (vgl. Impressum ab Nr. 28/33/16).[131] Zu den vertraglichen Regelungen gehörte u. a., daß alle (Mindestabnahme-)Verpflichtungen Weinbergers gegenüber der Berolina-Druckerei von Weiß & Co. übernommen wurden.[132]

Anfang 1934 war die Auflagenzahl des Blicks auf knapp 80.000 Exemplare angestiegen, so daß nun auch der allgemeine Zeitungshandel, d. h. namhafte Grossisten und alteingesessene, also nicht von den Kinderfreunde-Funktionären gegründete Buch- und Zeitschriftenfirmen mit dem Verkauf begannen.[133] Weiß & Co. war nach einiger Zeit finanziell etwas gefestigter,[134] stellte acht zusätzliche Angestellte ein[135] und erweiterte, um eine breitere Verdienstbasis zu

[90] Vgl. S. Suhr, Biographische Einleitung zu O. Suhr, Eine Auswahl aus Reden und Schriften, Tübingen 1967. S. 3-50. Hier S. 17. Otto Suhr war Wirtschaftsexperte und stellte z. B. die Sonderhefte „Blick in die Zeit" — Schriften zur Zeitgeschichte, Nr. 3 und 4 mit dem Thema „Entzauberter Kapitalismus. 7 Nationen suchen ihren Weg aus der Wirtschaftskrise" zusammen. Original-Exemplare werden im Landesarchiv Berlin, Nachlaß Otto Suhr, aufbewahrt. Vgl. hierzu Punkt 2.7. „ ‚Blick in die Zeit' — Schriften zur Zeitgeschichte".

[91] Friedrich Weiß (1888-?) wurde mit seiner Familie Opfer eines Fliegerangriffs. Das genaue Todesdatum ist unbekannt. Vgl. Weinberger, Rückschau, S. 23.

[92] Vgl. Rathmann, Gegen, S. 66.

[93] Ebd., S. 67.

[94] Lösche/Scholing, Solidargemeinschaft, S. 525.

[95] Vgl. Rathmann, Gegen, S. 67. Beispiele hierfür sind Otto Suhr (Blick in die Zeit — Schriften zur Zeitgeschichte, Nr. 3 und 4), Maria Rathmann (Kulturpolitische Rundschau) und Karl Rickers (Kurze Pause).

[96] Ebd.

[97] Dies berichtete mir u. a. Karl Rickers in einem Telefongespräch am 24.10.1994. Freund erstellte 1936/37 zusammen mit dem Leiter des Essener Nationalverlages, der ihn politisch „gedeckt" haben dürfte, eine „Weltgeschichte in Dokumenten". Dabei nutzte er in seiner Methodik das Prinzip des Blick: *„Zwar verbindender und ordnender Text, aber Verzicht auf Wertung, um nicht der NS-Nötigung ausgesetzt zu sein"*. Rickers, Erinnerungen, S. 112.

[98] Vgl. Mendel, Blick, S. 11, sowie Lösche/Scholing, Exner, S. 2.

[99] Vgl. Lösche/Scholing, Mendel, S. 4.

[100] Vgl. Lösche/Scholing, Exner, S. 2. Exner besaß auch keine Informationen darüber, wer hinter Weiß & Co. steckte. Vgl. Lösche/Scholing, Solidargemeinschaft, S. 560.

[101] Vgl. Weinberger, Rückschau, S. 18.

[102] Vgl. Mendel, Widerstand, S. 3. So kannte Rathmann z. B. weder Mendel noch Weinberger. Die Mitarbeiter von Weiß & Co. und die Angestellten der Berolina-Druckerei wußten nichts über den Verlag und die Redaktion bzw. das Vertriebssystem. Vgl. Lösche/Scholing, Solidargemeinschaft, S. 560.

[103] Vgl. Rickers, Erinnerungen, S. 100.

2. JAHRG.
Nr. 6
Berlin, den 10. 2. 1934

PREIS PRO HEFT RM 0,15
MIT »KURZE PAUSE« RM 0,25

Blick in die Zeit

Herausgeber: Dr. A. Ristow

Erscheint jeden Sonnabend

PRESSESTIMMEN DES IN- UND AUSLANDES ZU POLITIK, WIRTSCHAFT UND KULTUR

TATEN UND ZIELE

Am 30. Januar war es ein Jahr ...

Der Führer berichtet

„Eine Welt beseitigt."

„Wenn wir rückblickend das Jahr 1933 das Jahr der nationalsozialistischen Revolution nennen, dann wird dereinst eine objektive Beurteilung seiner Ereignisse und Vorgänge diese Bezeichnung als gerechtfertigt in die Geschichte unseres Volkes übernehmen ... In knappen zwölf Monaten wurde eine Welt von Auffassungen und Einrichtungen beseitigt und eine andere an ihre Stelle gesetzt."

„Die Parteien gestürzt."

„In einem Jahr der nationalsozialistischen Revolution haben wir die Parteien gestürzt. Nicht nur ihre Macht gebrochen, nein, wir haben sie beseitigt und ausgelöscht aus unserem deutschen Volk."

„Das Recht der Arbeit neu geordnet."

„In einer einjährigen, im Großen abgeschlossenen Gesetzgebung haben wir nunmehr endgültig die Grundzüge eines Zustandes niedergelegt, in dem an Stelle des Faustrechts des wirtschaftlich Stärkeren die höheren Interessen der Gemeinschaft aller schaffenden Menschen ausschlaggebend treten werden."

„Die religiösen Institutionen gestärkt."

„Erfüllt von dem Wunsch, die in den beiden christlichen Konfessionen verankerten großen religiösen, moralischen und sittlichen Werte dem deutschen Volke zu sichern, haben wir die politischen Organisationen beseitigt, die religiösen Institutionen aber gestärkt ...

Indem so der nationalsozialistische Staat in diesem Jahre der Stärke der christlichen Bekenntnisse seine Achtung erwiesen hat, erwartet er dieselbe Achtung der Bekenntnisse vor der Stärke des nationalsozialistischen Staates!"

„Kulturelles Leben mit edlerem Sinn erfüllt."

„Im Rahmen dieser Revolution erfolgte die Umstellung und Anpassung zahlreicher Einrichtungen unseres öffentlichen Lebens, immer im Blick auf das angegebene Grundziel: Erhaltung und Stärkung unseres Volkstums. Eingriffe in unsere Verwaltung waren ebenso notwendig wie Eingriffe in die Justiz. Die Säuberung unseres öffentlichen Lebens von Erscheinungen des Verfalls führt zu einer Reform unseres Pressewesens, des Film- und Theaterlebens. Überhaupt wurde versucht, das kulturelle Leben mit einem edleren Sinn zu erfüllen, die Kunst dem deutschen Volk zurückzugeben, die Wissenschaft und Erziehung dem neuen Geiste anzugleichen."

„Primitive Formel für die Wirtschaft."

„Die primitive Formel, daß nicht das Volk für die Wirtschaft da sei und die Wirtschaft für das Kapital, sondern daß das Kapital der Wirtschaft und diese dem Volke dienen müsse, schwebte schon in diesem Jahre als oberstes Leitmotiv über allen Maßnahmen des Regiments."

In dieser Nummer:

Taten und Ziele
Neurath widerlegt Dollfuß
Notenregen im Abrüstungsstreit
Querschnitt durch die Wirtschaft
Bitterer Zucker
Prinz Karneval macht in Kultur

6

Außerdem:

Das Wichtigste und Interessanteste aus Politik und Wirtschaft, Sport und Kultur

2. JAHRG.
Nr. 9
Berlin, den 3. 3. 1934

PREIS PRO HEFT RM 0,15
MIT »KURZE PAUSE« RM 0,25

Blick in die Zeit

Herausgeber: Dr. A. Ristow

Erscheint jeden Sonnabend

PRESSESTIMMEN DES IN- UND AUSLANDES
ZU POLITIK, WIRTSCHAFT UND KULTUR

Marxistisches Opium

Alfred Rosenberg widerlegt den Marxismus

Alfred Rosenberg, der erst kürzlich zum Leiter der gesamten nationalsozialistischen Schulungs- und Erziehungsarbeit ernannt wurde, hielt am 22. Februar einen Vortrag über den „Kampf um die Weltanschauung". In diesem Vortrag, dessen politische Bedeutung auch durch Anwesenheit prominenter Führer der NSDAP. unterstrichen wurde, entwickelte er die Stellung des Nationalsozialismus zur jetzigen Situation unserer Zeit. Wir beschränken uns an dieser Stelle auf Rosenbergs Auseinandersetzung mit dem Marxismus. Zu anderen Themen seines Vortrags wird in anderem Zusammenhang berichtet.

Der geschichtliche Hintergrund

Das geistige Ringen.

Wir alle standen in den letzten 14 Jahren in einem Ringen geistiger Systeme. Um die Seele eines jeden einzelnen Deutschen stritten Weltanschauungen oft vollständig entgegengesetzter, sich ausschließender Triebrichtung. Wir nennen die Weltanschauung des 18. und 19. Jahrhunderts die liberalistische, sehen am Ende dieses 19. Jahrhunderts die marxistische hochkommen, erblicken schließlich durch alle diese Zeiten hindurch Formen des Mittelalters noch immer ihren Platz behaupten.

Die gesellschaftlichen Ursachen des Liberalismus.

Die liberalistische Weltanschauung, gegen die wir den Kampf geführt haben, war die Folge einer immer größer werdenden Verstädterung des deutschen Menschen, und nicht nur des Deutschen, sondern aller Europäer überhaupt. Immer mehr losgelöst von Blut und Boden mußte der Weltstadtmensch nach und nach das Urteil über die Zweckmäßigkeit seines Handelns verlieren. Der schaffende Bauer oder Handwerker konnte am überschaubaren Endergebnis seiner Arbeit immer prüfen, ob seine Mittel und Wege des Wirkens zweckentsprechend, richtig waren, d. h. ob sie organische Frucht trugen oder nicht. Der Mensch der Maschine aber, der Versklavte der riesigen Industrieunternehmungen am Schluß des 19. Jahrhunderts, konnte Zweck und Mittel in seinem Beruf nicht richtig abschätzen. Und deshalb war es hier nicht verwunderlich, daß die ursprüngliche liberale These von der Vervollkommnung der Einzelpersönlichkeit schließlich zu einem blutlosen, haltlosen Großstadtintellektualismus geführt hat.

Das marxistische Opium.

Neben diesem welt- und volksfremden Intellektuellen wuchsen dann die ebenso lebensfern gewordenen, immer größer werdenden Massen des Arbeitertums der Weltstädte heran und fanden in damaliger Zeit keinen Hüter und Schirmer, der sich ihrer innerlich und äußerlich wirklich angenommen hätte. So sehen wir als Ergebnis dieser jahrzehntelangen Entwicklung, daß sich der wurzellose Intellektuelle und der nicht mehr blutgebundene „Proletarier" zusammenfanden und beide Opfer wurden einer utopischen und volksfeindlichen Ideologie, die wir die marxistische Bewegung nennen.

So wie ein Opiumraucher in seinen Räuschen sich die schönsten Schlösser und die kühnsten Weltmachtgedanken erträumen kann, so war es möglich, auch die breiten

In dieser Nummer:

Marxistisches Opium
Mahnung am Heldengedenktag
Wer siegen will, muß angreifen
Das Finanzkapital im 3. Reich
Der Brandherd Europas
Blick in die Auslandspresse

9

Außerdem:

Das Wichtigste und Interessanteste aus Politik und Wirtschaft, Sport und Kultur

schaffen, das Programm um politisch unbedenkliche Fachblätter (z. B. Radio-Bastler-Zeitschrift[136]), Mode-, Unterhaltungs- und Funkzeitschriften (z.B. Mein Funk) sowie *„nicht ausdrücklich verbotene Bücher"*[137]. Donnerstags waren die Verantwortlichen stets in Sorge, ob die Lieferung des Blicks von der Druckerei zum Versand tatsächlich und rechtzeitig erfolgen würde.[138] Die Reichsbahn transportierte dann den Blick von Berlin aus in die betreffenden Zielgebiete. Entgegen des bis März 1934 auf der Titelseite abgedruckten, offiziellen Erscheinungstages, „Sonnabend", lag der Blick den meisten Beziehern vermutlich bereits freitags vor.[139]

Dem Leser standen in der Praxis drei Möglichkeiten offen, um an ein Exemplar des Blicks oder an das Abonnement zu gelangen: Ab Ausgabe 2/33 bis zu den Anfangsnummern des Jahrgangs 1934 druckten die Verantwortlichen insgesamt 14mal, meistens auf der letzten Seite, einen Bestellschein ab, der *„bei jedem Buchändler und bei jedem Zeitschriften-Vertrieb abgegeben oder direkt an den ‚Verlag Dr. A. Ristow' [...] eingeschickt werden"* konnte (2/33/16). *„Außerdem nimmt jede Postanstalt und jeder Briefträger die Bestellung an"* (ab Nr. 7/33/15). Vermutlich verteilten auch die Kolporteure Bestellscheine und Gutscheine für eine Probenummer. Im Jahrgang 1933 wurde in sechs Ausgaben mit einem „Interessentenverzeichnis" geworben, in das der Leser fünf Adressen von Freunden und Bekannten eintragen konnte, die dann eine Probenummer vom Verlag erhielten (vgl. 13/33/16).[140] Diese Bestellscheine und Interessentenverzeichnisse landeten schließlich beim Kolporteur, der als einziger wissen sollte, wer in seinem Gebiet zu den Kunden des Verlags gehört.[141] Außer durch Zeitungsboten konnte ab Nr. 7/33 der Blick auch über den Postweg bezogen werden: *„Blick in die Zeit ist eingetragen im 11. Nachtrag zur Zeitungspreisliste und kostet im Postbezug vierteljährlich Mark 1,80 zuzüglich 18 Pfg. Zustellgeld."* (7/33/15). Wahrscheinlich ist das Postabonnement über die zentrale Vertriebsstelle des Blicks in Berlin gelaufen. Die dritte Möglichkeit, ein Exemplar zu erhalten, war der Erwerb am Zeitungskiosk. Diese Bezugsweise war nach den schon geschilderten Anlaufschwierigkeiten gegen Ende des Jahres 1933 gewährleistet.[142]

2.5. Auflage und Leser

Die Auflage des Blicks kann, besonders wenn man berücksichtigt, daß hinter dem Projekt kein großer Verlagskonzern oder betuchter Sponsor gestanden hat, als beachtlich bezeichnet werden. Verglichen mit den größten deutschen (Tages-)Zeitungen lag der Blick in seinem auflagenstärksten Quartal (III, 1934) an zwölfter Stelle.[143] Betrachtet man die „Auflagenziffern literarischer und kulturpolitischer Zeitschriften", die Das Deutsche Wort am 23. Januar 1935 veröffentlichte (vgl. 9/35/9), so läge der Blick sogar in allen Quartalen mit Abstand an erster Stelle.[144]

Die tatsächliche Reichweite der Publikation ist nach vorsichtigen Schätzungen von August Rathmann und Kurt Hermann Mendel noch weitaus höher anzusiedeln, *„da der Blick vor allem in den Betrieben von Hand zu Hand ging."*[145] Damit dürften *„400.000 bis 500.000 Leser erreicht worden sein."*[147] Durch die vielen — offensichtlich von der Redaktion verfaßten — „So urteilen unsere Leser!"-Artikel wurden die Käufer des Blicks immer wieder darin bestärkt, ihr Exemplar nach der Lektüre an Freunde und Bekannte weiterzureichen. Das fol-

[104] Bei der Verhandlung am 27.8.1934 war keine Rede vom Blick oder irgendwelchen daran Beteiligten. Vgl. Rathmann, Gegen, S. 67 sowie SPD, Deutschland-Berichte, Dezember 1936, S. 1600. Die Ermittlungsbehörden waren jedoch über die Tätigkeit Küstermeiers beim Blick genauestens informiert: Küstermeiers Versuch, seine federführende Rolle bei der Zusammenstellung des Roten Stoßtrupp auf angebliche, ihm unbekannte Hintermänner abzuwiegeln, wurde von der Staatsanwaltschaft als nicht glaubhaft angesehen. Sie führte an, daß Küstermeier
„als erfahrener Journalist und Mitarbeiter am ‚Blick in die Zeit' [...] durchaus in der Lage [war], sich ohne fremde Hilfe die erforderlichen Unterlagen [(besagte Artikel aus ausländischen Zeitungen)] zu verschaffen." Anklageschrift gegen Küstermeier, S. 17 f.

[105] Vgl. Lösche/Scholing, Mendel, S. 4.

[106] Vgl. Mendel, Blick. S. 10 sowie Rathmann, Gegen, S. 67.

[107] Vgl. Lösche/Scholing, Mendel, S. 4.

[108] Vgl. Lösche/Scholing, Solidargemeinschaft, S. 526.

[109] Vgl. Weinberger, Gayk, S. 6 sowie Weinberger, Rückschau, S. 8.

[110] Die persönliche Freundschaft erhielt einen unwiderruflichen Bruch, da Weinbergers Verhalten für Gayk Verrat an seiner Person war. Vgl. Weinberger, Rückschau, S. 17 f., sowie Lösche/Scholing, Solidargemeinschaft, S. 527.

Die Auflagenzahlen des Blicks in die Zeit.

Quartal	1933	1934	1935
I	–	77.031	100.702
II	–	102.117	96.664
III	–	112.517	–
IV	56.067	103.399	–

gende Beispiel ist nicht untypisch für die erstaunlich werbewirksamen, stets auf Mundpropaganda abzielenden „Leserzuschriften": *„Wenn man in die heutige Zeit einen Blick werfen will, so kann man es nur in ihrer Zeitschrift tun. Das begreifen auch andere, denn nach mir lesen sie folgende Erwerbslose gratis: 1 Straßenbahner, 1 Bauarbeiter, 1 Maurer, 1 Eisenbahner und 1 Kutscher"* (7/34/13). An anderer Stelle heißt es: *„Weil ‚Blick in die Zeit' einfach wegen seiner Billigkeit* das *Informationsblatt für Erwerbslose ist, werde ich weiter Ihre Zeitschrift in meinem Bekanntenkreis empfehlen."* (20/33/6). Solche Briefe an die (bzw. von der) Redaktion machen gleichzeitig deutlich, welche sozialen Schichten die Zielgruppe des Blicks bildeten.

Der Preis von 0,15 RM war vergleichsweise niedrig, vor allem wenn man bedenkt, daß dieser Obolus nur einmal in der Woche entrichtet werden mußte.[148] Deshalb waren auch wirtschaftlich schwache Gruppen in der Lage, den Blick käuflich zu erwerben. Außerdem konnten sich die Leute — laut einer weiteren „Leserzuschrift" — *„das kostspielige und zeitraubende Studium der führenden Tageszeitungen ersparen"* (25/33/2).

Der Kreis der Rezipienten setzte sich zum größten Teil aus Anhängern der Sozialdemokratie und ehemaligen Mitgliedern der Freien Gewerkschaften zusammen. Aufzeichnungen der Gestapo verraten, in welchem Umfeld die Leserschaft des Blicks zu finden war: Meldungen zur Zentrale nach Berlin ergaben, daß unter den Grossisten und Kolporteuren, die keine nationalsozialistischen Publikationen anboten und vertrieben, häufig frühere Sozialdemokraten waren.[149] Hausdurchsuchungen bei einzelnen, auch im Untergrund tätigen Vertriebsangehörigen oder im politisch linken Spektrum anzusiedelnden Widerständlern zeigten oft, daß dort der Blick gelesen wurde. Die Zeitschrift diente auch häufig als Schutzmantel für die Verbreitung von „staatsfeindlichen" Flugblättern und „Hetzschriften".[150] Im Februar 1935 bemerkte die Gestapo in Harburg-Wilhelmsburg: *„Auffallend ist ebenfalls, daß die genannte Zeitschrift viel von früheren Marxisten gelesen wird."*[151]. Dr. Ristow hörte von der Berliner Gestapo, daß fast alle Verhafteten Leser des Blicks seien.[152] Bereits im September 1933 erwähnte auch die Gestapo im „Gau Süd-Hannover-Braunschweig" eine Unterorganisation der verbotenen und ihrer Ansicht nach noch mit funktionstüchtiger Organisationsstruktur versehenen SPD(-Zentrale), die schriftliche Agitation im In- und Ausland betreibe: *„Eine Zeitung ‚Blick in die Zeit' wird vertrieben, diese erscheint jeden Freitag und wird vermittelt von einer Buchhandlung, die früher Filiale der Volksbuchhandlung Hannover war."*[153] Auch die politische Aussage des Blicks, auf die später noch näher einzugehen sein wird,[154] läßt kaum Rückschlüsse dahingehend zu, daß er von Sympathisanten oder gar aktiven Anhängern des Nationalsozialismus regelmäßig gelesen wurde.

[111] Aus der Literatur ergeben sich Widersprüche hinsichtlich der Rolle, die Ludwig Preller beim Blick eingenommen hat: Weinbergers Schilderungen müssen so verstanden werden, daß Preller, in Leipzig wohnhaft, kein unmittelbarer Mitarbeiter und sogar Gayk und den anderen Beteiligten bis dato völlig unbekannt war. Vgl. Weinberger, Gayk, S. 9. Von daher scheint es schwer vorstellbar, daß Preller sich aus der Position eines „Ersatzmannes" für die Leitung der Redaktion zu einem „engen Mitarbeiter Gayks", wie Kurt Hermann Mendel ihn andernorts bezeichnet, hätte aufschwingen können. Vgl. Mendel, Blick, S. 11. An dieser Stelle sollte jedoch Prellers eigenen Ausführungen gefolgt werden: Er beschreibt eine Begegnung mit Rudolf Küstermeier, den er zu Anfang seiner Blick-Mitarbeit im Auftrage Gayks aufgesucht habe. Aufgrund des Zeitpunktes und des Vertrauen erweisenden Auftrages dürften sich Gayk und Preller also relativ nahe gestanden haben. Küstermeier wurde drei Tage später (29.11.1933) verhaftet. Sicher ist zudem, daß Gayk und Preller nach dem Krieg im Zuge ihrer ständigen politischen Kontakte eine enge Zusammenarbeit pflegten. Vgl. Preller, Pressespiegel, S. 73, sowie die biographischen Daten unter Punkt 2.2. „Initiatoren, Herausgeber und Mitarbeiter".

[112] Vgl. Lösche/Scholing, Solidargemeinschaft, S. 526.

[113] Rickers, Journalist, S. 52.

[114] Vgl. Lösche/Scholing, Mendel, S. 3.

[115] Vgl. Weinberger, Gayk, S. 5.

[116] Vgl. Lösche/Scholing, Solidargemeinschaft, S. 522 u. 526.

[117] Weinberger nennt diese Vorgehensweise, besonders in bezug auf Gayks konsequente Risikobereitschaft, *„eine Art interne Kontrolle"*. Vgl. Weinberger, Rückschau, S. 7.

[118] Weinberger konnte seine „schlichten Stellungnahmen" mit Erfolg auf beiden Seiten nur bis Mitte April 1934 anbringen. Vgl. Weinberger, Rückschau, S. 8.

[119] Vgl. Mendel, Blick, S. 10.

[120] Vgl. Lösche/Scholing, Mendel, S. 3.

[121] Die einzige Ausnahme bildet in der Ausgabe vom 25.8.33 der Artikel „Gegen widerspenstige Geistliche!" vom 23.8.33 aus der Berliner Volkszeitung. Wahrscheinlich handelt es sich hierbei um einen Schreib- oder Druckfehler (vgl. 11/33/7).

2.6. Repressionen und Verbot

Die Redaktion hat im gesamten Zeitraum ihrer Tätigkeit keine direkten Repressionen von staatlicher Seite — Durchsuchungen oder Verhaftungen — hinnehmen müssen. Ristow konnte in seinem Haus und den Räumen der Fernmeldefirma, wohl auch aufgrund seiner Kontakte, relative Freiheit und Sicherheit garantieren.[155]

Im Falle des Vertriebsnetzes sah dies etwas anders aus, obwohl es nie zu ernsthaften, konkret begründeten Anzeigen gegen den Herausgeber gekommen ist: Neben den oben geschilderten Hausdurchsuchungen bei im politischen Untergrund aktiven Grossisten und Kolporteuren, die dementsprechend Verhaftungen oder den Entzug ihrer gewerblichen Zulassungen zu befürchten hatten,[156] wurde auch *„hin und wieder ... im Generalvertrieb Weiß & Co. eine Durchsuchung vorgenommen, jedoch immer ohne Ergebnis.“*[157]

Die schärfsten Kontrollen mußte wohl die Publikation selbst während ihrer gesamten Erscheinungszeit über sich ergehen lassen: Allwöchentlich wurde ein von der Gestapo verlangtes Belegexemplar[158] zum Hauptquartier in die Prinz-Albrecht-Straße gebracht. Kurt Exner übernahm diese Aufgabe jeden Freitag, nachdem die Auslieferung des Blicks aber bereits am Donnerstag erfolgt war und eventuelle Beschlagnahmeverfügungen somit zu spät gekommen wären.[159] Exner erhielt bei der Gestapo im Sommer 1935 kurz vor dem Verbot den Hinweis, *„daß man genau wisse, was es mit ‚Blick in die Zeit‘ eigentlich auf sich habe“*.[160] Örtliche Gestapo-Stellen mokierten schon im Laufe des Jahres 1934 verschiedentlich, daß einzelne Nachrichten über Verhaftungen etc. durch darin enthaltene Warnungen die anschließenden Ermittlungen stark beeinträchtigt hätten.[161]

Die andere Behörde, die den Blick genauestens observierte, war die inoffizielle Zensurstelle des RMVP. Dort stellte man u. a. fest, daß in zunehmendem Maße Nachrichten, die selbstverständlich ausschließlich aus zugelassenen Zeitungen stammten, einseitig gegen die Staatsführung seien.[162]

Die gesamte Last der notwendig gewordenen Rechtfertigungen lag bei Dr. Ristow, der nicht nur einmal von beiden Behörden vorgeladen wurde. Es ist davon auszugehen, daß ihm — neben seiner selbstbewußten Art des preußisch-militärischen Auftretens — gute Kontakte und Beziehungen halfen, den Blick weiter herausgeben zu können, ohne dabei größere Zugeständnisse machen zu müssen. So waren einige der „alten Kameraden“ (Polizeioffiziere und Mitglieder der Nachrichtentruppen im Ersten Weltkrieg) nach der NS-Machtübernahme bei der „politischen Polizei“ untergekommen.[163] Ristow hatte dort gelegentlich Vorwürfe örtlicher Polizeibehörden bezüglich des Blick-Vertriebsumfeldes *„in Erfahrung gebracht“*[164], sie aber entkräften können. Darüberhinaus soll Ristow jenen Beamten im RMVP persönlich gekannt haben, der über alle polizeilichen Berichte und Beschwerdemeldungen unterrichtet war und der gleichzeitig endgültig darüber entschied, wer oder was im Bereich der Presse für das Regime tragbar war.[165] In gesellschaftlichen Kreisen reichten Ristows Beziehungen sogar bis zu Hjalmar Schacht, damals Reichsbankpräsident und später Reichswirtschaftsminister.[166]

Das Verbot „bis auf weiteres“ wurde unmittelbar nach Auslieferung der Ausgabe vom 2. August 1935 ausgesprochen[167] und basierte vermutlich auf der sogenannten „Reichstagsbrandverordnung“ vom 28.2.33.[168] Ein Einspruch war nicht möglich, da das Verbot juristisch

[122] In der Blick-Ausgabe 21 vom Freitag, dem 24.5.35, lautet eine Ankündigung der Redaktion:
„Das Echo der Hitler-Rede[,] die am 21. März im Reichstag gehalten ... wurde, bringen wir, da Pressestimmen des In- und Auslandes bei Redaktionsschluß noch nicht vorliegen, in Nummer 22 des ‚Blick in die Zeit‘“.

[123] Zu der Zeit mußte sich Weinberger auf Anordnung der Gestapo noch jeden zweiten Tag in der zuständigen Polizeiwache melden. Vgl. Weinberger, Rückschau, S. 12. Den Grund dafür gibt er nicht an.

[124] Vgl. Weinberger, Rückschau, S. 11. Diese Einschätzung der Lage korrespondiert mit der Darstellung Koszyks, derzufolge es nach der Machtübernahme und vor dem Verbot von Neugründungen (13.12.1933) in der Presselandschaft nur zwei Neugründungen gegeben hat, die nicht nationalsozialistisch eingestellt waren und dementsprechend das Hakenkreuz auch nicht im Titel trugen. Er nennt hier neben der von Fritz Klein und Paul Fechter gegründeten Deutschen Zukunft auch den Blick. Vgl. K. Koszyk, Das Ende des Rechtsstaates 1933/34 und die deutsche Presse. Hrsg. vom Kulturamt der Stadt Dortmund (= Sonderdruck aus: Journalismus, Band 1), Düsseldorf 1960. S. 14. Fortan zitiert als Koszyk, Ende.

[125] Vgl. Weinberger, Gayk, S. 8.
In Magdeburg beispielsweise wurden, organisiert durch die dortige „Mittelelbe-Buchhandlung“, wöchentlich ca. 2.000 Exemplare von ehemaligen sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Funktionären mit dem Rad ausgefahren. Vgl. P. Lösche/M. Scholing, Interview mit Gustav Schmidt-Küster (Kopie der Mitschrift liegt mir vor). Geführt in Magdeburg, 6. Januar 1982, S. 1.

[126] Vgl. Weinberger, Rückschau, S. 20. Die Gestapo hatte so keinen direkten Zugriff auf die Vertriebsagenten und den Leserkreis. Dies stellte einen wirksamen beiderseitigen Schutz dar. Vgl. Weinberger, Rückschau, S. 19 f. Mendel berichtet allerdings, daß von der Gestapo *„sorgfältig geführte Interessentenkarteien“* bei einigen Vertriebsagenten gefunden wurden. Mendel zitiert nach Lösche/Scholing, Solidargemeinschaft, S. 527 f.

[127] Vgl. Mendel, Blick, S. 10. Zu den Auflagenzahlen vgl. auch Abbildung 1 unter Punkt 2.5. „Auflage und Rezipienten“.

[128] Vgl. Punkt 2.1.1. „Konsolidierung der nationalsozialistischen Pressepolitik“.

[129] Vgl. Weinberger, Rückschau, S. 12.

[130] Ebd.

[131] Weinberger: Rückschau, S. 11.

[132] Vgl. Punkt 2.2. „Initiatoren, Herausgeber und Mitarbeiter“.

Der Präsident der Reichspressekammer

Geh. Staatspolizeiamt
Eingang: 17. OKT. 1934
Nr. 65674 | Anl. | Bearbeiter

Berlin W 35, den 16. Oktober 1934.
Standartenstr. 14
Fernsprecher: B 2 Tiergarten 0185
Postscheckkonto: Berlin 58 61

1

Geschäftszeichen: 18 223
(In der Antwort anzugeben)
Dr.R/Me.

An das
Geheime Staatspolizeiamt
Berlin SW 11
Prinz Albrecht Str. 8.

Betr: 48864 II 2 A 1 Insp. 1210.

Als Anlage überreiche ich eine Übersicht über die seit dem Dezember 1933 bewilligten Ausnahmen für Neugründungen von Zeitungen und Zeitschriften.

Eine bindende Zusage derart, dass jeder einzelne Antrag dem Geheimen Staatspolizeiamt vor meiner endgültigen Entscheidung übermittelt wird, kann ich nicht geben, da eine Sachbehandlung durch die Politische Polizei dann nicht geboten erscheint, wenn nicht die Frage der politischen Zuverlässigkeit des Antragstellers zu prüfen ist und lediglich eine Verzögerung in der Bearbeitung und darüber hinaus eine überflüssige Belastung der Geheimen Staatspolizei in diesen Fällen eintreten würde. Im übrigen sind von mir, als dem ältesten Reichsleiter der nationalsozialistischen Bewegung sämtliche Fachverbände mit bewährten Nationalsozialisten besetzt.

Wie ich bereits in meinem Schreiben vom 28. September mitteilte, habe ich in einer ganzen Reihe von Fällen trotzdem das Geheime Staatspolizeiamt um gutachtliche Stellungnahme gebeten und zwar stets dann, wenn irgendwie nach Lage der Sache die Frage nach der politischen Zuverlässigkeit sich erhob und diese Frage durch Ermittlungen bei den verantwortlichen Parteidienststellen nicht geklärt werden konnte.

Ich habe den Geschäftsführer der Reichspressekammer angewiesen, diese Übung in den Fällen, in denen überhaupt eine Genehmigung infrage kommen könnte, beizubehalten.

1 Anlage

REICHSKULTURKAMMER
REICHSPRESSEKAMMER

Brief des Präsidenten der Reichspressekammer an das Geheime Staatspolizeiamt Berlin vom 16. Oktober 1934.

keinen endgültigen Charakter hatte; eine spezielle Begründung wurde nicht gegeben.[169] Zwei voneinander unabhängige Begebenheiten, die aber dennoch zusammengespielt haben dürften, sind vermutlich für das Ende des Blicks ausschlaggebend gewesen: Der damalige Reichsarbeitsminister und ehemalige Stahlhelmführer Franz Seldte wollte den Blick durch seinen Bruder, einen Rechtsanwalt, kaufen lassen.[170] Das Geschäft platzte, weil Seldte beabsichtigte, gleichzeitig den Vertrieb zu erwerben, der aber vom Verlag unabhängig war.[171] Exner, der die Vorverhandlungen führte, erinnert sich an eine Bemerkung Seldtes, aus der herauszuhören war, daß es mit der Zeitschrift ohnehin bald zu Ende gehen würde.[172] Es ist also nicht unwahrscheinlich, daß der enttäuschte Seldte hierauf mit einer Empfehlung an die Gestapo reagierte, den Blick zu verbieten. Die zweite Begebenheit bestand darin, daß Gayk und Ristow zur Zeit des Verbots im Urlaub waren und nicht erreicht werden konnten. Eventuell hätte Ristow das vorzeitige Ende durch eine seiner — selbst die Gestapo beeindruckenden — persönlichen Vorstellungen bei den staatlichen Stellen noch abwenden können. Der oben erwähnte Beamte des RMVP soll außerdem etwa zu dieser Zeit versetzt worden sein.[173]

Das Ende des Blicks war „ein lautloses Sterben"; keiner der Beteiligten wurde aufgrund seiner vormaligen Aktivitäten für die Zeitschrift vom Staatsapparat belangt. Exner sorgte *„nahezu geräuschlos"* für die Begleichung der übriggebliebenen Verpflichtungen des Verlages wie Gehälter und Bürokosten.[174] Weinberger jedoch hatte nach dem nun unvermeidlichen Konkurs der Firma Weiß & Co. als Teilhaber jahrelang mit dem Abbau von Schulden und der Einholung von Außenständen zu kämpfen.[175] Dazu gehörten auf der Sollseite Abfindungen an Angestellte und Zahlungen an einige Verlage.[176] Der größte Gläubiger — die Berolina-Druckerei — erließ Weiß & Co. sämtliche Wechsel-Schulden. Die Druckerei konnte nach dem Blick-Verbot noch einige Flugblätter und illegales Material drucken, da es Mendel gelang, Nationalsozialisten und deren Sympathisanten den Einzug in seinen Betrieb zu verwehren.[177]

2.7. „Blick in die Zeit — Schriften zur Zeitgeschichte"

Ein Nebenprodukt der Blick-Redaktion, das ebenfalls im Verlag Dr. A. Ristow erschien, waren die Schriften zur Zeitgeschichte, von denen insgesamt vier Ausgaben herausgebracht wurden. Die Titel lauten im einzelnen:

- Bürgerkrieg in Österreich. Tatsachen Dokumente Berichte (erschien Mitte März 1934, vgl. 10/34/16).
- „Blick in die Zeit" — Schriften zur Zeitgeschichte, Nr. 2: Abrüstung, Aufrüstung und internationale Rüstungsindustrie. Tatsachen Dokumente Berichte (erschien Ende Mai 1934, vgl. 20/34/3).
- „Blick in die Zeit" — Schriften zur Zeitgeschichte, Nr. 3: Entzauberter Kapitalismus. 7 Nationen suchen ihren Weg aus der Wirtschaftskrise. 1. Teil (erschien Anfang August 1934, vgl. 31/34/16).
- „Blick in die Zeit" — Schriften zur Zeitgeschichte, Nr. 4: Entzauberter Kapitalismus. 7 Nationen suchen ihren Weg aus der Wirtschaftskrise. 2. Teil (erschien Ende August 1934, vgl. 36/34/3).

Jede dieser „Broschüren" war in sich abgeschlossen, 48 Seiten stark und kostete 25 Pfennig. Die beiden ersten, von Andreas Gayk zusammengestellten — und offenbar auch erfolgreicheren — Nummern der Schriftenreihe erlebten sogar in kurzem Abstand folgende Nachdrucke

[133] Um die Forcierung dieser Entwicklung hatte Ristow Weinberger bereits früher gebeten, da ihm von seiten der Gestapo mitgeteilt worden war, daß auffällig viele ehemalige Sozialdemokraten die lokalen Vertriebsfirmen führten. Vgl. Punkt 2.6. „Repressionen und Verbot".

[134] Mendel mußte bis dahin die Liquidität des Verlages und des Weinbergerschen Vertriebs wiederholt mit Geldern der Berolina-Druckerei sicherstellen; im Falle des Vertriebs durch Wechselfinanzierung, wenn die Zahlungen der Regionalvertriebs-Agenten nicht wie angenommen eingingen. Vgl. Lösche/Scholing, Solidargemeinschaft, S. 531. Die Anschubfinanzierung wurde für Angestelltengehälter, Geschäfts- und Reisekosten verwandt. Vgl. Weinberger, Rückschau, S. 19.

[135] Weinberger erinnert sich nur noch an die Namen der Gebrüder Liebe, die den Buchvertrieb aufgebaut hatten. Vgl. Weinberger, Rückschau, S. 22. Erich Liebe (1901-1942) war Buchhändler und seit 1923 in der SPD. 1925-1933 arbeitete er beim Dietz-Verlag in Duisburg und war freier Mitarbeiter bei sozialdemokratischen Tageszeitungen. Neben der Tätigkeit bei Weiß & Co. baute er in Oberhausen eine Buchhandlung auf und organisierte dort den regionalen Vertrieb. Kurt Liebe (1903-1980) war Buchhalter und führte diese Arbeit auch bei Weiß & Co. für kurze Zeit aus. Vgl. Lösche/Scholing, Solidargemeinschaft, S. 530.

[136] So wurde auch den ehemaligen Mitgliedern des Arbeiter-Radio-Bundes die Möglichkeit gegeben, auf den Blick aufmerksam zu werden. Vgl. Lösche/Scholing, Solidargemeinschaft, S. 530.

[137] Weinberger, Rückschau, S. 14. Dennoch war das Unternehmen in seiner wirtschaftlichen Existenz größtenteils vom Blick abhängig. Vgl. Weinberger, Rückschau, S. 15.

[138] Vgl. Weinberger, Rückschau, S. 15.

[139] Der Beleg findet sich in einem Gestapo-Monatsbericht des Gaus „Süd-Hannover-Braunschweig" im September 1933: *„Eine Zeitung ‚Blick in die Zeit' wird vertrieben, diese erscheint jeden Freitag"*. Einzusehen im Niedersächsischen Hauptstaatsarchiv Hannover: Hann 310 I b, Nr. 13, Bl. 118.

[140] Im Jahrgang 1934 unterließ der Herausgeber diese Art der Werbung gänzlich; 1935 konnten die Blick-Leser noch zweimal Probenummern an Interessenten schicken lassen (vgl. 15/35/13 u. 23/35/4).

und kamen dabei auf eine Gesamtauflage von 35.000 bzw. 30.000 Exemplaren (vgl. 16/34/16 und 21/34/10). Die Nummern 3 und 4 entstanden unter der Verantwortung des ausgewiesenen Wirtschaftsexperten Otto Suhr.

Es ist anzunehmen, daß zu bestimmten Themen angelegte Materialsammlungen, die zu umfangreich geworden waren, um sie im Blick angemessen verarbeiten zu können, den entscheidenden Anstoß für die Schriften zur Zeitgeschichte gaben. Die Arbeitsmethodik unterschied sich daher nicht wesentlich von der, die zur Erstellung des Blicks angewendet wurde: *„Aus dem Mosaik zahlreicher Zeitungsausschnitte, die in dieser Reichhaltigkeit und Übersichtlichkeit noch nirgends veröffentlicht wurden, formt sich für jeden objektiven Leser"* das Bild der Ereignisse (16/34/16). Im ganzen haben die Schriften zur Zeitgeschichte einen eher dokumentarischen, d. h. stärker auf Einordnung, Chronologie und Ausführlichkeit abzielenden Charakter als das „Mutterheft".

[141] Vgl. Weinberger, Rückschau, S. 20.

[142] Den Beleg, daß der Blick bereits im November 1933 am Kiosk zu kaufen war, enthält eine der — vermutlich von der Redaktion geschriebenen — Leserzuschriften (vgl. 23/33/13).

2.8. Die Kurze Pause

Die seit Januar 1934 ebenfalls von Dr. Alfred Ristow herausgegebene und von Andreas Gayk initiierte Kurze Pause[178] war ursprünglich als „Unterhaltungszeitschrift für Jedermann" (26/33/5) angekündigt worden, dann jedoch ausschließlich als Beilage zum Blick erhältlich. Die vom damals bereits der Reichspressekammer untergeordneten Reichsverband Deutscher Zeitschriften-Verleger verfügte Erscheinungsform als Supplement nahm der Herausgeber zum Anlaß, den beim Verlag eingegangenen Bescheid im Blick wörtlich zu zitieren:

„Im Auftrage des Herrn Präsidenten der Reichspressekammer teilen wir Ihnen ergebenst mit, daß die Unterhaltungsbeilage zu Blick in die Zeit als Beilage zu der genannten Zeitschrift genehmigt wird, daß eine Genehmigung aber nicht für Absatz dieser Beilage als selbständige Zeitschrift erteilt werden kann." (29/33/5).[179]

Gegen Ende 1934 erwarb Kurt Hermann Mendel den Hoffmann & Kirchner-Verlag mitsamt dessen 2-Sechserblatt. Die Kurze Pause „wechselte" in Mendels neugegründeten Verlag und wurde von den Behörden daraufhin *„in Nachfolge vom 2-Sechserblatt"* als eigenständige Zeitschrift genehmigt (vgl. 3/35/4).[180] Zur gleichen Zeit erfuhr das Unterhaltungssupplement auch eine inhaltliche Trennung vom Blick: Die häufige „Eigenwerbung" für die Kurze Pause wurde gegen Ende 1934 stark eingeschränkt (ab Nr. 48/34/15). Im Jahrgang 1935 finden sich nur noch sechs Hinweise auf die Kurze Pause, wobei die letzten drei den Eindruck gewerblicher Anzeigen hinterlassen.[181] Ihr äußeres Erscheinungsbild änderte die Kurze Pause im Gegensatz zum Blick mehrfach. Sie wirkte schließlich im Sommer 1935 wie eine „Illustrierte Zeitschrift" und trug den Untertitel Wochenschrift für Familie und Haus.[182]

Vom Verlag ‚Dr. A. Ristow' wurde die Sonntagszeitung für Jedermann! (27/33/3) in der Vorbereitungsphase wie folgt charakterisiert:

„Die ‚Kurze Pause' bringt neben spannenden Romanen, guten Kurzgeschichten, zwerchfellerschütternden Humoresken und lustigen Illustrationen, ärztliche und pädagogische Ratschläge, Anregungen für Haus, Hof und Garten, dazu allerlei Zeitvertreib: Besinnliches und Unterhaltsames, etwas zum Lachen und etwas zum Weinen, mit einem Wort, für Jeden etwas*!"* (27/33/3).

Von Beginn an befand sich der Sitz der Redaktion in Ristows Villa

[143] Natürlich muß diese Aussage relativiert werden, denn der Blick erschien nur einmal in der Woche und war zudem im kommunikationswissenschaftlichen Sinne keine Zeitung (vgl. Punkt 3. „Blick in die Zeit — Eine Typologisierung"). Auflagenstärker als der Blick waren die „nicht parteiamtlichen Zeitungen" Berliner Lokalanzeiger (169.992), Berliner Morgenpost (360.164), B.Z. am Mittag (124.106), Breslauer Volkszeitung (118.133) und Hamburger Anzeiger (139.824) sowie die „parteiamtlichen Zeitungen" Westfälische Landeszeitung (174.077), Rheinische Landeszeitung (174.374), National-Zeitung [Essen] (158.941), Westdeutscher Beobachter (185.204) und Völkischer Beobachter (358.904). Vgl. SPD, Deutschland-Berichte, hier Juni 1936, S. 805 u. 820. In dieser Statistik fehlt das Organ der Arbeitsfront, Der Deutsche, mit einer Auflage von 147.000 im Juni 1934 (vgl. 27/34/9). In der Literatur finden sich oft ungenaue Zahlen bezüglich der Blick-Auflage (vgl. Richter, Reinickendorfer, S. 95, Eisfeld/Koszyk, Presse, S. 92, oder Rathmann, Gegen, S. 68) bzw. falsche Fakten, z. B. daß *„‚Blick in die Zeit' die einzige nicht parteigebundene, nach der Auflagenstärke die größte freie und letzte Zeitung Deutschlands"* sei. Weinberger, Rückschau, S. 20.

im Grunewald, wo die Kurze Pause hauptsächlich von Karl Rickers redigiert wurde. Dieser arbeitete zunächst illegal, später als „Büroangestellter" Ristows.[183] Hans-Olaf Bellmann[184], ein ehemaliger Mitschüler Mendels und Freund Ristows, der — politisch unbelastet — *„die Verantwortung nach außen hin übernommen hatte"*[185], wollte sein Honorar nicht ohne Gegenleistung; er half Rickers bei der Zusammenstellung der Zeitschrift.

In engem Zusammenspiel mit Gayk und Rickers stand Niels Brodersen[186], der Kontakte zu Leuten aus dem Bereich der bildenden Kunst pflegte und außerdem als engagierter Illustrator u. a. eine ständige Serie von Bildergeschichten zur Kurzen Pause beisteuerte. Karikaturist war Karl Holtz[187], der vormals bei Lachen links und der sozialdemokratisch orientierten Satire-Zeitschrift Wahrer Jacob bis zu deren sofortigem Verbot nach der Machtergreifung gearbeitet hatte.[188] Da Holtz *„auf dem Index* [stand]"[189], verfremdete er in der ersten Zeit auf Wunsch von Rickers seine charakteristischen Zeichnungen und verzichtete auf die Signatur. Der aus politischen Gründen von Düsseldorf nach Berlin geflüchtete Gottfried Brockmann[190] war ebenfalls als Illustrator tätig. Brockmann vertrat einen streng wirkenden Zeichenstil, ohne dabei als „kubistisch entartet" aufzufallen. Weitere Mitarbeiter waren Dr. Hans Adam[191] aus Kiel, der Bastelanleitungen und naturwissenschaftliche Beiträge in die Kurze Pause einbrachte, Karl Mannen[192], der den Lesern Rechtsberatungen gab, Rudolf Gottschalk[193], der sich als Lyriker betätigte, Lotte Knauer, die der Hausfrau Unterhaltsames bot (vgl. 12/34/6), und mehrere Literaten, die z. T. exklusiv für die Kurze Pause schrieben. Genannt sei hier zunächst der Hausautor German Gerhold[194]. In seinen Erzählungen, die fast in jeder Ausgabe zu finden waren, bedient sich Gerhold im wesentlichen bekannter literarischer Motive (z. B. Schildbürger in Kurze Pause (KP) 47/34/1f.) und Stilformen (z. B. Fabeln in KP 34/33/1f.). Hinter solch allegorischer oder gleichnishafter Verklausulierung konnte die Leserschaft aktuelle Gegebenheiten während der nationalsozialistischen Konsolidierungsphase erkennen und wurde, da Gerholds Erzählungen bisweilen offen eine *„klassenlose, solidarische Form der Gemeinschaftlichkeit"*[195] propagierten, in ihrem politischen Solidaritätsgefühl gestärkt. Weitere Autoren aus dem sozialdemokratischen Lager, die zu dieser Zeit ausschließlich für die Kurze Pause schreiben konnten, waren Max Dürr (vgl. KP 45/34/2), Walter G. Oschilewski (vgl. 26/34/14) und Alfred Thieme (vgl. KP 50/34/2).

Gesondert aufzuführen sind die literarisch bedeutsameren Autoren, für die Karl Rickers die Nachdruckrechte erwarb, die aber *„von den Verlagen — vor allem, wenn es sich um politisch mißliebige Autoren handelte — gerne eröffnet wurden."*[196]

Neben dem dänischen Schriftsteller Martin Andersen-Nexö (vgl. 16/34/6), dem deutschen Komiker Karl Valentin (vgl. 13/34/5) und dem britischen Novellisten Joseph Conrad (vgl. KP 1/35/1) sei hier stellvertretend für ein in der Kurzen Pause stark vertretenes Genre der amerikanische Autor Jack London (vgl. 16/34/6) genannt, dessen sozialkritische Romane mit ihrem nicht eben erbaulichen Charakter kaum dem damaligen Zeitgeist entsprachen.

Wie beim Blick, so galt es auch bei der Kurzen Pause, die möglichen Grenzen des von den Machthabern Tolerierten durch redaktionelle Experimentierfreude zu erfühlen.[197] Die abgedruckten Fortset-

[144] Die Zahlen im einzelnen: Velhagen und Klasings Monatshefte (49.166, IV/33), Atlantis (34.200, IV/34), Westermanns Monatshefte (32.281, IV/34) und Deutsche Zukunft (27.287, IV/33). Der ALA-Zeitungskatalog 1934 kennt in der Abteilung „Deutsche Fachzeitschriften, IV. Belletristik, Literatur, Politik, 3. Politische und kulturelle Wochenschriften", wo auch der Blick (77.031, I/34) enthalten ist, neun Publikationen mit höherer Auflage: Von Der Sturm (120.000, I/34) bis hin zu Arbeitertum (2.090.000, I/34) sind dies jedoch allesamt Schriften, die offizielle NS-Organisationen oder die NS-Ideologie vertreten. Vgl. ALA-Zeitungskatalog 1934. Hrsg. durch die Parteiamtlich anerkannte Anzeigen- und Werbestelle der NS-Presse, Zentrale Berlin. 59. Jahrgang, Berlin 1934. S. 92-94. Fortan zitiert als ALA-Zeitungskatalog 1934. Der Blick fand im übrigen in den Jahrgängen 1933 sowie 1935 und folgende keine Aufnahme in die ALA-Zeitungskataloge.

[145] Rathmann, Gegen, S. 68.

[146] Die Auflagenzahlen stammen aus dem Impressum des Blick. Ab Nr. 1/34 finden sich dort die Werte für das jeweils vorangegangene Quartal.

[147] Mendel, Blick, S. 6. Laut Exner soll die Gestapo davon ausgegangen sein, daß ein Exemplar durch Weitergabe sogar zehn Leser erreichte. Vgl. Lösche/Scholing, Solidargemeinschaft, S. 528.

[148] Betrachtet man etwa die Preise der Frankfurter Zeitung oder der Kölnischen Zeitung, die sich bei beiden je nach Wochentag und Ausgabe zwischen 10 und 20 Pfg. bewegten, so ist der Kaufpreis des Blick als relativ niedrig zu bewerten.

[149] In größerer Anzahl fand man bei Sozialdemokraten außerdem die Sonntagszeitung aus Stuttgart. Vgl. Weinberger, Rückschau, S. 16.

[150] Vgl. Mendel, Blick, S. 10 sowie Lösche/Scholing, Solidargemeinschaft, S. 527.

[151] Gestapo-Monatsbericht aus Harburg-Wilhelmsburg vom Februar 1935. Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover: Hann 87a, Nr. 10, S. 3.

[152] Vgl. Weinberger, Rückschau, S. 15. Lösche und Scholing geben an, in den Volksgerichtshofakten des Berlin Document Center (inzwischen dem Bundesarchiv eingegliedert) befänden sich ca. 80 Anklage- und Urteilsschriften gegen Mitglieder der illegalen SPD, in denen der Blick wiederholt erwähnt wird. Vgl. P. Lösche/M. Scholing, In den Nischen des Systems: Der sozialdemokratische Pressespiegel „Blick in die Zeit", in: J. Schmädeke/P. Steinbach (Hrsg.), Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, München 1985. S. 207-224, hier S. 223, Anm. 37. Fortan zitiert als Lösche/Scholing, Nischen.

zungsromane, Kurzgeschichten und literarischen Exklusivbeiträge sollten — zumindest für die NS-Behörden — als *„fast normal* [erscheinen], *wenngleich aus einer getarnten Deckung heraus"*.[198] Die literarischen Ambitionen hielten sich jedoch neben dem bewußten Verzicht auf lauttönendes nationalsozialistisches Gedankengut im „legalen" Rahmen: Ausdrücklich verbotene Bücher konnten nicht wiedergegeben werden, und ihre Autoren erhielten keine Aufträge.

Zurecht ist der damals redaktionell verantwortliche Karl Rickers der Ansicht, daß die Kurze Pause mit einigem Erfolg[199] über *„den vorgegebenen Charakter einer Unterhaltungsbeilage"* hinausgestoßen sei.[200] Zumindest anfangs hatte die Kurze Pause jedoch erst einmal die Funktion, den vermischten Teil des politisch wesentlich brisanteren Blicks zu übernehmen und die Aufmerksamkeit der Behörden ein wenig von ihm abzulenken.[201]

Nach dem Verbot des Blicks „bis auf weiteres" konnte die Kurze Pause — da *„in Nachfolge des 2-Sechserblattes"* inzwischen eigenständig — ihr Erscheinen fortsetzen. Kurt Hermann Mendel und Hans-Olaf Bellmann erstellten aus im Verlag vorgefundenen Redaktionsmappen vier weitere Ausgaben.[202] Der finanzielle Verlust durch das Verbot des Blicks konnte dadurch aber nicht ausgeglichen werden. Das letzte Heft der Kurzen Pause wurde am 30. August 1935 veröffentlicht. Mendel verkaufte den Titel an ein Hamburger Verlagshaus, das — seinen Angaben zufolge — daraus eine Funkzeitschrift konzipieren wollte.[203]

[153] Gestapo-Monatsbericht aus dem „Gau Süd-Hannover-Braunschweig" vom September 1933. Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover: Hann 310 I b, Nr. 13, Bl. 118.

[154] Vgl. Punkt 5. „Die Methoden publizistischen Widerstands: Das Lesen zwischen den Auszügen".

[155] Vgl. Weinberger, Gayk, S. 3.

[156] Vgl. Gestapo-Monatsbericht aus dem „Gau Süd-Hannover-Braunschweig" vom September 1933. Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover: Hann 310 I b, Nr. 13, Bl. 118.

[157] Vgl. Weinberger, Rückschau, S. 16.

[158] Die Fragen, warum das Belegexemplar gerade der Gestapo und nicht dem RMVP vorgelegt werden mußte und ob dieses Verfahren bindend für alle damals erschienenen Publikationen war, konnten anhand der Literatur nicht geklärt werden. Daß die Presse von der jeweils örtlichen Polizeibehörde, zu der auch die Gestapo zu rechnen ist, überwacht wurde, kann wohl aus dem §§ 1 und 4 der „Reichstagsbrandverordnung" vom 28.2.1933 herausinterpretiert werden. Vgl. Koszyk, Ende, S. 12.

3. Blick in die Zeit — Eine Typologisierung

Die Frage, welcher Gattung von Presseerzeugnissen der Blick zuzuordnen ist, läßt sich recht schnell beantworten: Bereits die Redaktion selbst verstand ihr Blatt als eine „Zeitschrift" (3/33/15). In zeitgenössischen Zeitungs- und Zeitschriftenkatalogen wurde der Untersuchungsgegenstand den „Zeitschriften" (dort der Kategorie „Politik und Volkswirtschaft")[204] oder den „Fachzeitschriften" (dort der Kategorie „Belletristik, Literatur, Politik")[205] zugeordnet. Tatsächlich spricht neben dem wöchentlichen Erscheinen die, im Gegensatz zur Zeitung, gediegenere Weise der Berichterstattung für diese Einordnung. An die Stelle der Aktualität bzw. *„der Flüchtigkeit des Inhalts setzt die Zeitschrift Substanz"*[206]. Der Blick bedient sich der Presseauszüge — besonders für die Titelstories und ausführlichen Themen — ohnehin mit einer quasi potenzierten zeitlichen Verspätung. Zum Teil sind die Auszügr darin über sieben Wochen alt (vgl. 22/34/1, zur New Deal-Politik Roosevelts).

Die Abgrenzung des Blicks als Digest-Zeitschrift von der benachbarten Form des Pressespiegels ist an der Publizität, der Intention des Herausgebers sowie den Gestaltungskriterien auszumachen. Der Pressespiegel wird für ein ausgesuchtes und/oder fachlich interessiertes Publikum unter Wertlegung auf Selbstreferenzen des Herausgebers erstellt. Eine Digest-Zeitschrift wie der Blick ist dagegen frei zugänglich und über Abonnement oder am Kiosk zu erwerben. Der Herausgeber hat also ein direktes wirtschaftliches Interesse am Verkauf seines Presseerzeugnisses. Ihm stehen unter Umständen mehrere Gestaltungskriterien zur Verfügung, um dann auch seine politische Haltung zum Ausdruck bringen zu können. Ein Pressespiegel setzt sich hingegen ausschließlich aus wörtlichen Zitaten zusammen, wobei ggf. vor- oder nachgestellte Passagen weggelassen werden. Die Redakti-

[159] Die genaue Zahl der Beschlagnahmeverfügungen ist nicht bekannt. Weinberger erwähnt die dritte Beschlagnahmung einer Ausgabe als diejenige, die de facto das endgültige Verbot nach sich zog. Vgl. Weinberger, Rückschau, S. 20. Er kann damit gemeint haben, daß dies die dritte Nummer war, die den Vertrieb nicht erreicht hatte, d. h. es ist durchaus möglich, daß es eine größere Anzahl „nicht erfolgreicher" Beschlagnahmungen gab. Angaben Exners zufolge häufte sich dieses Einschreiten der Gestapo im Jahr 1935. Exner kann sich konkret nur an die Ausgabe 27/34 erinnern, in der viele Reaktionen der internationalen Presse zum sogenannten Röhm-Putsch abgedruckt waren. Vgl. Lösche/Scholing, Solidargemeinschaft, S. 527.

[160] Vgl. Lösche/Scholing: Exner, S. 3. Erinnert sei an dieser Stelle noch einmal an die Verhaftung Rudolf Küstermeiers. Der Exilvorstand der SPD (Sopade) hat die Illegalen in Deutschland sogar dazu aufgefordert, ihre Beziehungen zu Gruppen, die den Blick lasen oder diskutierten, abzubrechen. Vgl. Exilvorstand der SPD (Sopade): Rundschreiben an Grenzsekretäre und Vertrauensleute. Nr. 2/34. Prag, den 1. März 1934. Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn: Band G-2 ("Emigration").

2. JAHRG.
Nr. 27
Berlin, den
7. 7. 1934

PREIS PRO HEFT RM 0,15
MIT »KURZE PAUSE« RM 0,25

Blick in die Zeit

Herausgeber: Dr. A. Ristow

Erscheint jeden Sonnabend

PRESSESTIMMEN DES IN- UND AUSLANDES
ZU POLITIK, WIRTSCHAFT UND KULTUR

Die Röhm-Revolte

Meuternde SA.-Führer und reaktionäre politische Intriganten haben das Reich vorübergehend in eine schwere Krise gestürzt. Unter dem Stichwort der „zweiten Revolution" sollte die nationale Erhebung unter Führung des Stabschefs Röhm „vorwärtsgetrieben" werden. In einer überraschenden, wohlvorbereiteten Strafaktion hat der Führer Adolf Hitler die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen und die Verschwörung im Keime erstickt. Wegen der großen historischen Bedeutung dieser Vorfälle geben wir unseren Lesern heute neben einer chronologischen Darstellung der Ereignisse die wichtigsten Pressestimmen des In- und Auslandes zur Röhm-Revolte.

Verschwörer am Werk

Spaltpilze in der Bewegung.

„Seit vielen Monaten wurde von einzelnen Elementen versucht, zwischen SA. und Partei sowohl wie zwischen SA. und Staat Keile zu treiben und Gegensätze zu erzeugen. Der Verdacht, daß diese Versuche einer beschränkten, bestimmt eingestellten Clique zuzuschreiben sind, wurde mehr und mehr bestätigt."

(Reichspressestelle der NSDAP. L.A., 1. 7. 34.)

„Immer wieder kamen die Klagen . . ."

Seit Wochen und Monaten beobachten wir, insonderheit die verantwortlichen Dienststellen — das ist meine und die des Reichsführers SS. Himmler —, beobachtet die Partei, daß ein Teil der obersten SA.-Führer sich von den Zielen der Bewegung und des Staates abgewandt hat und seine eigenen Interessen, seinen eigenen Ehrgeiz und zum Teil auch seine unglückselige Veranlagung in den Vordergrund stellte.

Immer wieder kamen die Klagen aus dem Lande, daß diese SA.-Führer brutal gegen die Bevölkerung auftraten. Die Klagen häuften sich, daß Dinge geschahen, die mit dem Rechtsbewußtsein des Volkes nicht mehr übereinstimmten. Die Klagen häuften sich, daß alle Beschwerden bei den obersten SA.-Führern keinen Sinn hatten.

(Ministerpräsident Göring vor der inländischen Presse. Völkischer Beobachter, 1. 7. 34.)

Der Vertrauensbruch Röhms.

Stabschef Röhm, der vom Führer mit seltenem Vertrauen ausgestattet worden war, trat diesen Erscheinungen nicht nur nicht entgegen, sondern förderte sie unzweifelhaft. Seine bekannte unglückliche Veranlagung führte allmählich zu so unerträglichen Belastungen, daß der Führer der Bewegung und Oberste Führer der SA. selbst in schwerste Gewissenskonflikte getrieben wurde.

(Reichspressestelle der NSDAP. L.A., 1. 7. 34.)

Ein Opfer seiner Veranlagung.

Vielleicht gerade durch seine Veranlagung umgab Röhm sich in seinem ganzen Stab und den führenden Stellen der SA. mit solchen Männern, die nun ihrerseits in ihm den Gedanken erweckten, daß er der starke Mann Deutschlands wäre. So kam es, daß von seiten der obersten SA.-Führung Pläne geschmiedet wurden, um die Bewegung zu schädigen, den Staat zu stürzen und einen Staat aufzurichten, der dann ein Staat dieser kranken Individuen geworden wäre.

(Ministerpräsident Göring vor der inländischen Presse. Völkischer Beobachter, 1. 7. 34.)

Verbindung mit Schleicher und einer auswärtigen Macht.

Stabschef Röhm trat ohne Wissen des Führers mit General Schleicher in Beziehungen. Er bediente sich dabei neben einem anderen SA.-Führer einer von Adolf Hitler schärfstens abgelehnten, in Berlin bekannten obskuren Persönlichkeit. Da diese Verhandlungen endlich — natürlich ebenfalls ohne Wissen des Führers — zu einer auswärtigen Macht bzw. deren Vertretung sich hinerstreckten, war sowohl vom Standpunkt der Partei wie auch vom Standpunkt des Staates ein Einschreiten nicht mehr zu umgehen.

(Reichspressestelle der NSDAP. L.A., 1. 7. 34.)

Der Führer hat lange und schweigend zugeschaut.

Der Führer hat lange und schweigend zugeschaut. Oft und oft hatten die verantwortlichen Männer, die er in sein engstes Vertrauen zog, in der Öffentlichkeit gewarnt. Ihre Warnungen wurden in den Wind geschlagen oder gar mit überheblichem und zynischem Lächeln abgetan. Wo es nun in Güte nicht ging, mußte es mit Härte geschehen. Und so wie der Führer in der Güte groß ist, so kann er auch groß sein in der Härte. Das sollte nun an diesem Beispiel gezeigt werden. Und auch die Kreise der Reaktion, die hier mit im Bunde waren, sollten wissen, daß nun der Spaß zu Ende ist und der Ernst beginnt. Der Führer und seine Getreuen können und werden es nicht zulassen, daß ihr Aufbauwerk, unter unsäglichen Opfern von der ganzen Nation begonnen, durch das Intrigenspiel gewissenloser politischer Dilettanten in Gefahr gebracht wird.

(Reichsminister Dr. Goebbels im Rundfunk. Der Montag, 2. 7. 34.)

In dieser Nummer:

27

Die Röhm-Revolte
Die große Steuerreform
Röhm-Revolte und Auslandspresse
Nationalsozialismus u. Faschismus Außerdem:
Das Wichtigste und Interessanteste aus Politik und Wirtschaft, Sport und Kultur

on einer Digest-Zeitschrift hat neben jener einfachen Form des Weglassens zum einen die Möglichkeit, Textvorlagen in eigenen Worten kürzer wiederzugeben ohne dabei den ursprünglichen Sinn zu verändern, zum anderen aber ähnlich einer resümierenden Inhaltsangabe zu verfahren, wie z. B. in einer Buchbesprechung oder lexikalischen Eintragung. Diese kondensierte Form der Textvorlage kann sogar eine Art Simulation darstellen, die in nicht unerheblichem Maße durch Texteingriffe manipuliert worden sein kann (Beispiel: Reader's Digest). Die Redaktion des Blicks verfuhr mit der Zitiertechnik — entsprechend der politischen Situation in Deutschland — sehr vorsichtig. Es sind nur an wenigen Stellen leichte, fast unbedeutende Änderungen sprachlicher oder syntaktischer Art festzustellen, geschweige denn Manipulationen am Inhalt der Textvorlagen. Ein solches Nutzen der Originalquellen zur eigenen Meinungsbildung und -verbreitung wäre sicherlich durch die Behörden früh und scharf geahndet worden.

[161] Vgl. Weinberger: Rückschau, S. 10.
[162] Ebd.
[163] Vgl. Mendel: Blick, S. 17.
[164] Weinberger: Rückschau, S. 10 und 16.
[165] Vgl. Lösche/Scholing: Solidargemeinschaft, S. 529.
[166] Vgl. Lösche/Scholing: Mendel, S. 4.
[167] Dies bestätigte mir Helmut Ristow in einem Telefongespräch vom 30. Januar 1995.
[168] Die dreibändige Reprintausgabe des Bund-Verlages endet unverständlicherweise mit der Nummer 30 vom 26. Juli 1935. Der Blick vom 2. August liegt mir jedoch als Kopie vor.

4. Blick in die Zeit — Strukturen und Strategien

Gayk und sein Team versuchten, einen großen Teil der Presseauszüge in feste Rubriken einzuordnen. So hatten die Zitate auch nicht unbedingt in einer unmittelbaren Beziehung zueinander zu stehen; vielmehr sind sie geprägt von Kernsätzen, die nur innerhalb des Auszugs selbst eine Spannungskurve entstehen ließen.

Ausnahmen dieser Struktur bilden die drei bis vier Themen (inkl. des ‚Titelthemas') pro Ausgabe, die unter sorgfältiger Beachtung der gegebenen politischen Situation kritisch beleuchtet wurden. Die aufgegriffenen Inhalte, auf die in spezifischen Überschriften konkret hingewiesen wurde, entstammten jeweils dem aktuellen (wirtschafts- und kultur-)politischen Diskurs. Die Themen wurden — nicht selten mit Vorgeschichte — ausführlich auf den ersten sieben Seiten des Heftes behandelt. Dabei nutzte die Redaktion oft die Möglichkeit der Gegenüber- und Infragestellung unterschiedlicher journalistischer Auffassungen und Darstellungen.

Die Namen der im Blick vorkommenden Rubriken lassen in den meisten Fällen Rückschlüsse auf den jeweiligen Inhalt zu: „Politischer Kurzbericht", „Kreuz und quer durch die Politik", „Blick in die Auslandspresse", „Auslands-Kurzberichte", „Blick über die Grenze", „Aus aller Welt", „Entdeckungsreisen im Blätterwald"[207], „Unpolitische Wochenschau", „An den Rand geschrieben", „Querschnitt durch die Wirtschaft", „Kulturpolitische Rundschau", „Neue Filme im Urteil der Presse", „Blick in Bücher und Zeitschriften", „Sport-Nachrichten", „Humor der Woche" und „Raten Sie mal". Im Laufe der Erscheinungszeit verschwanden einige dieser Rubriken, wurden in anderen Teilen integriert oder nur sporadisch eingesetzt.

Bereits nach kurzer Betrachtung dieser Auflistung und erst recht der Zeitschrift selbst, wird deutlich, welch wichtige Stellung die Sparte Politik gemessen am gesamten, von der Redaktion durch Presseauszüge gestalteten Teil einnimmt.[208] Die Anteile der Sparten verteilen sich wie folgt: 74,1% Politik, 10% Wirtschaft, 10,6% Kultur, 2,8% Vermischtes und 2,5% Sport. Wird dabei noch die starke politische Ausrichtung der Sparte Kultur berücksichtigt, so kann man einen tatsächlichen Anteil der Politik von über 80% zugrunde legen. Überraschend ist diese Tatsache weniger vom Selbstverständnis der Redaktion her, die den Blick wiederholt als „politische Wochenschrift"

[169] So jedenfalls Exner. Vgl. Lösche /Scholing: Exner, S. 3.
Vgl. außerdem Lösche/Scholing: Mendel, S. 4. Einem Telegramm des preußischen Innenministeriums vom 1.3.33 an den Regierungspräsidenten Sigmaringens und den Polizeipräsidenten Berlins war zu entnehmen, daß Zeitungsverbote unter bloßer Bezugnahme auf § 1 der „Reichstagsbrandverordnung" ohne nähere materielle Begründung und lediglich im Interesse der öffentlichen Sicherheit von der am Erscheinungsort ansässigen Polizeibehörde erlassen werden konnten. Vgl. Koszyk: Ende, S. 12.
[170] Vgl. Lösche/Scholing: Exner, S. 3. Denkbar ist, daß Seldte im (verdeckten) Auftrag der Partei handelte, denn laut Mendel sei die NSDAP mit einem Kaufangebot von 200.000-300.000 RM an Ristow herangetreten. Vgl. Mendel: Blick, S. 17.
[171] Falls Seldte den Vertrieb hätte miterwerben können, wären u. a. die vielen lokalen Vertriebsfirmen sicherlich in eine nicht ungefährliche und mißliche Lage geraten. Ein Verkauf von Weiß & Co. schloß sich für die Verantwortlichen also von selbst aus.
[172] Vgl. Lösche/Scholing: Exner, S. 3.
[173] In diesem Sinne äußert sich Kurt Hermann Mendel. Vgl. Lösche/Scholing: Solidargemeinschaft, S. 529.
[174] Zitate nach Mendel: Blick, S. 11.
[175] Vgl. Weinberger: Rückschau, S. 21.

bezeichnete (z. B. 28/33/3), dafür aber umso mehr vor dem zeitgeschichtlichen Hintergrund, der nicht aus den Augen verloren werden darf.

Blick in die Zeit zeichnet sich durch eine Vielzahl von Presseauszügen sowie deren relative Kürze aus und steht damit z. B. im Gegensatz zu dem wohl bekanntesten Vertreter dieser Zeitschriftengattung, dem Reader's Digest. Die Redaktion benutzte während der gesamten Erscheinungszeit des Blicks insgesamt 720 Quellen. Bezogen auf die vorgefundenen Titelnennungen ergibt sich folgendes Mengenverhältnis:

303 deutsche Zeitungen und Zeitschriften
175 ausländische Zeitungen und Zeitschriften
12 Presseagenturen und -dienste
80 Berichte, Mitteilungen und Verlautbarungen
24 Reden
126 Bücher

Die deutschen Zeitungen und Zeitschriften stellen nicht ganz die Hälfte der vorkommenden Quellentitel. Auffallend ist bei der Betrachtung dieser Gruppe, daß keine explizit jüdische Publikation auftaucht, obwohl jüdische Presseerzeugnisse während der Erscheinungsjahre des Blicks nach wie vor frei verkäuflich waren.[209] Es dürften wohl taktische Überlegungen für dieses Ignorieren eines ganzen Zweiges der Presselandschaft ausschlaggebend gewesen sein. Man muß annehmen, daß die Redaktion ihren publizistischen Wagemut dort stark im Zaum hielt, wo nicht die Belange des eigenen politischen Milieus auf dem Spiel standen.

Im Gegensatz zu Beispielen aus der jüdischen Presse gibt es in der Frühphase des Blicks durchaus einige Zitate aus dezidiert sozialdemokratischen Veröffentlichungen: Neue Blätter für den Sozialismus (vgl. 2/33/9, Verbot ab Juni 1933), Danziger Volksstimme (vgl. 1/33/4, konnte bis 1936 erscheinen, vermutlich da Danzig den Freistaat-Status hatte) und Regensberger Echo (vgl. 25/33/16, diese Wochenzeitung wurde am 29.12.33 verboten).[210] In Ausgabe 1/33 vom 16. Juni 1933, also sechs Tage vor dem Betätigungsverbot der SPD, nahm die Redaktion erst- und letztmalig sogar offizielle Presse-Verlautbarungen sozialdemokratischer Partei-Organe in ein ‚Thema' auf, das sich speziell dem Verbleib der alten Weimarer Parteien widmet (vgl. 1/33/6 ff.).

Bei der Untersuchung einer Zeitschrift, die sich ausschließlich aus Presseauszügen zusammensetzt, ist von erheblichem Interesse, welche Publikationen wie häufig und in welchem Umfang zitiert wurden. Außerdem muß aufgezeigt werden, welche politische Orientierungen die im Blick benutzten Quellen repräsentierten. Als Untersuchungsgrundlage dienen die beiden Bereiche ‚Titelthema' und „Kreuz und quer durch die Politik". Sie sind von der politischen Aussagekraft, vom Umfang und der Plazierung her zentrale und in allen 112 Blick-Ausgaben enthaltene Darbietungsformen.

In 13 Stichprobenausgaben werden für beide Bereiche die quantitativen Anteile der jeweils vorkommenden Quellen ermittelt. In der weiter unten zu findenden Auflistung benennt die erste Zahl die Summe der Auszüge pro Quelle, die zweite und größere Zahl den entsprechenden Gesamtumfang in Zeilen. Geordnet nach abnehmendem Umfang sollen die Quellen darüberhinaus, je nach dem politischen

[176] Ebd. Der Verlag Dr. Scheiner, Stuttgart, verlangte eine restlose Bezahlung aller Exemplare der Sonntagszeitung. Der Bauer-Verlag betrachtete die Bezahlung mehrerer tausend Mein Funk-Zeitschriften nach der Schlußversteigerung als erledigt.

[177] Vgl. Mendel: Blick, S. 11., sowie Lösche/Scholing: Solidargemeinschaft, S. 532.

[178] Kurze Pause. Hrsg. von Alfred Ristow. 1. Jahrgang (Nr. 1-52). Berlin: Ristow 1934; 2. Jahrgang (Nr. 1-35). Berlin: Mendel 1935.

[179] Koszyks Aussage, daß *„nur zwei nichtnationalsozialistische Neugründungen ... vor dem Verbot von Neugründungen am 13. Dezember 1933 zustande"* kamen, wird von Lösche und Scholing in zweifacher Hinsicht falsch „widerlegt", wenn sie ins Feld führen, daß das Verbot von Neugründungen mehr als zwei Ausnahmen gekannt habe, und hierfür als Beispiel die Kurze Pause nennen. Erstens spricht Koszyk ausdrücklich von Neugründungen vor und nicht nach dem Verbot, und zweitens besaß die Kurze Pause eben von vornherein den Status einer unselbständigen Publikation, nämlich eines nicht frei erhältlichen Supplements. Vgl. Lösche/Scholing: Solidargemeinschaft, S. 520f., Anm. 9, sowie Koszyk: Ende, S. 14. In der bei Lösche/Scholing erwähnten *„Übersicht über die seit dem Dezember 1933 bewilligten Ausnahmen für Neugründungen von Zeitungen und Zeitschriften"* wird die Kurze Pause ohne Nennung ihres eigentlichen Titels als *„Unterh.-Beilage zu ‚Blick in die Zeit'"* kenntlich gemacht. Vgl. Amann, Max: Übersicht über die seit dem Dezember 1933 bewilligten Ausnahmen von Neugründungen von Zeitungen und Zeitschriften. Bundesarchiv Koblenz: R (Reichssicherheitshauptamt) 58/772. Diese zwölfseitige Übersicht, die von Max Amann, dem Präsidenten der Reichspressekammer, eigenhändig unterzeichnet wurde und die im Geheimen Staatspolizeiamt in der Prinz-Albrecht-Str. am 17. Oktober 1934 einging, liegt mir als Kopie vor.

[180] Dies wird auch auf der Titelseite der Kurzen Pause kenntlich gemacht: *„Erscheint jeden Sonnabend in Nachfolge vom 2-Sechserblatt"*, *„Verlag: Hoffmann & Kirchner Nachf. Kurt Hermann Mendel, Berlin-Grunewald"* (vgl. z. B. die Ausgabe 1/35 der Kurzen Pause vom 5.1.35).

[181] Vgl. 13/35/10, 16/35/7, 17/35/13, 23/35/7, 25/35/15, 27/35/16.

[182] Lösche/Scholing: Solidargemeinschaft, S. 551.

und weltanschaulichen Verständnis, das sie 1933 bis 1935 kennzeichnete, einer von vier Kategorien zugerechnet werden. Diese Klassifizierung der Quellen wird deshalb auf der Basis von vier grob gefaßten politischen Lagern durchgeführt, weil eine Ausdifferenzierung in zahlreiche individuelle Subkategorien die Auswahlstrategien der Redaktion nicht hätten sichtbar werden lassen.[211] Aus Gründen der Nachvollziehbarkeit sollen die verschiedenen Nuancen aber genannt werden:

Links: marxistisch, leninistisch, kommunistisch, sozialistisch, sozialdemokratisch

Mitte: bürgerlich, (links-)liberal, fortschrittlich, (gemäßigt) konservativ, demokratisch, konfessionell, humanistisch

Rechts: national-liberal, deutsch-national, reaktionär, antidemokratisch

Rechtsextrem: nationalsozialistisch, NS-Partei- und Staatspresse, (radikal-)faschistisch

Hilfestellung für die Zuordnung der einzelnen Quellen bieten sowohl Angaben im Blick selbst als auch ein zeitgenössischer Zeitungskatalog sowie einige Werke zur Pressegeschichte. Jede zur Einordnung herangezogene Fundstelle ist durch einen Buchstaben kenntlich gemacht, der im Anschluß an die politische Charakterisierung der jeweiligen Quelle zu finden ist:

a) Blick in die Zeit, „Abkürzungen für Quellenangaben", 16/34/12.

b) Blick in die Zeit, „Zeitungen des Auslandes", 16/34/14[212].

c) Freeden: Jüdische Presse.

d) Hale: Presse in der Zwangsjacke.

e) Koszyk: Deutsche Presse.

f) Oschilewski: Zeitungen in Berlin.[213]

g) Sperlings Zeitschriften- und Zeitungsadressbuch. 1935.

h) Von mir getroffene Zuordnung.

Ein dem politischen Lager vorangestelltes Kürzel dient der Kennzeichnung der jeweiligen Publikationsform: Zeitung (Ztg.), Zeitschrift (Zts.), Verlautbarung (Vlb.), Pressedienst (Prd.), Buch und Rede. Aus Gründen der Übersichtlichkeit werden hier nur die Publikationen dargestellt, die einen Umfang von über 100 Zeilen aufweisen.

Berliner Tageblatt 45/1114	Ztg., Mitte a) e)
Völkischer Beobachter 32/900	Ztg., Rechtsextrem e) g)
Frankfurter Zeitung 41/844	Ztg., Mitte e)
Angriff 25/649	Ztg., Rechtsextrem f) a)
Kölnische Zeitung 22/596	Ztg., Mitte d) e)
Berliner Börsen-Ztg. 25/484	Ztg., Rechts f)
Germania 22/450	Ztg., Rechts f)
Rheinisch-Westf. Ztg. 20/380	Ztg., Rechts e)
Deutsche Zeitung 13/375	Ztg., Rechts a) f)
Deutsche Allgem. Ztg. 18/374	Ztg., Mitte e)
Vossische Zeitung 20/345	Ztg., Mitte c) e)
Prawda 12/298	Ztg., Links b)
Neue Zürcher Zeitung 16/283	Ztg., Mitte e)
Der Deutsche 9/280	Ztg., Rechts a) e)
Neue Freie Presse 13/257	Ztg., Mitte g)
Deutsche Wochenschau 6/206	Zts., Rechtsextrem a)
Berliner Volks-Zeitung 8/193	Ztg., Mitte f) e)

[183] Rickers bemerkte einen großen Mangel bei seiner „Methodik der Illegalität": Während er bei dem Besuch einer Gerichtsverhandlung gegen mehrere Kommunisten von SS-Leuten durchsucht wurde, lagen die Arbeitsmaterialien für die nächste KP-Ausgabe in seiner Wohnung offen auf dem Tisch. Ein möglicher Besuch der Gestapo hätte für seine Tätigkeit ein jähes Ende bedeutet. Vgl. Rickers: Erinnerungen, S. 104f.

[184] Von Bellmann ist nur bekannt, daß er ein Nachfahre des berühmten schwedischen Lyrikers Carl Mikael Bellmann war.

[185] Rickers: Erinnerungen, S. 103. Das bedeutet, daß Bellmann der Schriftleiter der Kurzen Pause war.

[186] Niels Brodersen (1895-1971) hatte nach dem Ersten Weltkrieg als Polizeibeamter und Lithograph gearbeitet. Er unterstützte Andreas Gayk Ende der 20er Jahre bei der Abfassung des Buchs über die rote Kinderrepublik. Nach 1945 war er als Graphiker bei der Stadt Kiel angestellt. Brodersen und seine Frau Anne hatten engere private Kontakte zu den Ehepaaren Gayk und Rickers. Vgl. Rickers: Erinnerungen, S. 102ff. Anne Brodersen war zusammen mit der Blick-Mitarbeiterin Frieda Niendorf (geb. Brockmann) 1950 im ersten Vorstand des Landesfrauenrates Schleswig-Holstein und zur gleichen Zeit SPD-MdL in Kiel. Vgl. Landesfrauenrat: Brief.

[187] Karl Holtz war nach 1945 Zeichner für die DDR-Satirezeitschrift Eulenspiegel.

[188] Vgl. Rickers: Erinnerungen, S. 103f., sowie Lösche/Scholing: Solidargemeinschaft, S. 553.

[189] Rickers: Erinnerungen, S. 104.

[190] Ebd. Gottfried Waldemar Brockmann (1903-1983) hatte in Düsseldorf Kunst studiert, wurde 1933 allerdings mit Akademieverbot belegt. Seit 1952 war er Kulturreferent in Kiel, ab 1955 Dozent an der dortigen Fachhochschule für Gestaltung. 1964 wurde ihm der Kunstpreis Schleswig-Holstein verliehen.

[191] Hans Adam (geb. 1907) promovierte 1937 im Bereich Atomphysik und war 1946-1971 Direktor an der Kieler Ingenieursschule.

[192] Vgl. Rickers: Erinnerungen, S. 104. Karl Mannzen (1903-1980) war zusammen mit seinem Bruder Walter und August Rathmann Gründer des Sozialistischen Studentenbundes Kiel gewesen. 1947/48 wurde Mannzen Generalstaatsanwalt für Schleswig-Holstein. 1950 wechselte er zum Bundesgerichtshof nach Karlsruhe.

[193] Rudolf Gottschalk (1900-1979) war gelernter Drogist und arbeitete nach 1945 als Journalist bei dpd in Kiel. Später wurde er Chef des Feuilletons beim Vorwärts, danach bei der Anderen Zeitung.

[194] Pseudonym für Willy Schmidt-Gerhold (geb. 1896), der als Autor von Dramen, Romanen und Essays hervortrat.
[195] Lösche/Scholing: Solidargemeinschaft, S. 553.
[196] Lösche/Scholing: Solidargemeinschaft, S. 552.
[197] Vgl. Rickers: Erinnerungen, S. 103.
[198] Ebd., S. 104.
[199] Auf Anhieb erreichte die Kurze Pause im 1. Quartal 1934 eine Auflage von 33.782 Exemplaren (II/34: 35.040, III/34: 33.592, IV/34: 29.808, I/35: 33.000, II/35: 31.273).
[200] Rickers: Erinnerungen, S. 103.
[201] Vgl. Lösche/Scholing: Solidargemeinschaft, S. 552.
[202] Ebd., S. 531. Nachdem das Verbot des Blick erging, war Rickers nicht mehr auffindbar, da er angenommen hatte, die Kurze Pause sei ebenfalls mitverboten worden.
[203] Ebd. Der Käufer des Titels konnte nicht festgestellt werden. Sicher ist nur, daß es sich dabei nicht um den Bauer-Verlag handelte, wie eine Nachfrage beim dortigen Hausarchiv ergab.
[204] Sperlings Zeitschriften- und Zeitungsadressbuch. Handbuch der deutschen Presse. Hrsg. vom Börsenverein der deutschen Buchhändler. 59. Ausgabe. Leipzig, Börsenverein 1935, S. 209. Fortan zitiert als Sperlings Zeitschriften- und Zeitungsadressbuch.
[205] ALA-Zeitungskatalog 1934, S. 92.
[206] Haake, Wilmont, Aussageformen der Zeitschrift, in: E. Dovifat (Hrsg.), Handbuch der Publizistik. Band 3: Praktische Publizistik, 2. Teil, Berlin 1969. S. 433-458, hier S. 434. Fortan zitiert als Haacke: Aussageformen. Im Blick kommen sehr wohl auch „flüchtige" Inhalte zum Ausdruck, sie werden jedoch durch sorgfältiges Sammeln, Gliedern, Ergänzen sowie Gegenüberstellen kompensiert und entsprechen Haackes Definition des „überlegenen" Formulierens als Charakteristikum von Zeitschriften (vgl. Punkt 5 „Die Methoden publizistischen Widerstands: Das Lesen zwischen den Auszügen").

Abbildung: Das Verhältnis zwischen resistenter und NS-konformer Presse

National-Zeitung Essen 7/185	Ztg., Rechtsextrem e)
Deutsche Zukunft 8/171	Zts., Mitte a) h)
Times 7/158	Ztg., Mitte b)
Berliner Ztg. am Mittag 7/149	Ztg., Mitte a) e) f)
Auszüge ohne Quelle 5/143	/ , Sonstige h)
Der deutsche Volkswirt 6/128	Zts., Sonstige h)
Berliner Lokal-Anzeiger 7/123	Ztg., Rechts a) f)
News Chronicle 6/123	Ztg., Mitte b)
Bremer Nachrichten 4/108	Ztg., Mitte d)
Basler Nachrichten 7/107	Ztg., Mitte g)
Hagemann: Revision 5/105	Buch, Mitte h)

Unter Berücksichtigung 56 weiterer, jedoch quantitativ unbedeutenderer Quellen, ergeben sich folgende Anteile der vier politischen Lager:[214] 3% Links, 48,6% Mitte, 21,3% Rechts, 20,4% Rechtsextrem und 6,7% Sonstige.

Zunächst fällt natürlich das mit 48,6% deutliche Übergewicht der politischen „Mitte" auf. Zusammen mit dem Lager „Links" ergibt das einen Anteil der dem Nationalsozialismus gegenüber als resistent einzustufenden Presse von immerhin 51,6% am gesamten Zeilenumfang. Die den NS-Machthabern (neu) verpflichteten Lager „Rechts" und „Rechtsextrem" kommen dagegen auf insgesamt nur 41,7%.

Die bereits erkennbare Strategie der Redaktion, Publikationen der Gruppen „Mitte" und „Links" den beiden rechten Lagern vorzuziehen, kann durch einen weiteren Faktor noch zusätzlich verdeutlicht werden: Setzt man die Zahl der aus den jeweiligen Lagern herangezogenen Quellen in Beziehung zu dem ihnen eingeräumten redaktionellen Raum, so ergibt das für den Zeilenumfang eine deutliche Überrepräsentierung im Bereich „Mitte"/„Links".

Ausrichtung	Anteil an den Quellen	Anteil am Gesamtumfang
Links/Mitte	35 Titel / 41,7%	5.819 Zeilen/ 51,6%
Rechts/-extrem	33 Titel / 39,3%	4.710 Zeilen/ 41,7%
Sonstige	16 Titel / 19,0%	759 Zeilen/ 6,7%

Die in der Abbildung wiedergegebenen Einzelwerte belegen, daß die Redaktion sich im Bereich „Mitte"/ "Links" im Verhältnis zum Zeilenumfang nur auf einen vergleichsweise kleinen Quellenpool stützen konnte.[215] Man darf schlußfolgern, daß die breite Palette nationalsozialistisch orientierter Publikationen als Schutzmantel gegenüber den staatlichen Stellen dienen sollte, unter dem dann die noch vorhandene publizistische Opposition in relativ breitem Umfang präsentiert werden konnte.

Das durch die spezifische Zusammenstellung der Auszüge von der Blick-Redaktion beim Leser provozierte „Lesen zwischen den Auszügen" steht in einer Reihe mit weiteren Techniken getarnter Kommunikation aus früheren Zeiten der Unterdrückung: „Sklavensprache", „Blumensprache", „Indirektes Beschießen" oder „Transfigurieren". Aus kommunikationswissenschaftlicher Sicht werden solche Erscheinungsformen inzwischen unter dem Begriff der „Camouflage" zusammengefaßt.[216] Um dieses nur schwer greifbare Phänomen publizistischer Opposition am Blick festzumachen, sollen im folgenden die von Klaus-Wolfgang Mirbt erarbeiteten Klassifikationskriterien für den publizistischen Widerstand Anwendung finden. Da Mirbt seiner Analyse die Deutsche Rundschau zugrunde legt, gilt es zunächst, den Unterschied zwischen den beiden Zeitschriften herauszustellen:

Im Gegensatz zur Deutschen Rundschau handelt es sich beim Blick nicht um eine Zeitschrift, bei der die originär-journalistische Leistung des Nachrichtenschreibens zu beobachten ist, sondern um einen Digest, in dem allerdings auch keine redaktionelle Bearbeitung der Auszüge durch resümierende Inhaltsangaben o. ä. erfolgt. Sowohl als Schutz gegen den Zugriff des Staates wie auch als Spielraum für die Camouflage fungieren demnach in erster Linie die Zitiertechnik und die Strategien bei der Auswahl der Auszüge.

5. Die Methoden publizistischen Widerstands: Das Lesen zwischen den Auszügen

[207] Diese Rubrik trägt den Untertitel „Die Seite des Lesers". Hier wurden oft sehr skurrile, z. T. auch politische Auszüge abgedruckt, die aufmerksame Blick-Leser eingesendet hatten. Da die Redaktion nicht alle — besonders nicht die kleinen Publikationen aus dem Deutschen Reich durchforsten konnte, stellte dies eine sinnvole Ergänzung dar.

[208] Dieser Teil soll als Digest-Bereich bezeichnet werden. Zum sogenannten Non-Digest-Bereich gehören: Kopf (Blick in die Zeit-Schriftzug auf der Titelseite), „In dieser Nummer" (Inhaltsübersicht), Impressum, Anzeigen, Eigenwerbung, „Abkürzungen für Quellenangaben" und „Richtigstellung".

5.1. Themenauswahl und -gewichtung

In Mirbts Kategorien finden Themen als solche keine Beachtung; er verweist lediglich auf vorsichtige thematische Anspielungen innerhalb eines Textes.[217] Gegenüber anderen Publikationen seiner Erscheinungszeit, die zum Vergleich vorlagen,[218] rücken im Blick verstärkt folgende Inhalte in den Vordergrund bzw. haben ihren festen Platz in den Rubriken:

1. Ereignisse und Entwicklungen, die von besonderem Interesse für politisch links stehende Leser gewesen sein dürften.

Beispiele: Reichstagsbrandprozeß (vgl. 11/33/1 ff., 28/33/1 ff., 2/34/6 ff.), „Bürgerkrieg in Österreich" (7/34/10, 8/34/1 ff., 13/34/1 f.), „Soziale Gärung in USA — Machtkampf zwischen Unternehmern und Arbeitern" (vgl. 7/34/1 ff.).

2. Massive Auseinandersetzung mit dem Schicksal der vormaligen Linksparteien und ihrer Protagonisten.

Beispiele: „Spaltung der SPD-Führung?" (1/33/7), „Ins Konzentrationslager wurden überführt: ..." (4/33/9), „Die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt" (25/35/9) oder etwa die folgende Meldung aus der Rubrik „Politischer Kurzbericht" (23/34/9): *„Der frühere sozialdemokratische oldenburgische Staatsminister und jetzige Kaufmann Julius Meyer, der 1919 bis 1923 im Kabinett Tantzen das Ressort Soziale Fürsorge leitete, hat seinem Leben durch Erhängen ein Ende gemacht."*

3. Ausschaltung bzw. Gleichschaltung von nichtnationalsozialistischen Parteien und Organisationen.

Beispiele: „Christliche Arbeitervereine müssen verschwinden" (3/33/2f.), „Gleichschaltung" von Verbänden, Parteien und Übertritte in die NSDAP (3/33/14), „Eingliederung" des Leipziger Künstlerbundes in die Kampfgruppe für Deutsche Kunst in der kulturpolitischen Abteilung der NSDAP (7/34/13).

4. Umwälzungen in der Presselandschaft: NS-Pressepolitik, Restriktionen und Verbote.

[209] Hierbei finden Publikationen wie etwa die Frankfurter Zeitung, die Vossische Zeitung oder das Berliner Tageblatt, die von der nationalsozialistischen Propaganda als „Judenblätter" denunziert wurden, aus gutem Grund keine Berücksichtigung, wozu ein Kommentar aus der Jüdischen Rundschau vom 13. April 1933 zum Besitzerwechsel im Mosse-Verlag die nötige Erklärung liefern mag:

„Wir haben häufig darauf hingewiesen, daß das ‚Berliner Tageblatt' nicht *den Namen eines ‚jüdischen' Organs verdient. Eine Zeitung ist eine zweiseitige Angelegenheit: einerseits eine geistige Tribüne, andererseits ein Geschäftsunternehmen. Die Tatsache, daß die Inhaber oder Nutznießer des Geschäftsunternehmens Juden sind, berechtigt niemanden, eine solche Institution auch im geistigen Sinne als ‚jüdisch' repräsentativ zu betrachten. Wir Juden haben darunter zu leiden, daß dieses Mißverständnis bedauerlicherweise in weiten Kreisen besteht. Da das ‚Berliner Tageblatt' in der Öffentlichkeit nicht mehr als ‚Judenblatt' angesehen werden kann, sind wir auch der Notwendigkeit enthoben, uns dagegen zu verwahren, daß seine Stellungnahme etwa als ‚jüdisch' verstanden wird."*

Zitiert nach: Freeden, Herbert, Die jüdische Presse im Dritten Reich. Frankfurt a. M. S. 11 f. Fortan zitiert als Freeden: Jüdische.

Beispiele: „Die politische Presse im autoritären Staat" (18/33/1 ff.), „Presse im Umbau" (15/34/1 ff.), „Journalismus im Dritten Reich" (17/34/5 ff.), „Enttäuschte Erben. Amanns Erlaß im Zerrspiegel der ‚Basler Nachrichten'" (21/35/10), Verbot des Vertriebs der Basler Nachrichten (27/35/9) und immer wieder Kurzmeldungen wie diese (3/34/9): *„Die in Dresden erscheinende Tageszeitung ‚Der Volksstaat' ist bis auf weiteres verboten worden."*

5. Widersprüche zwischen Programm und Politik der NS-Regierung im wirtschaftlichen und sozialen Bereich.

Beispiele: „Der Kampf um die Warenhäuser" (18/33/6 f.), „Rätselraten um deutsche Reformen" (3/34/10), „Diskussion um Zinsknechtschaft und Verstaatlichung der Banken" (9/34/5).

6. Begebenheiten, die die innere Zerrissenheit der Hitler-Regierung und der nationalsozialistischen bzw. faschistischen Bewegung schildern.

Beispiele: „Rücktritt Hugenbergs. Selbstauflösung der Deutschnationalen Front" (3/33/2), „Umstrittenes ‚Einflußgebiet'" (zum Streit zwischen Hitler und Mussolini über Österreich, 13/34/1 f.), „Die Röhm-Revolte" (27/34/1 ff.).

Für die Leserschaft, die vorwiegend im sozialistischen Milieu verankert war, wurde in dieser Auswahl und Gewichtung genau das Themenspektrum geboten, das nach dem Verbot der deutschen „Linkspresse" in keiner anderen Zeitung und Zeitschrift so konzentriert zu finden war.

5.2. Überschrift

Von wesentlicher Bedeutung für „das Lesen zwischen den Auszügen" sind im Blick die Überschriften. Für die Redaktion bzw. Andreas Gayk bestand hier — neben der eigentlichen, plakativen Aussagekraft der Überschrift als solcher — die Möglichkeit, den Rezipienten auf die intendierte Lesart des Auszugs aufmerksam zu machen. Es ist eben nicht so, daß die Schlagzeilen und Zwischenüberschriften den Inhalt der Auszüge nur grob umreißen:[219] Mit Hilfe veränderter Sinngebung gelingt es der Redaktion, den ursprünglichen Artikel in einen anderen Kontext einzuordnen, der nicht mehr mit der politischen Zielsetzung der zitierten Publikation übereinzustimmen braucht.

Die veränderte Sinngebung, wie sie in den Überschriften zutage tritt, muß als stilistische Eigenart des Blicks verstanden werden: Sie bedient sich ironischer Anspielungen und scheut im Einzelfall nicht die „scharfe Diktion"[220]. Wesentlich für das Verständnis der so angereicherten Überschriften ist jedoch, daß dem Leser eine „Geisteshaltung" zugesprochen werden muß, die sich in ihren Grundzügen nicht von der der Redaktion unterscheidet. Es kann also davon ausgegangen werden, daß die folgenden, als Beispiele gewählten Überschriften nur von einem solchen Leserkreis in ihrer politischen Aussagekraft und publizistischen Absicht dechiffriert werden konnten, der sich selbst in Opposition zum NS-Regime befand:

„Die Maske fällt" (zum Rededuell Dimitroff-Göring während des Reichstagsbrandprozesses in Leipzig, 22/33/4), „Ins Konzentrationslager zum Nachdenken" (zum Leistungsjahr, 28/33/10), „Am 30. Januar war es ein Jahr ..." (zum „Jubiläum" der Machtergreifung, 6/34/1), „Die Kunst ist frei!" (zur Goebbels-Rede vor der Reichskulturkammer, 7/34/7), „Frischer Wind im Blätterwald" (‚Titelthema' u. a. zum Schriftleitergesetz und der Amann-Anordnung, 21/35/1),

[210] Nach der Bibliographie von Eisfeld und Koszyk zur sozialdemokratischen Presse dürften diese drei Beispiele im übrigen neben dem Blick selbst, dem Frankenthaler Tageblatt und der erst 1933 gegründeten Mitteldeutschen Rundschau (Jena, Verbotsdatum unbekannt) auch die einzigen legal im Deutschen Reich erschienenen sozialdemokratischen Veröffentlichungen gewesen sein, die den Frühsommer 1933 „überlebt" hatten. Vgl. Eisfeld/Koszyk, Presse, S. 59-197.

[211] Die Quellen, die auch nach umfangreicher Recherche keinem politischen Lager zugerechnet werden konnten, finden in der Kategorie „Sonstige" Berücksichtigung.

[212] An dieser Stelle präsentiert die Redaktion einige Zeitungen des Auslandes: *„Wünschen aus dem Leserkreise folgend, bringen wir eine Übersicht über die wichtigsten Zeitungen des Auslandes und ihre politische Richtung. Sie soll den Lesern ermöglichen, die Pressestimmen des Auslandes, die wir bringen, besser zu werten. Wir empfehlen deshalb, diese Übersicht sorgfältig aufzuheben"* (16/34/14). Den jeweiligen Ländern werden folgende Kurzcharakterisierungen vorangestellt: *„Frankreich hat die buntfarbigste Presse und auch eine starke Presse der Provinz."* England: *„Die Presse ist nicht sehr mannigfaltig und verteilt sich auf die drei politischen Hauptrichtungen: Konservative, Liberale, Arbeiterpartei. Die Provinzpresse spielt mit Ausnahme des Manchester Guardian keine große Rolle."* Italien: *„Es gibt praktisch nur eine faschistische Presse, die aber doch große Schattierungen aufweist."* Rußland: *„Die Presse ist radikal vereinheitlicht und entbehrt jeder Schattierung"* (16/34/14).

[213] W.G. Oschilewski, Zeitungen in Berlin. Im Spiegel der Jahrhunderte, Berlin 1975.

[214] Die dem „Titelthema" und „Kreuz und quer" ebenfalls zugehörigen Einführungstexte der Redaktion (9/211) finden, da sie nicht als „Quelle" bezeichnet werden können, keine Beachtung.

[215] Diese Erkenntnis wird durch den Eindruck bestärkt, den die Lektüre des Quellenregisters (Abdruck zu einem späteren Zeitpunkt in den Mitteilungen) hinterläßt: NS-Publikationen stellen einen Großteil der von der Blick-Redaktion herangezogenen Titel.

„Wider die Dunkelmänner unserer Zeit" (zur Auseinandersetzung um Alfred Rosenbergs „Mythos des 20. Jahrhunderts", 28/35/1).

5.3. Bildhafter Vergleich

Die *„Ähnlichkeit des ‚Abbilds' mit dem ‚Urbild'"*[221] ist die klassische Form der Camouflage, die dem Leser auf einem Umweg die oppositionelle Haltung nahelegt. Die Kritik am Nationalsozialismus wird hier zeitlich und geographisch versetzt. In der Deutschen Rundschau geschah dies, indem historische Figuren beleuchtet wurden, die für Gewalt und Unrechtsherrschaft stehen wie z. B. Nero, Dschingis-Khan und Napoleon I. Aber auch die aktuellen Verhältnisse in der Sowjetunion (Tscheka, Gulag) wurden zum Anlaß genommen, den Terror des NS-Regimes zu brandmarken (Gestapo, KZ). Diese eher literarischen „Expeditionen" konnten im Blick nicht nachgewiesen werden.[222]

Durch die *„Tarnung des ‚Urbilds' durch ein ‚Abbild'"*[223] wird ein positiv beschriebener Zustand zeitlich und geographisch transformiert, ohne dadurch den Status quo in Deutschland unmittelbar zu kritisieren. Die Schilderungen beziehen sich oft auf ausländische Verhältnisse. Diese Form der Darstellung eines Soll-Zustands bedient sich nach Mirbt einer Argumentation, die für die staatlichen Stellen nicht als Kritik an den bestehenden Verhältnissen erkennbar sein sollte. Im Hinblick auf den Blick kann zwar nicht von der Beschreibung eines positiv besetzten Urbilds — etwa im Sinne einer Utopie — gesprochen werden, doch finden sich Indizien, daß die Redaktion auch diese Methode benutzte. Sowohl die Themenauswahl und -gewichtung als auch die Hervorhebung einzelner Ereignisse und Personengruppen innerhalb eines abgeschlossenen „Titelthemen"- oder „Themen"-Komplexes weisen darauf hin.

Als aussagekräftiges Beispiel wurde bereits allgemein der „Bürgerkrieg in Österreich" (7/34/10) genannt, wo anders als im Deutschen Reich die Sozialdemokraten den „Austrofaschisten" bewaffnet Paroli boten. Die Entschlossenheit der österreichischen Genossen wurde von der Redaktion bewußt als Vorbild für die sich kampflos ergebende deutsche Arbeiterschaft verstanden.[224] In Ausgabe 8/34/1 ff. berichtet der Blick vom „Todeskampf der Sozialdemokratie" in Wien, schildert in allen taktischen Einzelheiten die dreitägigen „Kämpfe um den Karl-Marx-Hof" und stellt „den Heroismus der Sozialisten und ihre Bereitschaft" im Spiegel der „Weltpresse" dar. Auf die Rolle der deutschen Arbeiterklasse und ihren fehlenden Kampfesmut nimmt der Blick in Nr. 13/34 explizit Bezug: Die österreichische Sozialdemokratie ist trotz ihrer Niederlage von *„befeuernder Legende beseelt ..., eine Legende, die dem deutschen Sozialdemokraten völlig fehlt"* (13/34/7, zitiert nach Manchester Guardian).[225] Welche Zustände die Redaktion hier also favorisiert, dürfte ersichtlich sein. [226]

5.4. Widerstand: Informationen und Anleitung

Die ausgiebige Berichterstattung des Blicks über die Lage in Österreich korrespondiert, wie bereits oben angedeutet, zu einem großen Teil mit seiner politischen Zielsetzung. Ein Auszug, erneut aus dem Manchester Guardian, spricht hier eine deutliche Sprache: *„Weit davon entfernt zu beweisen, daß ein bewaffneter Aufstand ... aussichtlos ist, hat der letzte Kampf des* [sozialdemokratischen] *Schutzbundes gezeigt, daß er unter gewissen Umständen Erfolg haben kann. Dieses Wissen hat sich tief in die Seele der österreichischen Arbei-*

[216] Vgl. Karl-Wolfgang Mirbt, Methoden publizistischen Widerstands im Dritten Reich. Nachgewiesen an der Deutschen Rundschau Rudolf Pechels. Berlin 1958. S. 33-40. Fortan zitiert als Mirbt, Methoden, sowie Sösemann, Bernd, Publizistische Opposition in den Anfängen des nationalsozialistischen Regimes, in: Schmädeke, Jürgen/Steinbach, Peter (Hrsg.): Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, München 1985. S. 190-206. Hier S. 198.

[217] Mirbt: Methoden, S. 265.

[218] Eingesehen wurden die Tageszeitungen Berliner Tageblatt, Kölnische Zeitung, Frankfurter Zeitung und Völkischer Beobachter. Mirbt gibt einen Hinweis Fred Hepps wieder, demzufolge der Spielraum, der einer Zeitschrift im Widerstandskampf zur Verfügung steht, ungleich größer sei als der bei einer (Tages-) Zeitung. Die Zeitung müsse zu aktuellen Ereignissen sofort „Farbe bekennen" und dürfe kein Thema übergehen. Die Zeitschrift könne mit gewissem Abstand zum Ereignis überlegter formulieren und gewichten, sogar unliebsame Themen „verschweigen". Vgl. Mirbt, Methoden, S. 50.

[219] Ebd., S. 264. Er faßt die Überschrift als „Hinweis für den Leser" auf, aber in dem herkömmlichen Sinn, daß hier ein Artikel angekündigt wird, der mit dem politischen Gehalt der Überschrift identisch ist.

[220] Ebd., S. 265. Unter „scharfer Diktion" ist eine prägnante Aussage, die nichts zu verschleiern hat, zu verstehen. Mirbt sieht die „scharfe Diktion" primär als einen integrativen Bestandteil eines Textes. Da aber kein Text — mit Ausnahme der sachlichen Einführungen in die einzelnen Themenkomplexe — von der Redaktion des Blicks selbst verfaßt wurde, soll diese Kategorie hier den Überschriften beigeordnet werden.

terklasse gesenkt und lenkt all'ihre Hoffnungen auf ein ‚nächstes Mal', das vielleicht noch ferne ist, aber nichtsdestoweniger einmal kommen muß" (13/34/7).

Solche Sätze sind wohl kaum noch unter den Begriff der Camouflage zu fassen und verweisen auf zwei eigenständige Funktionen des Untersuchungsgegenstands: die der Information über den existenten Widerstand und die Darstellung seiner Methoden. Es gilt also, sich von Mirbts und Hepps Kategorien zu lösen, da sie durch die enge Verknüpfung mit der Deutschen Rundschau bzw. der Frankfurter Zeitung im gegebenen Zusammenhang nicht mehr produktiv werden.

Der Blick verfolgt hier eine besondere Methode des publizistischen Widerstands: Von unverfänglichen, weniger brisanten Nachrichten abgeschirmt, und im Ton einem sachlichen Referat nicht unähnlich, finden sich in jeder Ausgabe, meist in den Rubriken, zahlreiche Verweise auf den offenen Widerstand gegen den Nationalsozialismus, aber auch auf dessen Ahndung durch die Staatsgewalt. Die Absicht, die hinter dem Abdruck solcher Meldungen aus dem gesamten Deutschen Reich stand, war wohl, die unorganisierte Linke zunächst auf die Existenz von Untergrundaktionen und ihre (z. T. erfolgreichen) Methoden aufmerksam zu machen. Die zahlreichen Kurzmeldungen, die die Brutalität der NS-Schergen schildern, können unter diesem Aspekt gleichsam als Motivation und Ansporn für die Teilnahme an „illegalen" Tätigkeiten sowie deren „vorsichtigere" Durchführung verstanden werden.[227]

Neben einem Bericht über „organisierten Schmuggel" mit „Hetzschriften" wird in Nummer 8/33 sogar gemeldet, daß es „KPD-Spitzeln" gelungen sei, in die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO) einzudringen (8/33/5 f.). In Nr. 27/33/14 wird auf *„an der* [holländischen] *Grenze aufgestellte sozialistische Schwarzsender"* hingewiesen, und eine Woche vorher erfuhr der Leser folgendes (26/33/9): *„In Dresden wurden 300 ehemalige langjährige Mitarbeiter der SPD festgenommen, die den in Karlsbad gedruckten ‚Neuen Vorwärts' und anderes illegales Material verbreitet und unter dem Deckmantel einer Tabakgroßhandlung gearbeitet hatten."* Aber nicht nur Beispiele politischer Agitation lassen sich anführen. So wird etwa von einem jungen Mann berichtet, der bei Gericht den „Deutschen Gruß" verweigerte: *„Er hatte beim Betreten des Gerichtssaales trotz Belehrung durch den Vorsitzenden … erklärt, daß der Gruß sich mit seinen Prinzipien nicht vereinbare"* (3/34/9). Neben solchen Fällen von Zivilcourage finden sich im Blick auch regelrechte Warnungen für heimliche Flugblattleser (vgl. „Staatsfeindliche Druckschriften", 24/35/9). Hinweise auf die Überwachung des Postwesens durch die Gestapo (vgl. 21/33/9) und Berichte über harte Bestrafungen wegen lediglich verbaler „Störung des Arbeitsfriedens" (2/35/9) können ebenfalls so gelesen werden.

Diese Beispiele zeigen deutlich, daß die Redaktion in Gestalt von Andreas Gayk mit großer Anteilnahme die illegalen Aktionen der Gesinnungsgenossen gegen das Hitler-Regime verfolgte. Durch eine Vielzahl von Meldungen über Verhaftungen, Prozesse, Urteile und Hinrichtungen lieferte der Blick eine Art Chronik des Widerstandes.

[221] K.-W. Mirbt, Theorie und Technik der Camouflage. Die Deutsche Rundschau im Dritten Reich als Beispiel publizistischer Opposition unter totalitärer Gewalt, in: Publizistik. 9. Jahrgang, Heft 1 (Jan. - März). Berlin 1964. S. 3-16. Hier S. 6. Fortan zitiert als Mirbt, Camouflage.

[222] Im Falle der Unterhaltungsbeilage Kurze Pause ist diese Methode der Kritik an den herrschenden Verhältnissen mit Hilfe des negativ besetzten Urbilds des öfteren in den Fortsetzungsromanen und Kurzgeschichten zu beobachten.

[223] Mirbt, Camouflage, S. 6.

[224] vgl. Lösche/Scholing, Solidargemeinschaft, S. 532.

[225] Auch die New Deal-Politik Roosevelts wird regelmäßig als eine Alternative der ökonomischen Krisenbewältigung dargestellt; die NS-Wirtschaftsreformen und Hitlers „deutscher Sozialismus" sind für die Blick-Redaktion eher Anlaß zum „Rätselraten" (3/34/10).

[226] Hepp faßt die Methode der „exakte[n] Historiographie", wie sie sich im Blick gerade bezüglich der österreichischen Verhältnisse belegen läßt, als ein Indiz für publizistischen Widerstand auf. Vgl. Mirbt: Methoden, S. 49f.

[227] Beispiele sind die Überführungen in Konzentrationslager (vgl. 16/34/9), die Mißhandlungen politisch Gefangener (vgl. 7/34/9), deren Selbstmorde (vgl. 16/33/9) und die von den Behörden standardisierte Aussage „ ... auf der Flucht erschossen" (vgl. 14/33/9).

2. JAHRG.
Nr. 8
Berlin, den 24. 2. 1934

PREIS PRO HEFT RM 0,15
MIT »KURZE PAUSE« RM 0,25
Probenummer — Unverkäuflich

Blick in die Zeit

Herausgeber: Dr. A. Ristow

Erscheint jeden Sonnabend

PRESSESTIMMEN DES IN- UND AUSLANDES
ZU POLITIK, WIRTSCHAFT UND KULTUR

Im Blute erstickt . . .

Fünf Tage die die Welt erschütterten

Der Kampf der Parteien um die Macht in Österreich hat sich am 12. Februar bis zum offenen Bürgerkrieg zugespitzt. Die Sozialdemokratische Partei Österreichs hat den Staatsstreich der Heimwehr mit dem Generalstreik und mit dem bewaffneten Aufstand beantwortet. Erst nach heldenhaftem Kampfe, dem auch die erbittertsten Gegner ihre Achtung nicht versagen konnten, gelang es Polizei, Heimwehr und Regierungstruppen, den Aufstand noch Einsatz von Minenwerfern, Panzerwagen und leichter und schwerer Artillerie niederzuschlagen. Über die Ursachen des Aufstandes, über die Vorgeschichte und über die Kämpfe am 12. Februar haben wir in der vorigen Nummer (Nr. 7) berichtet. Heute geben wir unseren Lesern einen umfassenden Überblick über den weiteren Verlauf der Ereignisse, dazu zahlreiche Pressestimmen des In- und Auslandes.

Noch drei Blut-Tage

Der 13. Februar

Die Nacht vom 12./13. Februar in Wien.

„Die Kämpfe in Wien haben gegen Mitternacht wohl nachgelassen, ohne aber ganz unterbrochen zu werden. Die Sozialdemokraten haben sich in den Stadtteilen Ottakring, Simmering und Döbling außerordentlich stark verschanzt. Die Soldaten der Bundesregierung trafen auf einen sehr starken Widerstand. Sie konnten vorübergehend Teilerfolge erzielen, wurden aber bald wieder aus den soeben gewonnenen Stellungen durch einen Gegenangriff geworfen. So verging die zweite Hälfte der Nacht damit, daß man im Lichte der Scheinwerfer die Aufständischen im Schache zu halten suchte und gleichzeitig Geschütze auffuhr, die die Stellungen der Sozialdemokraten sturmreif schießen sollen."

(B.Z.C., 13. 2. 34.)

Kämpfe in den Bundesländern.

„Auch in den Bundesländern ist es zu erbitterten Kämpfen gekommen, wobei auch Artillerie eingesetzt wurde. In einigen Orten ist die Lage noch ungeklärt."

(L.A., 13. 2. 34.)

Schwere Kämpfe um den Karl-Marx-Hof.

„Die schrecklichsten Kämpfe spielen sich gegenwärtig (13. 2., nachm.) in Heiligenstadt (Wiener Stadtteil) ab, wo die Belagerung des Karl-Marx-Hofes immer neue Opfer fordert. Hier läßt sich, ohne die geringste Übertreibung, von einem wahren Kriegszustand sprechen.

Die republikanischen Schutzbündler scheinen hier entschlossen zu sein, ihre Stellungen bis zum letzten Mann und Atemzug verteidigen zu wollen. Sie verfügen immer noch über Maschinengewehre, die in die einzelnen Mauernischen eingebaut sind und die trotz aller Angriffe des Bundesheeres bisher nicht erobert werden konnten. Seit den frühen Morgenstunden war bereits leichte Artillerie gegen den Karl-Marx-Hof aufgeboten, dessen lange, mit den buntesten Farben bedeckte Fassade durch zahlreiche Einschläge vielfach unterbrochen wurde. Mehrere tausend Familien, die hier wohnen, schweben nach wie vor in schwerster Lebensgefahr. Mittags wurde sogar schwere Artillerie eingesetzt. Diese nahm vor allem den Mitteltrakt des riesigen Gebäudes unter Feuer, der nach etwa einem Dutzend Granateneinschlägen mit ungeheurem Getöse Männer, Frauen und Kinder unter sich begrabend, einstürzte. Aber selbst diese Katastrophe vermochte noch nicht die Schutzbündler zur Aufgabe ihres letzten Endes aussichtslosen Kampfes zu bewegen. Trotzdem große Teile des Gebäudekomplexes bereits vom Bundesheer gestürmt und besetzt wurden und sich auch in ihrer Gewalt befin-

In dieser Nummer:

Im Blute erstickt . . .
Fünf Tage die die Welt erschütterten — Der Bürgerkrieg in Oesterreich und seine weltpolitischen Hintergründe
Friedensengel
Rund um den Steuertopf
Neue Filme im Urteil der Presse
Das neue Frauenideal
Außerdem:
Das Wichtigste und Interessanteste aus Politik und Wirtschaft, Sport und Kultur

8

5.5. Demaskierung

Stilblüten aus der NS-Presse, Zeugnisse „origineller" Untergrundarbeit und haarsträubende Zitate von NS-Protagonisten wurden von der Blick-Redaktion instrumentalisiert, um die neuen Machthaber der Lächerlichkeit preiszugeben:

Das „Todesurteil" für einen Papagei, der beim Anblick von SA-Uniformen mit hitlerfeindlichen Sprüchen reagierte (vgl. 13/33/15), die Reden und Schriften des Reichsbauernführers Darré (z. B. „Das Schwein als Kriterium für nordische Völker und Semiten", vgl. 12/34/13), ein Rezept für einen „Hitler-Salat" (vgl. 23/34/8) und die Meldung, daß in ein „Führerbild" in *„kunstvoller Weise die Köpfe von Lenin, Rasputin* [!] *und Clara Zetkin hineinretuschiert"* wurden (vgl. 1/34/13), stammen aus dem Katalog der Absurditäten, durch die der Blick das NS-Regime bloßstellte. Auch das folgende Beispiel spricht für sich (22/34/8):

„Gegen eine Miesmacherin, die in einem kleinen Landort unweit von Mainz die Nachricht verbreitete: ‚Es wird niemals besser werden', wurde folgende Strafe verhängt: Sie muß sich drei Wochen lang täglich auf der Bürgermeisterei melden und folgenden Ausspruch tun: ‚Es ist schon besser geworden und wird noch besser werden.' Dieses Mittel dürfte seine Wirkung nicht verfehlen."

Eine besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang direkten Zitaten aus der Nazi-Presse zu, die selbst die Auslandspresse zitieren, um sich kritisch mit ihr auseinanderzusetzen. Über diesen Umweg war es möglich, auch regelrechte Schmähungen der „Bewegung" abzudrucken, wie nachstehende Passage verdeutlicht:

„Der Nazismus hat den Antisemitismus entfesselt, hat eine antichristliche Bewegung begonnen, hat einen neuen und lächerlichen Kult ausgedacht, hat schließlich sogar den Mythos der arischen Rasse erfunden. Und im Namen einer jeden dieser Dummheiten hat er verprügelt, verwundet, getötet. ... Aber: ist es nicht einfacher zu sagen, daß die Nazis verprügeln, verwunden und töten, einfach weil sie Nazis sind, nämlich weil in ihren trüben Seelen jene wilden Instinkte und jener Blutdurst wieder auftauchen, den die römische Kultur in zwei Jahrtausenden Christentums in ihren Nomadenseelen abgedämmt hatte. ... Aber in besonderer Arroganz und Dummheit unter den Nazi-Organen leuchtet ein Stern erster Ordnung hervor, besser gesagt von erster Idiotie, der ‚Völkische Beobachter'" (31/34/6, zitiert nach dem Völkischen Beobachter vom 31.7.34 in bezug auf einen Artikel in Popolo di Roma).

Daß bei einem dergestalt treffenden Beispiel die Anführungszeichen für die Blick-Redaktion Makulatur waren und die eigene Haltung gleichzeitig nicht besser zum Ausdruck hätte gebracht werden können, steht wohl außer Frage.

5.6. Resistenz oder Widerstand?

Der Widerstand gegen die NS-Diktatur und die Versuche seiner Klassifizierung werden von Historikern nach wie vor kontrovers diskutiert. Um diese letztlich verwirrende Debatte umgehen zu können, sollen an dieser Stelle ausschließlich die zentralen Begriffe Widerstand und Resistenz eine Rolle spielen.[228] Der Resistenzbegriff wurde von der Geschichtswissenschaft als wertneutrale Kategorie innerhalb einer Skala verschiedener Widersetzlichkeitsgrade konzipiert. Zur Problematik dieses Begriffs haben Peter Lösche und Michael Scholing in einem Aufsatz zu diesem Thema — und zwar in bezug auf den Blick — im Grunde bereits das Nötige gesagt:

[228] Lösche und Scholing resümieren in der Reihenfolge steigender Intensität: *„Die terminologische Palette reicht von ‚Immunität', ‚Resistenz', ‚Nonkonformität', ‚gesellschaftliche Verweigerung' und ‚innere Emigration' zu ‚aktiver Widerstand', ‚Umsturz' und ‚Aufstand'."* Lösche/Scholing, Nischen, S. 215.

3. JAHRG.
Nr. 21
Berlin, den 24. 5. 1935

PREIS PRO HEFT RM 0,15

Blick in die Zeit

Herausgeber: Dr. A. Ristow

Erscheint jeden Freitag

PRESSESTIMMEN DES IN- UND AUSLANDES ZU POLITIK, WIRTSCHAFT UND KULTUR

Frischer Wind im Blätterwald

Strukturwandlungen der deutschen Presse

Der erste Anstoß.

„Die deutsche Presse hat seit Übernahme der Kanzlerschaft durch Adolf Hitler einschneidende Veränderungen erfahren. Der erste Anstoß zur Strukturumwandlung erfolgte im Jahre 1933 durch das Verschwinden ganzer Serien der sozialdemokratischen und kommunistischen Blätter. Zugleich konnten die Organe der NSDAP ihren Leserkreis wesentlich erweitern, was nicht selten auf Kosten der ehemals bürgerlichen Presse vor sich ging. Denn man muß sich vergegenwärtigen, daß die Gesamtzahl der zeitungslesenden Personen in Deutschland sich bisher stetig verringert hat, ein Vorgang, der nur mit einer gewissen Lesemüdigkeit, mit wirtschaftlichem Unvermögen sowie durch die bedingte Konkurrenz des Rundfunks hinreichend zu erklären ist. Als die Parteizeitungen ihre Auflagen vervielfachten, die übrigen Blätter aber in einen schweren Existenzkampf eintraten, dem in vielen hundert Fällen die betreffenden Unternehmen nicht gewachsen waren, wurde am 4. Dezember 1933 von Reichsminister Dr. Goebbels das Schriftleitergesetz feierlich verkündet." Hans Heidrich.

(Der Reichsbote, 5. 5. 35.)

Immer noch „Krämer mit bedrucktem Papier".

„Das Schriftleitergesetz, das jetzt rund eineinviertel Jahr in Kraft ist, hat bereits die schlimmsten Schäden des Liberalismus auf dem Gebiete des Zeitungswesens ausgemerzt, und dem Schriftleiter als dem geistigen Urheber der Zeitung die innere Freiheit und Unabhängigkeit gegenüber dem Verleger zurückgegeben, die Grundbedingung seines Standes und erstes Erfordernis seiner Berufsausübung ist. Das Schriftleitergesetz konnte aber nicht verhindern, daß zahlreiche, stark interessenmäßig eingestellte Bindungen auf der verlegerischen Seite bestehen blieben — es sei nur an die angeblich katholische Presse erinnert — und daß sich nach wie vor Elemente im deutschen Zeitungswesen breitmachten, die von der großen Aufgabe der deutschen Presse nichts begriffen hatten und nichts begreifen wollten, sondern sich nach wie vor als Krämer mit bedrucktem Papier betätigten."

Diesen Mißständen wird ein Ende gemacht.

„Diesen Mißständen, die sich letzthin in durchaus ungesunden Wettbewerbsverhältnissen äußerten, und eine gewisse Beunruhigung herbeiführten, machen die erfreulich klaren Anordnungen des Präsidenten der Reichspressekammer ein Ende."

(National-Zeitung Essen, 26. 4. 35.)

Amanns neue Anordnungen.

„Der Erlaß des Präsidenten der Reichspressekammer ordnet im wesentlichen folgendes an: Als Zeitungsverleger können künftig nur noch Einzelpersönlichkeiten, die Gesellschafter einer offenen Handelsgesellschaft und die Kommanditisten einer Kommanditgesellschaft (nach „Frankfurter Zeitung") fungieren. Aktiengesellschaften und alle sonstigen anonymen Beteiligungsformen sind ausgeschlossen. Ferner haben „die Berechtigten am Verlag" den Ariernachweis bis 1800 rückwirkend zu erbringen. Sodann wird jedwede wirtschaftliche Unterstützung der Verlage von dritter Seite unmöglich gemacht. Um „ungesunde Wettbewerbsverhältnisse" zu beseitigen, können ferner in Orten, wo mehrere Zeitungen vorhanden sind, die sich starke Konkurrenz machen, einzelne Betriebe geschlossen werden, wobei auf die Priorität der Parteipresse Rücksicht genommen wird. Schließlich bestimmt Art. IV der Anordnung, daß Zeitungen (täglich erscheinende Blätter sind gemeint) „nach ihrer inhaltlichen Gestaltung nicht auf einen konfessionell, beruflich oder interessenmäßig bestimmten oder bestimmbaren Personenkreis abgestellt sein" dürfen. Verstöße gegen diese Anordnung hinsichtlich der handelsrechtlichen Form, des Ariernachweises, der Subvention sowie des Inhalts können mit Schließung des Betriebes geahndet werden. Ausnahmefälle sind zugelassen, als Übergangszeit gilt zunächst ein Jahr."

Hans Heidrich. (Der Reichsbote, 5. 5. 35.)

In dieser Nummer:

21

Frischer Wind im Blätterwald
Der Weltkrieg der Währungen
Enttäuschte Erben
Blick in die Auslandspresse
Polen ohne Piłsudski / Demarche unerwünscht / Ein lehrreiches Dokument / Die Lage im Baltikum / Die Preisgabe der Philippinen
Blick in Bücher und Zeitschriften
„Wir hängen dafür!" / Die deutsche Kleinstadtpresse
Bankmäßig betriebene Charitas
Außerdem:
Das Wichtigste und Interessanteste aus Politik und Wirtschaft, Kultur und Sport

[229] Ebd., S. 216.

„Wird der Widerstand der Arbeiterbewegung mit dem Verhalten anderer sozialer Gruppen oder von Institutionen und Organisationen im Dritten Reich verglichen, so zeigt sich ..., welche Gefahren der Resistenzbegriff in sich birgt: Danach könnte nämlich jedes dysfunktionale Verhalten im nationalsozialistischen System als „resistent" erscheinen. ... Wird nicht nach Motiven und Intentionen konkreten Verhaltens im Dritten Reich geforscht, bleibt Geschichtsschreibung hilflos bei angeblich wertneutraler Beschreibung, grenzt hiermit — bewußt oder unbewußt — politische (und auch moralische) Verantwortung aus der Geschichte aus, oder zugespitzt formuliert: Sie stellte diejenigen, die für Blick in die Zeit gearbeitet haben, auf eine Stufe mit jenen, die irgendwann einmal schwarz geschlachtet haben."[229]

Folgende Merkmale sprechen dafür, den Blick im Bereich des aktiven Widerstands anzusiedeln: Aus Sicht des Historikers wäre zunächst festzuhalten, daß sämtliche Initiatoren und Mitarbeiter (ausgenommen Dr. Ristow) dem Umfeld der Sozialdemokratie entstammten. Wesentlich ist dabei, daß über die gesamte Erscheinungszeit hinweg unter teilkonspirativen Bedingungen gearbeitet wurde. Aus kommunikationswissenschaftlicher Perspektive läßt sich dem nun hinzufügen, daß Blick in die Zeit eindeutig als politische Zeitschrift klassifiziert werden kann, die mit Digest-spezifischen Methoden der Camouflage dem nationalsozialistischen Regime publizistisch entgegentrat. Andreas Gayk und seine Mitarbeiter bedrohten durch gezielte Informationsvergabe aktiv die Funktionstüchtigkeit der NS-Propagandamaschinerie und damit einen Zentralnerv des im Aufbau befindlichen Führerstaates.

6. Schlußbemerkung

Mit der vor 60 Jahren verbotenen Wochenzeitschrift Blick in die Zeit liegt eine Publikation vor, die eine komprimierte Zusammenstellung von Zeitzeugnissen aus der Konsolidierungsphase des NS-Regimes bietet: politische Ereignisse, gesellschaftliche Randerscheinungen und menschliche Entgleisungen.

Der Wahnsinn, für den das Dritte Reich in der Weltgeschichte steht, zeichnet sich im Blick en détail bereits in vielen seiner späteren Ausprägungen ab. Werden die Entwicklungen der Jahre 1933 bis 1935 dadurch auch nicht im Sinne der Akzeptanz verständlicher, so wird doch nachvollziehbar, welches persönliche Engagement und wieviel politische Standfestigkeit es kostete, sich den neuen Machthabern, aber auch dem Zeitgeist jener Tage zu widersetzen.